Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags. 1919-1930

1926

65 (29.7.1926)

Visual Library

Amtliche Berichte
über die
Verhandlungen des Badischen Landtags.

65. Sitzung.

Donnerstag, den 29. Juli 1926, vormittags 1/2 9 Uhr.

Tagesordnung:

Mitteilung der Eingänge. Sodann

I. Fortsetzung der Beratung über den Staatsvoranschlag für 1926 und 1927 und zwar

Hauptabteilung III. Ministerium des Innern,
Berichterstatter Abg. Dr. Föhr (Drucks. Nr. 118c I),
Berichterstatter Abg. Dr. Glockner (Drucks. Nr. 118c III, zu Nr. 118c III),
Berichterstatter Abg. Weißhaupt (Drucks. Nr. 118c II),
samt den hierzu eingegangenen Anträgen
(Drucks. zu Nr. 118c, Nr. 118c I 1, Nr. 118c II 1, Nr. 118c III 1, 2)
und damit in Verbindung
Begründung und Beratung der Anträge der Abg.
1. Bock und Gen., Maßnahmen gegen die Notlage landwirtschaftlicher Familienbetriebe (Drucks. Nr. 112 und 112a),
Berichterstatter Abg. Weißhaupt;
2. Lechleiter und Gen., Änderung des Reichsvereinsgesetzes (Drucks. Nr. 144);
3. Lechleiter und Gen., reichsgesetzliche Regelung des Jugendschutzes (Drucks. Nr. 145).

II. Mündliche Berichte des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung und Beratung über die Gesetzentwürfe
1. zur Änderung der badischen Gemeindeordnung (Drucks. Nr. 142 und 142a),
Berichterstatter Abg. Gündert;
2. über eine dritte Änderung des Landtagswahlgesetzes (Drucks. Nr. 143 und 143a),
Berichterstatter Abg. Gündert.

Am Regierungstisch: Minister des Innern **Remmele**, Ministerialdirektor **Leers**, Ministerialrat **Rein**, die Oberregierungsräte **Cronberger**, **Herlan** und **Neu**.

Inhaltsverzeichnis:

Siehe Schluß des Amtl. Berichts Sp. 3335/36.

Präsident Dr. **Baumgartner** eröffnet die Sitzung nach 8½ Uhr und gibt folgende

Eingänge

bekannt.

I. Verhinderungsanzeigen

liegen vor seitens der Abg. Bock, Haas, Marum wegen Erkrankung, seitens des Abg. Dr. Hoffmann wegen geschäftlicher Verhinderung.

II. Sonstiges:

Jahrbuch der Krankenversicherung von 1925 — mitgeteilt vom Hauptverband deutscher Krankenkassen in Charlottenburg. Dasselbe liegt auf der Kanzlei auf.

Hierauf wird in die

Tagesordnung

eingetreten:

Fortsetzung der Beratung des Staatsvoranschlags für 1926 und 1927 Hauptabteilung III Ministerium des Innern Titel XVII Landwirtschaft und Ernährung

Hierzu erhalten in der Einzelberatung das Wort

Abg. **Lechleiter** (Komm. P.):

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise macht sich selbstverständlich auch bemerkbar in der Landwirtschaft. Vor allem in den kleinbäuerlichen Schichten sehen wir, wie die Wirtschaftskrise immer mehr und mehr diesen Teil der ländlichen Bevölkerung dem Ruin entgegenführt. Die Zwerghaftigkeit ganz besonders unserer badischen landwirtschaftlichen Betriebe ist nicht zuletzt ein Grund dafür, daß ganz besonders in Baden die landwirtschaftliche Bevölkerung in ihren weiten Schichten von dieser

R 11

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Lechleiter** [Komm. P.])

Wirtschaftskrise betroffen ist. Dazu kommt auch eine gewisse Rückständigkeit in der Bewirtschaftung des Bodens. Dazu kommt noch weiterhin die Auswucherung durch das Industriekapital, durch die Banken, durch den Großgrundbesitz, wodurch die kleinen Landwirte dieser Krisis wehrlos preisgegeben sind. Der kleine und mittlere Bauer, der ja ganz besonders in Baden vorherrscht, kann weder intensivieren, noch extensivieren, weder rationalisieren, noch mechanisieren aus eigener Kraft, wie der Großbesitz oder der Großbauer und deshalb ist das, was der Herr Abg. Dr. Mattes gestern angeführt hat von einer gewissen Rationalisierung, nur bedingt richtig für die bäuerliche Bevölkerung in Baden. Die Kredite, die bisher für die heute üblichen Zinsen abgegeben wurden, verlängern nur die Notlage des größten Teils der badischen Landwirtschaft, während die größeren Betriebe, die mit fremden Arbeitskräften arbeiten können, in dieser Beziehung schon etwas besser daran sind. Die Bodennot, der Pachtwucher wachsen infolgedessen immer mehr, die Kreditmaßnahmen, die bisher durch die Regierungen gegeben worden sind, kamen nur den größeren Betrieben zugute. Die Steuerreform, die seinerzeit durch die Luther-Schlieben-Regierung eingeleitet worden ist, entlastete nur den großen Besitz, während die Steuerbehörden und Gemeinden immer rigoroser gegen die werktätige Bevölkerung auf dem Land vorgegangen sind. Verbesserungen und Umstellung auf Grünlandwirtschaft usw. sind nur den Gutshöfen und den Großbauern möglich. Die kleinbäuerlichen Genossenschaften sind aus eigener Kraft, zumal in der heutigen Krisenzeit, nicht imstande, helfend einzugreifen. Die großen Genossenschaften aber sind heute ausgesprochene Organe der kapitalkräftigen Betriebe und haben sich außerdem gegenüber den Banken, gegenüber den Einkaufszentralen mehr oder weniger selbständig gemacht. Und so sehen wir immer mehr die Vergrößerung des Abstandes zwischen dem kapitalistischen Gutsbetrieb, den Großbetrieben und dem bäuerlichen Familienbetrieb. Das Zollkompromiß des Agrar- und Industriekapitals und die gesamte großbürgerliche Handelspolitik wirken ebenfalls in dieser Linie. Deshalb können wir dem Herrn Abg. Engelhardt nicht zustimmen, wenn er von einem besseren Zollschutz spricht, da die Zollpolitik eine Verbesserung der Lage, zumal des kleinbäuerlichen landwirtschaftlichen Betriebs, nicht herbeiführen wird. Das alles sind Erscheinungen, die zeigen, wie der landwirtschaftliche Kleinbetrieb immer mehr ruiniert wird. Die frühere teilweise Überlegenheit der Bauernwirtschaft gegenüber dem Gutsbetrieb z. B. in der Viehpflege, im Anbau hochwertiger Handelspflanzen, ist durch den technischen Fortschritt bereits überholt. Bei den, meist von Kleinbauern betriebenen Edelkulturen, wie z. B. Wein-, Obst- und feldmäßiger Gemüsebau, herrscht infolge der landwirtschaftlichen Umwälzung im Ausland eine Sonderkrise. Die Rückständigkeit des deutschen Molkereiwesens wirkt sich vor allem bei den kleinen Viehhaltern aus. Das sind alles Erscheinungen, die uns zeigen, wie die Verelendung der Landwirtschaft sich immer in weiteren Schichten auswirkt, zumal die Gesetzgebung vor sich geht unter bewußter Ignorierung aller Forderungen der Zwerg- und Kleinbauern. Die Folge all dieser Tatsachen ist eine beschleunigte soziale Differenzierung innerhalb der Bauernschaft und das Wachstum der klaren Gegensätze auf dem Land. Neuerdings sehen wir diese wachsende Verschärfung der Klassengegensätze, wenn wir hinweisen auf die Bewegung der Winzer unten im Rheinland, auf die vielen Bauerndemonstrationen in den verschiedensten Gegenden des Reiches.

Das alles sind Zeichen dafür, daß die Klassengegensätze auf dem Lande sich immer mehr und mehr verbreitern. Dazu kommt das rigorose Vorgehen der Finanzämter bei Pfändungen und Zwangsversteigerungen. Alles das hat eine ungeheure Erregung unter den kleinbäuerlichen Schichten hervorgerufen, die noch weiterhin gefördert wird durch die ungeheure steuerliche Belastung der kleinen Landwirtschaft. Es ist verschiedentlich gestern abend und auch früher schon darauf hingewiesen worden, wie für die landwirtschaftlichen Kreise eine Entlastung herbeigeführt werden kann. Es wurde schon hingewiesen auf die Differenzen in der Preisbildung und den Gestehungskosten. Es wurde auch hingewiesen auf die mangelnde Konsumkraft und daß für eine Steigerung der Produktion gesorgt werden muß. Ebenfalls wurde darauf hingewiesen, daß eine Änderung des Kreditwesens und eine Änderung des Steuersystems nötig wäre, wenn den landwirtschaftlichen Kreisen geholfen werden soll. Zum Teil stimmt das ohne weiteres. Wenn man aber auf die Steuerpolitik zu sprechen kommt und von einer Entlastung der kleinbäuerlichen Bevölkerung gesprochen wird durch Änderung des Steuersystems, dann müssen wir sagen, daß man es früher schon in der Hand gehabt hätte, diese steuerliche Entlastung herbeizuführen. Und wenn wir die Steuerpolitik des Reichs, die ja ausschlaggebend ist auch für die Steuerpolitik in den Ländern, betrachten, wie sie von den einzelnen Parteien im Reichstag nun geführt worden ist, so sehen wir, daß sowohl in Kreisen des Zentrums, als auch in denjenigen des Landbundes und der liberalen Volkspartei, man absolut nicht dabei war, den kleinen Landwirten irgendwie eine Entlastung zu bringen, sondern das Gegenteil. Die landwirtschaftliche Bevölkerung, die vorwiegend mit Kleinbetrieben zu arbeiten hat, ist schwerer belastet worden, dafür aber hat man den Großgrundbesitz entlastet. Heute zahlt ein kleiner Bauer mit etwa 4 Hektar Land seine 450 M.-Steuer. Ein bäuerlicher Betrieb mit 20 Morgen Land kommt auf eine Steuersumme von 800 M. pro Jahr. Wenn man bedenkt, daß dieser Bauer vielleicht eine Gesamteinnahme von 3200 M. hat, so ist das immerhin ein ganz hoher Betrag, den er für Steuern ausgeben muß. Man könnte diese Beispiele noch vermehren und könnte weiterhin auch zeigen, wie sich die Steuerlast zu ungunsten der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe auswirkt. Wenn wir nun z. B. einen Vergleich ziehen mit einem Lohnempfänger, mit einem Beamten, der ungefähr 7200 M. bekommt, und einen bäuerlichen Betrieb gegenüberstellen, der etwa 10 Hektar Land umfaßt, etwa in der dritten Bodenklasse, so sehen wir, daß dieser kleinbäuerliche Betrieb bei einem Bruttoeinkommen von 3000—4000 M. rund 500 M. Steuern bezahlen muß, während auf der anderen Seite (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das müssen Sie einmal vorrechnen, wie sich das zusammensetzt!) — es ist vorgerechnet worden, und zwar in den Süddeutschen Monatsheften ist dieses Beispiel gebraucht worden (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Für Baden?). Für Bayern; ich habe vorhin auch ein Beispiel für Baden gebraucht, für Mittelbaden; ein Kleinbauer in Renchen z. B. hat die Zusammenstellung auf Grund der Steuerzettel gemacht. Dieser Bauer in Renchen hat 4 Hektar Land. Ich könnte diese Aufstellung ganz vortragen, es sind aber Fachleute da, die das ganz gut nachrechnen können (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Deswegen sage ich, daß das nicht so sein kann!). Ich sage also, auf Grund der Steuerzettel, die vorgelegt worden sind, zahlt dieser Bauer in Renchen mit 4 Hektar Land rund 450 M. Steuer (Abg. Heurich: Ausgeschlossen! Das Material kommt von Berlin!). Nein, das Material kommt nicht von Berlin; vielleicht kann sich der Herr Abg. Heurich bei der Regierung erkundigen, es ist eine Eingabe vom Pächter- und Kleinbauernverband, sowie eine solche von Bauern aus Renchen mit 20 Unterschriften an die Regierung eingereicht worden, eine

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Lechleiter** [Komm. P.])

Eingabe, in der auch solche Beispiele gebraucht worden sind (Sehr richtig! bei den Kommunisten). Es ist also nicht etwas aus Berlin oder gar aus Moskau, sondern diese Rechnungen stammen aus Mittelbaden und ich muß den Bauern in Mittelbaden, wenn man sie vielleicht auch da und dort für dumm einschätzt, doch soviel zutrauen, daß sie ihre Rechnungen so aufmachen können, daß sie in der Öffentlichkeit stand halten. zudem wenn sie bei einer Regierungsstelle eingereicht werden. Also mit diesen Ausreden möge man mich doch gefälligst verschonen. Diese Beispiele könnten verschiedentlich gebraucht werden. Wenn ich vorhin auch ein Beispiel aus Bayern gebracht habe, so deshalb, weil ja schließlich die Steuerpolitik, die meist die landwirtschaftliche Bevölkerung, soweit Kleinbetriebe in Frage kommen, belastet, eine Reichssteuerpolitik ist und in diesem Zusammenhang müssen Beispiele nicht nur aus Baden, sondern auch aus anderen Teilen des Reiches gebracht werden, um diesen Vergleich richtig anzustellen. Ich sage noch einmal, dieser kleine Bauer in Renchen mit 4 Hektar Land bezahlt 450 Mark Steuern, während ein anderer Bauer, ebenfalls in Baden mit 20 Hektar Land, der also schon etwas besser daran ist, immerhin eine Steuerlast von etwa 800 M. zu tragen hat.

Wenn ich nun vorhin einen bäuerlichen Betrieb mit 10 Hektar Land angeführt habe, der etwa 500—600 M. bezahlen muß, je nachdem die Bodenklasse ist, und jetzt einen Vergleich ziehe mit einem Beamten, der 7200 M. bezieht, so sehen wir sofort, daß die kleinbäuerlichen Betriebe schwerer belastet sind. Darauf kommt es einzig und allein an und deshalb behaupte ich, daß die kleinen Bauernberiebe heute am meisten unter der Steuerlast zu leiden haben. Diese Steuerlasten, die sich nun bei der kleinen Bauernschaft mit ungeheurer Wucht auswirken, können aber nicht allein durch Maßnahmen behoben werden, wie sie zum Teil gestern schon vorgeschlagen worden sind. Die Steuerlast muß in erster Linie bei der kleinbäuerlichen Bevölkerung dahin zu ändern versucht werden, daß man dem kleinbäuerlichen Familienbetrieb mehr wie bisher entgegenkommt. Auf alle Fälle muß verlangt werden, daß die den örtlichen Verhältnissen angepaßte Ackernahrung gleich den steuerfreien Einkommensverhältnissen des Lohnempfängers gestaffelt und von der Vermögens-, Einkommen- und Erbschaftssteuer befreit wird. Die kleinen Mittelbetriebe, die ihre Wirtschaft durch ihre Familienangehörigen umtreiben, dürfen unter keinen Umständen steuerlich höher eingeschätzt werden, wie die mit Hilfskräften arbeitenden Großbetriebe. Das ist aber heute der Fall und diese Ungerechtigkeit tritt heute sehr stark in Erscheinung. Notwendig ist allerdings auch, daß die Steuerausschüsse da und dort eine andere Zusammensetzung erfahren müssen, da manchmal die Einschätzung der Grundstücke in einer Art und Weise vor sich geht, die ebenfalls wiederum zugunsten der größeren Betriebe und zuungunsten der kleinen Betriebe ausfällt. Die Senkung der Steuerlast bringt damit auch eine bedeutende Abschwächung der übrigen Belastungen der bäuerlichen Betriebe mit sich. Notwendig ist ferner, daß man diesen ganz kleinen landwirtschaftlichen Betrieben durch zinslose Steuerstundungen entgegenkommt.

Weiterhin ist notwendig, daß im Pachtwesen eine Änderung eintritt. In dieser Beziehung haben wir ja einen Antrag gestellt; sie sind aber vom Berichterstatter mit einigen Worten abgespeist worden; man sagt hier einfach, es bestehen Bedenken dagegen; „es wird nicht durchführbar sein". Nun ist es ja immer so gewesen, daß Anträge, wenn sie von unserer Seite ausgehen, „undurchführbar" gewesen sind; das sind wir ja nachgerade gewöhnt. Wenn man nun aber draußen in landwirtschaftlichen Kreisen, die auf Pachtboden angewiesen sind, sich mit den Leuten bespricht, kann man oft und immer wieder von neuem wahrnehmen, daß die heutige Regelung des Pachtwesens absolut nicht mehr mit den tatsächlichen Verhältnissen sich in Einklang befindet.

Vor allen Dingen ist es notwendig, daß die Pachtzeit verlängert wird. Erstens einmal wird dadurch dem Pächter eine bessere Ausnützung des Bodens ermöglicht. Zweitens ist in Betracht zu ziehen, daß so einer Steigerung der Pachtsätze entgegengearbeitet wird. Dazu soll die vorgeschlagene Regelung auch dienen; denn durch die Versteigerung von Grund und Boden werden oft ungeheure Preissteigerungen bewirkt. Mit Rücksicht darauf ist es notwendig, daß man endlich einmal dazu übergeht, die Pachtdauer auf zwölf Jahre festzusetzen.

Weiterhin sollten die Pachtsätze auf 80 Prozent der Friedenssätze festgesetzt werden. Da kommt man nun gern und macht den Einwand, der Boden sei zu verschieden. Dagegen aber ist wieder zu sagen: Man wird doch annehmen dürfen, daß man schon vor dem Kriege den Boden so bewertet hat, wie er den Verhältnissen entsprach. Es ist also ohne weiteres klar, daß dieser Klassifizierung des Bodens schon Rechnung getragen ist: deshalb sollten die Pachtsätze eine Höchstgrenze von 80 Proz. der Vorkriegssätze nicht überschreiten.

Infolgedessen, daß die Pachtzeiten so kurz bemessen sind, ist es einfach nicht möglich, daß der Boden so gedüngt werden kann, wie es notwendig ist.

Ferner wäre es notwendig, die Pachtland- und Grasversteigerungen überhaupt zu verbieten. Pachtstreitigkeiten und Preisfestsetzung sind durch örtliche Kommissionen zu regeln, in welchen dann selbstverständlich in erster Linie die Kleinbauern, die Pächter, vertreten sein müßten.

Zur Frage des Kreditwesens wäre zu bemerken, daß durch diejenige Art der Kreditgewährung, wie sie bis jetzt gepflogen worden ist, den kleinen landwirtschaftlichen Familienbetrieben ganz und gar nicht geholfen worden ist; meistens sind diese Kredite den großen landwirtschaftlichen Organisationen zugute gekommen — und für die kleinbäuerlichen Betriebe ist dabei herzlich wenig abgefallen; zum größten Teil haben sie überhaupt nichts erhalten. Wenn man so auf das Land hinausgekommen ist und mit den Kreisen der kleinbäuerlichen Bevölkerung Fühlung genommen hat, so wurde man immer wieder vor die Frage gestellt: „Wo bleiben denn die Kredite für die Landwirtschcft? wo sind sie denn geblieben?". Auf diese Erkundigung wäre zu antworten: Sie sind den Großen zugute gekommen und nicht dahingelangt, wo sie am notwendigsten waren, herunter zu den kleinen Familienbetrieben in der Landwirtschaft. Wenn diese mit dem Wunsche um Kredit kamen, so wurde ihnen einfach entgegnet, daß sie nicht die notwendige Sicherheit bieten könnten; damit hat man sie ohne weiteres einfach ihrem Schicksal überlassen: „Macht was ihr wollt, geht zugrunde, man kann euch keinen Kredit geben!"

Die Art und Weise, wie diese Kredite in die Landwirtschaft hinausgekommen sind, hat draußen auf dem Lande große Erregung und große Unzufriedenheit hervorgerufen. Wenn man heutzutage auf das Land hinauskommt, so hat man ohne weiteres Gelegenheit, die Unzufriedenheit mit dieser Art der Kreditgabe festzustellen.

Dann ist auch verschiedenes über die bäuerlichen Branntweinbrennereien ausgeführt worden. Seitens der Regierung ist ja auch den Mitgliedern des Hauses eine Statistik zugängig gemacht worden. Daraus ergibt sich nun eines: daß es in erster Linie wiederum in Baden die kleinen Bauern sind, die unter der Verfolgungswut der Behörden zu leiden

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Lechleiter [Komm. P.])

hatten. Auf Grund dieser Statistik kann man nämlich folgendes feststellen:

Im Jahre 1924 wurden im ganzen Reiche 2516 Strafverfahren anhängig; auf Baden entfielen davon 1046 gleich 40,3 Proz.

Die Zahl der Beschuldigten im Reiche betrug 3494; auf das Land Baden kommen 1229 gleich 35,1 Proz.

Hinterzogene Menge Branntwein im Reich rund 4,6 Millionen Liter: in Baden 37 000 Liter oder 0,8 Proz.

Hinterzogene Abgabebeträge im Reiche rund 9,3 Millionen Reichsmark, in Baden 152 700 RM. gleich 1,6 Proz.

(Abg. Klaiber: Das haben wir ja alles auch bekommen!). Ja, das haben wir bekommen, und aus dieser Statistik geht das hervor, daß man ganz einseitig gegen die kleinen Brenner vorgeht — das geht aus dieser Statistik hervor! —, während auf der anderen Seite wieder die ostelbischen Junker ganz besonders begünstigt sind, sie stehen auch hier wiederum in der Regierungssonne. Gegen die Kleinbrenner in Baden wurde ein Drittel aller vom Reiche ausgesprochenen Strafen verhängt, während die hinterzogene Branntweinmenge in Baden nur ein einziges Proz. der ganzen im Reich hinterzogenen Branntweinmenge ausmachte. Hier sehen wir wieder, ebenso wie auch in bezug auf die Steuerlasten, daß in erster Linie es immer die Kleinbauern sind, die von der Härte des Gesetzes betroffen werden. Darauf hinzuweisen war ebenfalls notwendig. Wir sind der Meinung, daß in Baden diese Kleinbrenner einen gewissen Schutz erfahren müssen, weil eben doch durch diese Kleinbrennereien der landwirtschaftlichen Bevölkerung — die ja hauptsächlich kleine Betriebe umfaßt — eine Einnahmequelle verschafft wird.

Bezüglich des Tabakbaues möchte ich nur eines sagen: Daß man hier am besten helfen kann, wenn endlich einmal die Tabaksteuer fällt. Damit ist nicht nur den Konsumenten, sondern auch den Produzenten gedient.

Das ist die beste Hilfe für die tabakbauende Bevölkerung. In dieser Beziehung muß man ganz besonders sagen, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung, soweit sie Tabakbau betreibt, eben von jenen Parteien Rechenschaft fordern muß, die die Geburtshelfer, die Väter dieser Tabaksteuer sind; sie sind es, die nicht zuletzt dazu beigetragen haben, daß die tabakbauende Bevölkerung ins Hintertreffen gekommen ist.

Bezüglich der Berufsvertretung, der Landwirtschaftskammer, haben wir die größten Bedenken; wir haben gegen dieses Institut auch heute noch das größte Mißtrauen und können daher für dieses Institut, solange es nicht anders zusammengesetzt ist und ganz besonders die kleinbäuerlichen Interessen anders vertritt, als es heutzutage noch der Fall ist, keine Mittel bewilligen, und wir sprechen auch dieser Landwirtschaftskammer unser Mißtrauen aus.

Wir sind auf der andern Seite voll und ganz der Meinung, daß der Berufsausbildung der landwirtschaftlichen Bevölkerung volle Aufmerksamkeit gewidmet werden muß, daß aber auch hier gesucht werden muß, den kleinen landwirtschaftlichen Betrieben mehr als bisher Rechnung zu tragen, daß es notwendig ist, daß gerade für diese kleinbäuerlichen Schichten die landwirtschaftliche Berufsschulung mehr ermöglicht wird.

Die Anträge, wie wir sie gestellt haben, liegen zweifellos im Interesse der landwirtschaftlichen Familienbetriebe, der bäuerlichen Kleinbetriebe. Es ist notwendig, daß ganz besonders den drei Punkten, wie wir sie in unserem Antrag niedergelegt haben — bezüglich Regelung der Pachtzeit, der Regelung der Pfändungen und Zwangsversteigerungen und namentlich auch bezüglich der Kreditgewährung für Kleinbetriebe — Rechnung getragen wird, und zwar in der Form, wie es in unseren Anträgen zum Ausdruck gebracht ist. Die Durchführung dieser Forderungen wird geeignet sein, dem landwirtschaftlichen Kleinbetrieb wirklich wesentliche Besserung zu bringen.

Alles übrige, was von anderer Seite zur Hebung der Landwirtschaft angeführt wurde, ist, wie ich bereits ausgeführt habe, in erster Linie wirksam für die Mittel- und Großbetriebe und wird nicht ohne weiteres in Wirksamkeit treten für die kleinen landwirtschaftlichen Familienbetriebe, die doch in Baden einen großen Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung ausmachen. Deshalb ist es auch notwendig, daß gerade diesen Kreisen endlich einmal Rechnung getragen wird, und zwar nicht nur durch billige Worte und durch Maßnahmen, die sich mehr nach oben auswirken als nach unten, sondern indem man wirklich diesen Schichten der landwirtschaftlichen Bevölkerung entgegenkommt. Es wird aber einfach alles abgelehnt, man geht einfach darüber hinweg, weil man eben für diese Zwerg- und Kleinbetriebe kein Interesse hat.

Und so kommt es eben mit der Zeit, daß auch auf dem Lande draußen die Bevölkerungsschichten immer mehr und mehr differenziert werden, daß auch auf dem Lande sich die Klassengegensätze immer mehr und mehr verschärfen. Wenn man die verschiedenen Bauernzeitungen durchgeht und liest, was für eine Stimme dort im Laufe der Zeit zum Ausdruck kommt, so sollte man glauben, daß gerade durch diejenigen Kreise, die sich in erster Linie berufen fühlen, die Landwirtschaft zu vertreten, diesen Stimmen, wie sie aus den landwirtschaftlichen Kreisen zum Ausdruck kommen, endlich Rechnung getragen werden müßte, wenn nicht die Unruhen, wie sie sich bereits im Rheingebiet unten ereignet haben, und die Demonstrationen, wie sie schon im übrigen Reich erfolgt sind, noch mehr gesteigert werden sollen. Statt dessen wird man aber unsere Anträge bei den Kleinbauern draußen, bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung, als kommunistische Phrasen usw. hinstellen, man wird die Anträge dadurch zu mißkreditieren suchen, daß man sagt, die Kommunisten haben sie gestellt. Darum ist es notwendig, zu sagen, wie die Bauernbündler sich heute in ihren Organen dazu einstellen, wie sie dort dieser Kritik von vornherein selbst entgegentreten. Das „Landauer Volksblatt" zum Beispiel vom 17. März d. J. hat in einem Artikel, der überschrieben ist: „Wer leistet Zutreiberdienste für die Kommunisten?" folgende Sätze geschrieben:

> „Wenn ich jetzt alltäglich das Gewinsel der Volksparteipresse vernehme, wie sie von einer verführerischen Agitation kommunistischer Art der Bauern durch die Männer Gandorfer und Kübler faselt, so zwingt es mich unwillkürlich, die Feder in die Hand zu nehmen und diesen unwahren Verdummungsplan zurechtzuweisen . . .
>
> Nicht eine verführerische Agitation genannter Männer treibt den Bauern in das Kommunistenlager, sondern der Staat selber durch seine wahnsinnige Steuerpolitik und die Finanzämter durch ihre unerhörte Eintreibungswut der Steuern, von dem bereits völlig ausgesaugten Volke, sind heute die ersten Agitatoren des Kommunismus."

Solche Sätze lesen wir heute in den Bauernzeitungen. Nicht nur in diesem Organ, das ich genannt habe, sondern auch in der einen und anderen der bäuerlichen Zeitungen finden wir diese Stimmen, und diese Stimmen werden sich noch mehr vermehren, wenn nicht endlich den landwirtschaftlichen Kleinbetrieben in ihrer Notlage Entgegenkommen gezeigt wird.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Lechleiter [Komm. P.])

Diese landwirtschaftlichen Kreise werden immer mehr und mehr nach links abgedrängt. Ob man diese Bewegung als kommunistische verdächtigt und hinstellt, das kommt dann hierbei nicht mehr in Frage; die Leute werden einfach gezwungen, die Dinge so zu sehen, wie sie nun einmal sind. In solchen Zeitungsstimmen kommt am besten zum Ausdruck, wie diese Leute sich gegenüber dieser Notlage, dieser Wirtschaftskrise, unter der sie so schwer zu leiden haben, einstellen. Wir sind davon überzeugt, daß das, was durch das Industrieproletariat wahrgenommen werden muß, auch auf Tausende und aber Tausende von kleinbäuerlichen Familienbetrieben, von solchen, die den kleinbäuerlichen Schichten angehören, zutreffen wird.

Nach oben hin konzentriert sich das Kapital, sei es nun Industriekapital, sei es Agrarkapital, es konzentriert sich und wälzt alle Lasten auf die unteren Schichten ab. Und so wird von selbst auch die Bewegung der arbeitenden Bevölkerung, nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Lande, immer mehr in ein Becken zusammenfließen, und es wird überall in Stadt und Land die Überzeugung Platz greifen, daß eben alle Schichten des werktätigen Volkes in Stadt und Land zusammengehören und gemeinsam den Kampf führen müssen gegen das allmächtige Großkapital, ob es nun im Großhandel, im Großbauerntum oder in der Industrie zum Ausdruck kommt. Die Kleinbauernschaft wird über kurz oder lang durch die Krise, die sich weiterhin verschärft, weiter entwickelt in der bisherigen Richtung, erkennen müssen, daß ihre Interessenvertretung nicht bei den Vertretern der Großbauern liegt, sondern nur wahrgenommen werden kann gemeinsam mit der werktätigen Bevölkerung, mit der arbeitenden Klasse in den Städten. Diese Erkenntnis wird sich durchringen, mag man auch heute noch so sehr versuchen, diese kleinbäuerlichen Schichten einzufangen für die Interessen der Großgrundbesitzer. Sie werden eines Tages doch erkennen, daß sie gemeinsam mit der Arbeiterschaft die Macht erobern müssen, um die Interessen der werktätigen Bevölkerung, in einer Arbeiter- und Bauernregierung zusammengefügt, dann gemeinsam wahrnehmen können. Diese Erkenntnis wird draußen auf dem Lande immer mehr um sich greifen und eines Tages dazu führen, daß es nicht nur bei solchen Unruhen wie in Bernkastl, nicht nur bei den Demonstrationen es bleibt. Diese Erkenntnis wird Platz greifen, wenn die Unterdrückung der ländlichen Bevölkerung einmal zu groß und unerträglich wird, und es dann zu einer Explosion kommt, die dann die Stunde herbeiführen wird, wo die arbeitende Klasse in Stadt und Land sich gemeinsam gegen das Ausbeutertum erheben wird.

Abg. Klaiber (Bürgerl. Ver.):

Durch all diese Reden hindurch, die wir in diesen Tagen gehört haben, geht der Tenor: Volk in Not! Ich möchte sagen, das Fundament unseres Staates ist die Wirtschaft und das Fundament der Wirtschaft ist die Landwirtschaft. Ich habe mit großem Interesse die Reden verfolgt, die hier gehalten worden sind von den Herren Kollegen Heurich und Schreck. Beide haben vieles gemeinsam. Sie gaben einen tiefen Einblick in die furchtbare Not der Arbeiter, der Erwerbslosen, und man muß dafür Verständnis haben, und das haben wir gerade so wie alle die anderen hier. Die Reden zeichneten sich aber dadurch aus, daß die Ziele, die von beiden gezeichnet wurden, um diese Not zu heben, ganz entgegengesetzte sind. Das, was der Herr Kollege Schreck zu seinem Ausgangspunkt gemacht hat, den Weg können wir nicht mit ihm gehen, den lehnen wir ab, den Weg der Gewalt, des Umsturzes, der Revolution. Wir stehen auf dem Standpunkt, Herr Kollege Schreck, daß das Volk es bestimmt, was es für eine Regierung haben will und was für eine Staatsform das Volk will. Auf dem Standpunkt stehen wir (Abg. Schreck: Wir auch!). Nein, Sie lehnen das ab. Sie wollen an das Recht und an die Autorität des Volkes die Diktatur und die Gewalt setzen.

Herr Kollege Heurich hat andere Wege gezeigt. Er schlägt die Siedelung vor der Arbeiterverjüngung usw. usw. Zu dem ersten Punkt möchte ich folgendes sagen: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß möglichst viel angesiedelt werden soll und daß den jungen Bauernsöhnen Gelegenheit gegeben werden soll, sich selbständig zu machen, sich freizumachen von den Städten, sich fernzuhalten aus den Reihen des Proletariats. Aber, besteht die Möglichkeit in der gegenwärtigen Zeit in dem Sinne zu siedeln? Ein großer Teil der heute zu viel auf dem Lande befindlichen Söhne, die sich nach eigener Existenz umsehen, anderwärts unterzubringen und anzusiedeln, ist das möglich? Ich sage, die Möglichkeit besteht nicht; denn erstens haben wir in Baden keine großen Siedelungsmöglichkeiten. Einigermaßen könnte man Siedelungsland schaffen, und dort, wo die Möglichkeit besteht, sind aber Verhältnisse der Größe des Besitzes nach, die zu großen Bedenken Anlaß geben. Gestern hat der Herr Abg. Kurz auf den Großgrundbesitz in Norddeutschland hingewiesen. Wie sind die Verhältnisse dort? Wir haben in Deutschland 890 000 kleinbäuerliche Betriebe, 921 000 mittelbäuerliche, 230 000 großbäuerliche, und an Großbesitz von über 100 ha haben wir 19 000 Betriebe. Dort, wo der eigentliche Großgrundbesitz sich befindet, wo das Areal geschaffen wäre für Siedelungen, ist es für Kleinsiedelungen nicht geeignet. Wer die Verhältnisse in Ostpreußen kennt in den großen Gütern, wird das bestätigen müssen: Wenn sie dort einem Siedler 200 Morgen geben würden, so wäre er damit nicht imstande, nach den heutigen Verhältnissen sich zu ernähren; denn ein Ertrag in den großen Gütern ist nur möglich, eine einigermaßen zu gestaltende Rentabilität durch den Großgrundbesitz und durch den Betrieb, den dieser Großgrundbesitz verlangt. Also dort bedeutet die Siedelung so viel wie nichts.

Ich habe durch verwandtschaftliche Beziehungen Gelegenheit, immer eine Zeitung zu lesen aus Landsberg an der Warthe. In dieser Zeitung habe ich während der Zwangswirtschaft und während des Krieges ganze Seiten von Anfragen gelesen über Güterkäufe, Alles wollte Güter kaufen. Die Berliner kamen in Strömen nach dem dortigen Gebiete und kauften sich Wirtschaft um Wirtschaft. Heute sehen wir das Gegenteil. Heute sehen wir ganze Spalten und ganze Zeitungsseiten von Angeboten von Wirtschaften und Gütern, die kein Mensch kaufen will. Wir brauchten nicht zu siedeln, wenn wir Geld hätten. Dann könnten wir hunderte von Landwirten von Baden nach Norddeutschland bringen und könnten sie dort ansiedeln, denn Gelegenheit wäre genug da. Aber damit würde das Elend nicht aus der Welt geschafft, sondern wir würden nur eine Verschiebung vornehmen, denn die, die dort überflüssig würden, würden das Proletariat wieder um einen großen Teil vermehren. Also mit der Siedelung ist es eine sehr zweifelhafte Sache, weil uns einmal erstens das Geld fehlt, weil wir nicht siedeln können, und zweitens dort, wo gesiedelt werden kann, würde man die Erträgnisse nicht steigern, sondern man würde sie kolossal vermindern.

Ich habe in diesem Frühjahr hier einmal ausgeführt, daß es eine Lust und eine Freude sei, durchs Land zu fahren; die Aussichten für die neue Ernte seien wunderbar und das

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Klaiber** [Bürgerl. Ver.])

Herz ginge einem auf, wenn man in die Zukunft blicke. Da sehen wir heute, wenn wir durch unser Land fahren, viele zerstörte Felder, schlechte Ernten, unsere Weinernte ist zum großen Teil vernichtet, unsere Getreidernte ist sehr gering, ich habe am Samstag nachmittag einen Probedrusch vorgenommen zu Hause und habe von einem Stück Feld, wo ich 16 Zentner dreschen sollte, 3½ Zentner Roggen gedroschen. Da ist nicht schuld die schlechte Düngung, nicht die schlechte Bewirtschaftung, im Gegenteil, da ist schuld die schlechte Witterung, die schlechte Blütezeit. Wir werden im Durchschnitt eine ganz schlechte Ernte haben. Ebenso ist das mit der Obsternte. Die Obsternte ist durch Hagelschlag zum größten Teil vernichtet. Die Kaufkraft der Landwirtschaft wird in diesem Jahre auf den Nullpunkt heruntersinken, und sie wird noch mehr dazu beitragen, diese Kaufkraft der Landwirtschaft, daß die Arbeitslosigkeit sich vermehrt und zu einem Grade steigen wird in diesem Winter, wie wir es noch nie gesehen haben (Zuruf des Abg. Heurich: Man rechnet gut mit 25 Proz.!). Das wird uns in diesem Winter bevorstehen, und wir sehen der Sache mit großer Sorge und großem Bangen entgegen. Das ist die Lage der Landwirtschaft heute.

Die Frage der Heranziehung auswärtiger Arbeiter hat schon einmal hier in diesem Hause eine Rolle gespielt, und ich habe damals mein Bedauern ausgesprochen, daß wir in Baden 700 polnische Arbeiter in dieser Saison brauchen. Man hat mir in einer Weise erwidert, die gerade nicht nobel war, und ich muß sagen, ich kann heute konstatieren, daß die Einsicht über diese Zustände doch zu Besserem geführt hat. Wir können uns das nicht mehr leisten, daß wir eine derartige Zahl von fremden Arbeitern ins Land ziehen, und wenn es auch nur 500 sind, so müssen wir dafür sorgen, daß diese 500 polnischen Arbeiter nicht mehr kommen und daß die Arbeit, die von der Landwirtschaft verlangt wird, von badischen Arbeitern ausgeführt wird. Ich will nicht darüber rechten, ob Sie recht haben in bezug auf die Entlohnung und in bezug auf die Unterbringung dieser Arbeiter, aber das eine kann ich Ihnen sagen, daß gerade von diesen 700 Arbeitern, die verlangt worden sind, 200 von der Zuckerfabrik Waghäusel verlangt werden, da haben wir alles Interesse daran, da der Staat selbst stark beteiligt ist an der Zuckerfabrik Waghäusel, daß dort Verhältnisse geschaffen werden, um diesen 200 Arbeitern die nötige und entsprechende Unterkunft zu sichern. Wenn dann, wie in einer Notiz steht, die mir eben auf den Tisch gelegt worden ist, im Reiche, von der norddeutschen Landwirtschaft 180 000 Polen eingeführt worden sind in diesem Jahre, so verurteilen wir das auf das entschiedenste.

Ich gebe zu, daß es nicht allein an der deutschen Arbeiterschaft liegt, daß sie diese Arbeit nicht aufnehmen will, daß auch ein großer Teil der Schuld an den Arbeitgebern ist. Aber was sind denn die Gründe dafür? Die Gründe liegen in allererster Linie darin — da haben Sie recht —, daß eine billigere Arbeitskraft aus dem Ausland kommt, als wir selbst stellen können. Das ist zurückzuführen auf die Unrentabilität unserer Landwirtschaft, weil der Großgrundbesitz in Norddeutschland insbesondere dort, wo diese Arbeiter gebraucht werden, nicht in der Lage ist, hohe Löhne zu zahlen und alles ausnützen muß, um einigermaßen den Betrieb aufrechtzuerhalten. Was wollen Sie in einem Betrieb herauswirtschaften, wenn der Roggen für 14 M. per Doppelzentner verkauft wird, da soll man sich einen Begriff machen, ob eine Möglichkeit besteht, die Arbeitskräfte richtig zu entlohnen (Abg. Schreck: Die Junker sitzen in den Spielhöllen!). Herr Kollege Schreck, Sie haben keine Ahnung von den Zuständen bei den Grundbesitzern heute, in welcher Not und Geldverlegenheit sie sich befinden. Wenn einer in einer Spielhölle und in einem Restaurant sitzt und dort die Sektflasche knallen läßt und man die Sache dort untersucht, so knallt die Sektflasche jedenfalls nicht von den Erträgnissen der Landwirtschaft (Zuruf beim Zentrum: Lesen Sie das Buch von Bittmann!).

Wir müssen uns umstellen, wird uns zugerufen von Ihrer Seite, die Landwirtschaft muß sich umstellen, auch die Arbeiterschaft muß sich umstellen in dem Sinne und sich abfinden, wir müssen die Arbeit selbst leisten, die notwendig ist in unserem Staat zur Aufrechterhaltung unserer Wirtschaft.

Die Ergebnisse der staatlichen Betriebe, wie wir sie aufgezeichnet finden in unserem vorliegenden Etat, geben Ihnen ein Bild von der Lage der Landwirtschaft. Sie zeigen, was die Betriebe abwerfen, welche Zuschüsse sie erfordern. Aber nicht nur die staatlichen Betriebe, sondern auch die Bilanzen der beiden großen Organisationen, die wir in diesem Jahre vor uns liegen haben, des badischen Bauernvereins und der Hauptgenossenschaft, der ich angehöre, sie zeigen die ungeheueren Verluste in diesen Großbetrieben und Organisationen, verursacht durch die traurige Lage der Landwirtschaft (Sehr gut!). Die Kaufkraft ist nicht vorhanden, die Läger sind überfüllt, das sind die Folgen, daß man sagen könnte, man steht vor dem Zusammenbruch dieser großen Organisationen, wenn nicht geholfen wird und nicht die Landwirte selbst sich besinnen auf das, was ihre Pflicht ist diesen Organisationen gegenüber.

Der Herr Kollege Graf ist in seinen Ausführungen zum Etat des Innern auch auf die Landwirtschaft zu sprechen gekommen, u. a. auch auf den spanischen Handelsvertrag und auf die Folgen des spanischen Handelsvertrages für die Industrie. Er hat u. a. uns vorgeworfen, daß wir die Vertreter der Großjunker seien und der Großagrarier. Herr Kollege Graf, — er ist leider nicht da — demgegenüber möchte ich nur sagen, daß er gar keine Ursache hat und gar kein Recht, uns darüber Vorwürfe zu machen, daß wir die Vertreter des Großgrundbesitzes und der Agrarier seien, denn gerade die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei in der Landwirtschaftskammer haben nicht dem Kleingrundbesitzer ihre Stimme gegeben, sondern dem Herrn Grafen von Douglas (Zurufe bei den Sozialdemokraten). Sie haben dafür gesorgt, daß die Führung in der Landwirtschaftskammer nicht der kleine Besitz hat, sondern daß der Großgrundbesitz an die Stelle gestellt worden ist und daß die Landwirtschaftskammer einen geadelten Präsidenten und einen geadelten Direktor hat, und das haben nicht wir gemacht, sondern die Sozialdemokratie mit den anderen. Darüber kommen Sie nicht hinweg (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten — Glocke des Präsidenten). Werfen Sie uns nichts vor, ich habe nichts gegen die Herren, aber wenn man selbst im Glashaus sitzt, darf man nicht mit Steinen werfen (Erneute Zurufe. — Unruhe). Jawohl, das haben Sie gemacht. Dann möchte ich Ihnen auch sagen, daß, wenn Herr Graf derart über den deutsch-spanischen Handelsvertrag losgezogen hat, so möchte ich nur betonen, daß der norddeutsche Großgrundbesitz schuld ist und mitgeholfen hat, daß dieser unselige Handelsvertrag wieder beseitigt werden konnte. Ohne die Landbundmitglieder im Reichstag, ohne die Führer des Reichslandbundes wäre es nicht möglich gewesen, diesen spanischen Handelsvertrag, wie er bestand von Anfang, zu beseitigen. Die haben mehr Verständnis für uns gehabt, als leider damals unsere badische Regierung Verständnis für uns gezeigt hat.

Noch etwas: Hätten Sie den Herrn Zentrumsabgeordneten Kerb gehört in Oberrottweil, was er über die Folgen dieses

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Klaiber** [Bürgerl. Ver.])

deutsch-spanischen Handelsvertrags ausgeführt hat, dann hätten Sie das, was der Herr Abg. Graf gesagt hat, nicht mit „sehr richtig" bezeichnet. Übrigens habe ich mich über etwas gewundert, nämlich, daß der Herr Kollege Gündert von der Liberalen Volkspartei die Rede des Herrn Abg. Graf als „vorzüglich" bezeichnet hat (Abg. Gündert: Habe ich nicht getan, nur einen Teil!), und sein Einverständnis damit kundgegeben, denn „sie sei von großer Sachkenntnis getragen gewesen". Das mag sein, Herr Kollege Gündert. Wir sind Ihnen sehr dankbar, für dieses Bekenntnis gegenüber dem Herrn Kollegen Graf. Ich nehme an, daß Sie da die Stadt Pforzheim etwas im Auge gehabt haben (Zuruf des Abg. Gündert). Das haben Sie nicht gesagt, Herr Kollege. Sie haben keine Einschränkungen gemacht. Sie haben gesagt „sie sei von großer Sachkenntnis getragen" (Abg. Gündert: In dem Punkt Gemeindeverfassung!).

Was wir brauchen für unsere Landwirtschaft sind nicht nur verminderte Ausgaben, sondern es müssen auch erhöhte Einnahmen geschaffen werden. Diese erhöhten Einnahmen können nur geschaffen werden, wenn die Produkte der Landwirtschaft so bezahlt werden, daß sie den Erzeugerkosten gleichkommen. Das trifft heute nicht zu.

Der Herr Kollege Kurz hat gestern alles abgelehnt, was einigermaßen Zollschutz bedeuten sollte für die landwirtschaftlichen Produkte. Er hat darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der Landwirtschaft Getreide kaufen müßte. Ich gebe das zu, daß gerade in diesem Jahr ein großer Teil badischer Landwirte Getreide zukaufen mußten, insbesondere dort, wo Wiesenwirtschaft vorwiegend ist, Forstwirtschaft und weniger Getreidebau. Aber machen wir einmal eine Rechnung auf: Ich will einmal sagen, auf dem Schwarzwald ist ein Landwirt gezwungen, für seinen jährlichen Brotbedarf 10 Doppelzentner Getreide zu kaufen. Bei diesen 10 Doppelzentner Getreide bezahlt er im ganzen 50 M. Zoll, eine ansehnliche Summe für einen Landwirt. Wenn aber das zutreffen würde, was Sie sagen, Herr Kollege Kurz, und er hat ein Stück Vieh zu verkaufen von 10 Zentner Lebendgewicht und der Zoll würde aufgehoben, dann würde er 200 M. weniger bekommen an dem einen Stück Vieh, das er verkauft. Er hat aber mehr zu verkaufen. Das wären 200 M., die ausfallen würden an einem einzigen Stück Vieh. Also ist die Rechnung falsch, Herr Kollege Kurz, mögen Sie sie aufmachen, wie Sie wollen. Man sieht Ihnen eben an, daß Sie nicht in der Praxis stehen (Abg. Kurz: Das sind Taschenspielerkunststücke!). Das ist richtig, was ich Ihnen gesagt habe. Aber so sind alle Verhältnisse in der Landwirtschaft, wie ich sie an diesem einen Beispiel skizziert habe. Wir könnten Ihnen das an jedem einzelnen Produkt nachweisen. Unser Kleinbesitz muß geschützt werden, denn für das wenige, was er zu verkaufen hat, muß er Preise bekommen, wo er in der Lage ist, seine Familie, sich und seine Wirtschaft zu erhalten, sonst treiben wir ihn in die Hände des Proletariats und in die Reihen der Unzufriedenen.

Der Herr Kollege Engelhardt hat Ausführungen über den Entwurf eines neuen Branntweinmonopolgesetzes gemacht. Ich habe damals im Haushaltsausschuß auch eingehend über diesen Gesetzentwurf gesprochen, und ich gehe vollständig mit ihm darin einig; ich würde es ebenfalls außerordentlich bedauern und wüßte garnicht, zu welchen Konsequenzen es führen würde, wenn dieses Branntweinmonopolgesetz wirklich durchgeführt würde. Gerade in diesem Jahre, wo die Obsternte zum großen Teil durch Hagel beschädigt ist, daß der Landwirt damit überhaupt nichts machen kann, als in das Faß werfen und brennen, wäre es ein ungeheurer wirtschaftlicher Schaden, wenn das Brantweinmonopolgesetz in seinem Entwurf zur Durchführung käme. Ich bin dem Herrn Minister des Innern sehr dankbar für seine Erklärungen, die er gestern hier im Namen des Staatsministeriums abgegeben hat, daß das Staatsministerium alles tun wird, um dieses Gesetz zu verhindern.

Der Herr Kollege Weißhaupt hat in seinem Bericht noch einmal geglaubt, der alten Regierung von der Landwirtschaftskammer einen Tritt versetzen zu müssen. Nun mein Kollege Zoller hat gestern schon gesagt, wir sollen einen Strich darunter machen. Ich hoffe, daß endlich einmal dieser Strich gemacht wird, auch von mir wird dieser Strich gemacht werden (Abg. Dr. Schofer: Sie haben ihn jetzt auch nicht gemacht! — Heiterkeit). Ich wollte nur noch einmal daran erinnern.

Herr Kollege Weißhaupt, die Kritik an den Pachtzinsen der Landwirtschaftskammer ist nicht ganz berechtigt. Die Zuschußwirtschaften sind da, das ist richtig. Aber wir müssen uns darüber klar sein, und damit haben wir uns abgefunden bei den Betrieben des Staates, daß wir in allererster Linie Beispielwirtschaften und Musterwirtschaften brauchen, wo unseren jungen Leuten etwas vorgeführt werden kann, wo sie an diesen Stätten etwas lernen können. Sie sind notwendig, und wir brauchen sie, und deshalb erkennen wir auch an, was von seiten der Regierung in bezug auf diese Mustergüter und diese Anstalten geleistet wird, ebenso auch von der Landwirtschaftskammer. Die Landwirtschaftskammer hat eine große Aufgabe, und sie hat sie bis heute erfüllt. Es ist eine Freude — auch für einen alten Bauer ist das von großer Wichtigkeit —, diese Mustergüter und Beispielwirtschaften anzusehen (Zuruf beim Zentrum: Sie kosten aber Geld!). Dann müssen Sie alles streichen im Etat, was sich nicht rentiert (Zurufe!). Wir haben ein Mustergut in den Staatsdomänen, das ist Scheibenhardt, das dieses Jahr mit einem Gewinn von 6000 M. abschließt nach der Aufstellung des Etats. Und warum? Ich ging selbst hinaus und habe mir die Sache angesehen, denn ich habe mich gewundert, daß Scheibenhardt mit einem Gewinn abschließen soll. Warum? Weil dort vor allem ein außerordentlich tüchtiger Beamter ist, und weil dort die Wirtschaft auf Milchwirtschaft eingestellt ist, und der Preis für Milch in Scheibenhardt 32 Pf. ist. Nun verkauft Scheibenhardt täglich 300 Liter Milch. Nun rechnen Sie aus 300 Liter Milch für 32 Pf., Herr Kollege Heck, und rechnen Sie aus, wenn nur 17 Pf. bezahlt würden, ob ein Gewinn oder ein Verlust herauskommt. Ich sage, es entsteht ein großer Verlust für Scheibenhardt. Dann müßten wir infolgedessen Scheibenhardt streichen. Rechnungen muß man machen, Zahlen muß man sich zeigen lassen, dann kommt man zu einem Schluß. So ist die Lage. Ich komme aber auf die Milchwirtschaft noch zu sprechen.

Eines bedauere ich, daß wir in unserem Etat nur 10 000 M. eingesetzt finden für das Pflanzenzuchtinstitut. Wenn etwas notwendig ist in unserer badischen Landwirtschaft, so ist es das Pflanzenzuchtinstitut. Gerade in diesem Jahre werden wir erfahren, welch ungeheure Summen wir aus unserem Land geben müssen für Saatgut, wir können zum größten Teil unseren Roggen nicht zu Saatgut benützen, weil er nicht ausgewachsen ist, unsere Kartoffelernte wird schlecht sein, wir können sie auch nicht zu Saatgut benützen und werden deshalb gezwungen sein, in eine Gegend zu fahren und dort zu kaufen, wo einigermaßen gesunde Ware zu haben ist, die für Saatgut verwendet werden kann. Das trifft insbesondere für Körnerfrucht und Kartoffeln zu.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Klaiber** [Bürgerl. Ver.])

Nun ganz kurz zur Milchfrage. Ich habe letzthin im Karlsruher Tagblatt einen sehr beachtenswerten Artikel über die Lage unserer Milchwirtschaft gelesen. Da steht folgendes darin — Herr Präsident, ich bin gleich fertig, nur ein paar Sätze —:

„Als im Monat Mai mit Beginn der Grünfütterung sich eine Steigerung der Milcherzeugung und dementsprechend auch eine Steigerung der Milchzufuhren nach den Milchbedarfsgemeinden bemerkbar machte, die teilweise eine Überlieferung der Städte mit Milch zur Folge hatten, haben die badischen Milchbedarfsgemeinden die Milcherzeugungspreise auf 18 und teilweise auf 17 Pf. herabgesetzt. Seit einiger Zeit macht sich jedoch ein gewaltiger Rückgang der Milchproduktion bemerkbar, und zwar so stark, daß heute täglich zirka 25 000 Liter Schweizer Milch insgesamt nach Baden eingeführt werden müssen. Der Grund des so starken Rückganges der badischen Milchanlieferung liegt hauptsächlich in den derzeitigen ungenügenden Milcherzeugerpreisen, die die Milchwirtschaft unlohnend gestalten. Während sich erfreulicherweise in den vergangenen Jahren die Landwirtschaft mehr und mehr auf Milchwirtschaft umstellte, ist seit einiger Zeit eine Abkehr festzustellen. Viehaufzucht und Schweinemast begegnen wieder mehr Interesse als der milchwirtschaftliche Betrieb, was bei stärkerer Ausdehnung dieser Betriebszweige von bleibendem Nachteil für die Milchversorgung sein könnte."

Es ist eine Ungerechtigkeit, die man hier von seiten der Städte in bezug auf die Milchpreise tut. Nun hat die Landwirtschaft alles getan, um der großen Milchnot zu steuern, und da man nun endlich einmal soweit kam, daß man die Milchversorgung für Baden haben konnte, da geht man so rapid mit dem Preis herunter, daß es für die Landwirtschaft heute unmöglich ist, Milch zu produzieren zu 17 Pf. das Liter. Das ist aber nicht allein in Baden so, sondern im ganzen deutschen Reiche zeigt sich die große Produktion an Milch und das Drücken der Preise. Frei Berlin kostet die Milch heute 15½ Pf. nach Berlin geliefert, verkauft wird sie zu 32 Pf. Das ist kein Verhältnis, und so ist es auch in Karlsruhe; ich glaube, hier ist der Milchpreis auch 32 Pf., wenn ich mich nicht irre, und den Landwirten bezahlt man 17 und 19 Pf. (Sehr richtig!). Das ist eine Ungerechtigkeit, und wir protestieren im Namen der Landwirtschaft gegen eine derartige Preisdrückerei, in der Zeit, in der die Landwirtschaft sich Mühe gegeben hat, die Milchversorgung wieder hoch zu bringen und der Bevölkerung Milch zur Verfügung zu stellen, wir protestieren dagegen, daß man jetzt die Gelegenheit benützt, um wieder auf diese Art und Weise die Preise herunterzudrücken. Es ist eine ganz gefährliche Sache für die Landwirtschaft, wenn sie gezwungen ist, jedes Jahr oder alle zwei Jahre umzustellen. Jede Umstellung der Landwirtschaft kostet ungeheure Summen, und derjenige, der sich heute auf Milchwirtschaft eingestellt hat, ist gezwungen umzustellen, und hat dadurch große Verluste, und wenn er umgestellt hat, wozu er ein bis zwei Jahre braucht, und sich auf Schweinemast oder Viehmast eingestellt hat, dann kann das Gegenteil wieder eintreten. Wir müssen in unserem deutschen Vaterland dafür sorgen, daß die Landwirtschaft stabiler gestaltet wird, daß die Preise stabiler gestaltet werden, daß der Landwirt damit rechnen kann, ich bekomme für meine Milch, für mein Fleisch, für meine Frucht soundso viel, da muß ein Regulator geschaffen werden, und wenn der Landwirt mit bestimmten Preisen rechnen kann, dann ist er in der Lage, produktiv zu arbeiten und die Produktion zu heben.

Unsere Landwirtschaft hat von 1870 bis 1913 die Produktion verdreifacht, so intensiv hat sie gewirtschaftet, und der Krieg und die Zwangswirtschaft haben alles das, was in diesen Jahren erreicht worden ist, zerstört. Die Maßnahmen der Zwangswirtschaft und die Maßnahmen des Krieges sind schuld daran, daß unsere Landwirtschaft wieder auf diesen Nullpunkt heruntergesunken ist, und wer gleich nach der Kriegszeit, wie die Einfuhr stattgefunden hat, nach Schutz gerufen hat, der wurde von der Straße und von den anderen als Verbrecher gestempelt; man durfte den Mund nicht aufmachen, man ist über uns hergefallen und hat uns die Zeiten der Zwangswirtschaft und der Inflation vorgehalten. Wir haben immer darauf hingewiesen, daß wir, wenn die Landwirtschaft nicht geschützt wird, das Fundament unserer Wirtschaft zerstören. Und wir stehen heute vor dieser Zerstörung, wir sehen, was für ein Unheil es für unser Volk und für unser Wirtschaftsleben ist, wenn es der Landwirtschaft unmöglich gemacht wird, irgend etwas zu verkaufen (Abg. **Kurz**: Die anderen schwimmen im Fett!). Herr Kollege **Kurz**, Sie haben gestern über Zollfragen gesprochen. Wir haben vom 1. Januar 1925 bis zum September 1925 für 4 Milliarden Waren aus dem Ausland an Lebensmiteln bezogen. Das ist ein Skandal, daß man soweit kommen muß. Was nützen uns all die guten Handelsverträge, wenn wir das Geld für Datteln, Bananen und Orangen wieder ins Ausland geben? Da nützt uns der Handelsvertrag nichts, wenn wir unsere guten Maschinen, unsere guten Produkte nur für derartige Waren ins Ausland geben (Zuruf links: Die seidenen Strümpfe müssen Sie auch dazu rechnen!). So ist die Lage. Es gibt Menschen, die wie hypnotisiert auf dem Worte „Ausfuhr" stehen. Wir müssen uns endlich einmal darüber klar werden, daß nicht die Ausfuhr unser Heil- und Rettungsmittel ist, sondern der Inlandsmarkt, und der Inlandsmarkt kann nur durch eine kaufkräftige Landwirtschaft gehoben und gestärkt werden.

Ich bin am Schluß meiner Ausführungen und hätte mich gerne noch etwas mit Herrn Dr. **Mattes** beschäftigt. Er ist leider nicht hier, aber ich möchte ihm nur das sagen, daß ich nicht schuld bin, daß er im Jahre 1921 nicht als Landbündler in den Landtag eingezogen ist (Zuruf in der Mitte — Heiterkeit). Ich gebe dem Herrn Dr. **Mattes** nicht recht, wenn er die Schuld von sich abweisen will, daß er viel dazu beigetragen hat, daß der Riß entstanden ist, der besteht, und daß er viel dazu beigetragen hat, daß die Landwirtschaftskammer heute eine andere Führung hat, und daß adelige Herren an der Spitze stehen gegenüber der Führung, die wir früher gehabt haben (Beifall bei der Bürgerl. Vereinigung).

Abg. **Hofheinz** (D. Dem. P.):

Ich möchte Stellung nehmen zur Frage der Förderung der badischen Landwirtschaft. Der Herr Abg. **Klaiber** hat zwar seine Rede damit eingeleitet, daß er eine Art von Betrachtung über das Reich angestellt hat, und man kann ja sagen, daß in Deutschland ein eigentümlicher Widerspruch besteht. Auf der einen Seite bekommen wir immer wieder von sachverständigen Kreisen gesagt, daß unser Grund und Boden sehr gut in der Lage sei, die Bevölkerung zu ernähren und den Hauptteil an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, den wir brauchen, mengenmäßig zu liefern. Auf der anderen Seite ist in den letzten paar Jahren keineswegs eine sehr fortschrittliche Entwicklung aufzuzeigen. Man wird die beiden Dinge einander entgegenhalten müssen, daß die Landwirtschaft unter

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Hofheinz [D. Dem. P.])

der für sie besonders schwierigen Kapitalnot gelitten hat, daß sie eine rationelle Betriebsumstellung nicht hat durchführen können und daß sie heute erst langsam darangeht, sich das nutzbar zu machen, was auf dem Gebiete der Düngerwirtschaft, der Düngerbeschaffung gerade in den letzten Jahren in Erscheinung getreten ist.

In dieser Frage eine Vorwegnahme. Im Haushaltsausschuß haben wir schon darauf hingewiesen, daß industrielle Dinge sich aufzeigen, bei denen wir nicht wissen, ob sie unter allen Umständen der Landwirtschaft zum Vorteil gereichen. Sie können ihr zum Vorteil gereichen, dann nämlich, wenn das Ergebnis ohne Vorbehalte für die Landwirtschaft zu einer Verbilligung der Düngemittel führt. Ich denke dabei an die Bewegung zu einer Erhöhung der Kalipreise — und zum andern in der Richtung einer gewissen Zusammenfassung der Stickstoffindustrie und der Kaliindustrie. In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß gerade die Kaliindustrie ihre Selbständigkeit aufrecht erhalten möchte. Es soll aber offenbar nichts unversucht gelassen werden, beide Industrien zu einer Art von Betriebs- und Interessengemeinschaft hinzuführen, weil man durch die Herstellung von sogenanntem Mischdünger aus der Stickstoffindustrie einerseits und aus der Kaliindustrie andererseits eine noch bessere Auswertung erwartet.

Unsere Bevölkerungsverhältnisse haben sich seit dem Jahre 1919 innerhalb des deutschen Reiches — und zwar nicht zugunsten der Ernährungswirtschaft im deutschen Reiche! — verschoben. Wiederholt schon ist darauf hingewiesen worden, daß in den Grenzgebieten, namentlich im Osten, dann aber auch im Norden, nicht unerhebliche Gebiete abgetrennt worden sind, die früher für unsere Ernährungswirtschaft in starkem Maße in Betracht kamen, daß demgegenüber aber eine sehr starke Rückwanderung aus den Bevölkerungskreisen gerade jener abgetrennten Gebiete aus nationalen und völkischen Gründen in das Innere Deutschlands sich vollzogen hat, so daß eine gewisse Verstärkung, eine Anreicherung der Bevölkerung auf der einen Seite — auf der andern Seite aber gleichzeitig eine Verminderung der für die Ernährung dieser Bevölkerung notwendigen Bodendecke eingetreten ist.

Von dem Gesichtspunkt aus ist es natürlich schwer, jetzt schon ein maßgebendes Urteil darüber zu fällen, wie sich in Zukunft die Verhältnisse der deutschen Landwirtschaft entwickeln werden, ob und in welcher Form tatsächlich eine dauernde Steigerung der deutschen landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse gewährleistet werden kann.

Die Frage der Zollpolitik will ich deshalb nicht eingehend besprechen, weil nach meiner Auffassung diese Politik vorläufig durch das Ergebnis der Zollgesetzgebung vom Jahre 1925 ein Fiasko erlitten hat und weil man andere Wege wird suchen müssen, um hier den notwendigen Ausgleich zu schaffen. Ein landwirtschaftlicher Vertreter, der Herr Abg. Dr. Mattes, hat das ebenfalls ausgeführt, und ich glaube, er hat in dieser Beziehung nicht übertrieben.

Was nun die badischen landwirtschaftlichen Verhältnisse anbelangt, so zeigt uns der Etat diesmal, wie schon seit Jahren, abermals, daß sehr wohl und in immer steigendem Maße eine Tendenz zur Unterstützung, zur Förderung unserer Landwirtschaft besteht. Neben diesen rein etatmäßigen Förderungsmaßnahmen läuft ja fortgesetzt die Notwendigkeit gewisser außerordentlicher und augenblicklicher Aktionen zur Abhilfe bestimmter augenblicklich bestehender Notstände. Ich erinnere da an Kreditgewährung, an Bürgschaftsleistung und an anderes.

Nun glaube ich, der Satz, den ich dieser Tage gelesen habe, ist nicht unwahr: „daß ein Wirtschaftszweig nur insoweit als gesund zu betrachten sei, als er auf solche außergewöhnliche Unterstützungen und Beihilfen verzichten kann". Also nur dann, nur unter der eben genannten Voraussetzung ist ein Wirtschaftszweig gesund. Wenn man die Lage von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, dann wird zuzugeben sein, daß unsere Landwirtschaft heute nicht gesund ist, daß sie unter einer sehr schwierigen Depression steht! Ganz sicherlich würde sie selbst lieber auf all diese Beihilfen, auf die Kreditgewährung, auf die Bürgschaftsleistungen und all dergleichen verzichten. Denn es handelt sich dabei für sie um ein zweischneidiges Schwert, ganz abgesehen davon, daß es immer sehr kurzfristige Kredite waren, die für die Landwirtschaft gegeben wurden und daß es für die Landwirtschaft schwer ist, sich auf die Dauer auf einen großen Zinsendienst einzustellen. Es sind aber zum Teil notwendige Umstellungs-Kredite, die gegeben wurden, und wenn man sieht, daß gerade jetzt wieder im Reiche beispielsweise durch ein Gesetz erhebliche Beträge für die Produktionssteigerung flüssig gemacht werden sollen — es handelt sich um den Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Darlehen zur Hebung der landwirtschaftlichen „Erzeugung", der als Reichstagsdrucksache Nr. 2009 bekannt gegeben ist, dann sieht man mit aller Deutlichkeit, daß diese Krise augenblicklich noch nicht entfernt überwunden ist.

Wenn man nun die Begründung dieses Gesetzentwurfs zur Hand nimmt, so ist interessant, daraus zu entnehmen, daß gerade auch hier sehr stark auf die Einfuhr an landwirtschaftlichen Produkten abgehoben wird, um zu zeigen, daß dasjenige, was für unsere ganze Wirtschaft immer den Gradmesser ihrer Gesundung und ihrer inneren Angleichung an den Eigenbedarf darstellt, eben auch heute gegeben ist: daß nämlich im Verhältnis von Einfuhr und Ausfuhr in der Handelsbilanz auch heute noch ein ungeheurer Überschuß an Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte besteht. Ein Drittel der gesamten Einfuhr besteht aus Nahrungs- und Futtermitteln, die Hälfte der gesamten Einfuhr aus agrarischen Produkten allgemein.

Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen, wird man nun allerdings sagen müssen: Bei diesen Einfuhrverhältnissen ist es sehr, sehr fraglich, ob und in welchem Zeitpunkt wir dazu kommen werden, daß die deutsche Landwirtschaft im Großen und Ganzen die deutsche Bevölkerung werde ernähren können. Wünschenswert ist dieser Zustand, aber ob und wann er erreicht werden kann, das ist, wie gesagt, eine Frage für sich.

Und nun ist, wie ich vorhin schon erwähnt habe, die Unterstützung der badischen Landwirtschaft einmal durch die Schaffung oder Förderung von Einrichtungen, welche darauf hinzielten, die Aufgabengebiete der Landwirtschaft wissenschaftlich und praktisch zu unterstützen, zum andern aber auch durch die von mir vorhin schon berührten Barzuschüsse, Kreditgewährungen oder Bürgschaftsleistungen.

Die Zeit der Zwangswirtschaft, die ja noch vor drei und vier Jahren hier dieses Haus in seinen Debatten lebhaft beschäftigte, wird nunmehr abgelöst durch die Zeit des Aufbaues, durch die Erörterung über die Mittel einer Verbesserung der Betriebsführung innerhalb der Landwirtschaft. Man darf sehr wohl sagen, daß auch die Landwirtschaft, wie wir alle, ganz sicherlich froh ist, daß die Zwangswirtschaft über die landwirtschaftlichen Produkte nunmehr endgültig aufgehoben worden ist. Aber ich glaube, sie vergißt dabei, daß sie nun

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Hofheinz [D. Dem. P.])

endgültig unter das allgemeine volkswirtschaftliche Gesetz gestellt ist (Zuruf aus der sozialdemokratischen Fraktion und Zustimmungsäußerung), daß sie nun in Gottes Namen einmal dieses Übergangsstadium ertragen muß. Das soll nun gar nicht irgendwie ein abschätziges oder ein abfälliges Urteil sein, sondern es ist eine rein volkswirtschaftliche Betrachtung, an der man nicht vorbeigehen kann, wenn man die heute in der Landwirtschaft bestehenden Schwierigkeiten besprechen soll.

Welche Voraussetzungen für eine Verbesserung der Betriebsführung in der Landwirtschaft gegeben seien, das ist in den letzten Aussprachen auch wiederholt berührt worden. Unter anderem ist dabei auf eine Seite hingewiesen worden, daß gerade wir in Baden einen Faktor haben, der sich dauernd der Rentabilitätsverbesserung und der Rationalisierungs-Absicht entgegenstellt: das ist nämlich die außergewöhnliche Zerstückelung des Bodens, einmal in Kleinbesitz und zum andern in die verschiedensten Teile einer Gemarkung, wodurch für die Bewirtschaftung immer außergewöhnlich viel Zeit und Arbeit verloren geht (Abg. Klaiber: Aber wie wollen Sie denn das ändern, Herr Kollege?). Das ist eben die Frage! Ich will ja zunächst nur aufzeigen, daß wir hier in Baden in dieser Hinsicht unter ganz besonders erschwerten Voraussetzungen leben. Ich darf wohl in dieser Beziehung nur noch einige Zahlen geben.

Über die Aufteilung des Bodens in Baden stehen nur die Zahlen von 1907 und von 1895 zur Verfügung. Berechnungen aus den letzten Jahren sind noch nicht abgeschlossen und liegen noch nicht vor. Die Zahlen aus den von mir soeben genannten Jahren sind insofern sehr interessant, weil sie beweisen, daß eine größere Bewegung in den Betriebsgrößen eigentlich fast gar nicht festzustellen ist; es geht aus diesen Zahlen hervor, daß eine gewisse Stabilität vorliegt.

Nur eine einzige Zahl findet sich, die in jenen zwölf Jahren ganz starke Schwankungen aufweist: Im Jahre 1907 hatten wir Zwergbetriebe unter einem halben Hektar — darunter sind natürlich auch die Betriebe der sogenannten gartenmäßigen Landwirtschaft, von Arbeitern, Angestellten, Beamten usw. mit einbegriffen — rund 78 000, Parzellenbetriebe von ½ bis 2 Hektar — das sind Betriebe, die auf der Hardt schon einen großen Teil der Gesamtbetriebe darstellen — 75 514, ferner kleinbäuerliche Betriebe — das ist die Hauptmasse unserer Betriebe, namentlich in der Rheingegend — von 2 bis 5 Hektar rund 68 000, mittelbäuerliche Betriebe 36 000, großbäuerliche Betriebe 2087 und reine Großbetriebe nur 119. Diese Zahlen lassen von vornherein ersehen, wie stark die Zersplitterung bei uns ist, und wie wenig hier erreicht werden kann, wenn nicht in irgend einer Form eine rationellere Geländelage erreicht wird. In einer Richtung haben wir ja durch einen Antrag versucht, mindestens einer weiteren Zerstückelung vorzubeugen und einer Zusammenlegung Vorschub zu leisten. Denn es gibt noch jedes Jahr eine ganze Zahl von Fällen, in denen das eine oder andere Geländestück aus erbrechtlichen oder aus Kaufgründen irgendwie zusammengelegt werden kann. Man soll darauf achten, daß das geschieht und daß nicht die Stücke in zwei Grundbuchnummern weitergeführt werden; denn wenn sie einmal grundbuchmäßig zusammengelegt werden, werden sie auch bei zukünftiger Besitzveräußerung nicht so bald wieder auseinandergenommen werden.

Die zweite Frage wäre die der Möglichkeit der Flurbereinigung. Herr Dr. Mattes hat da schon einiges berührt. Das halte ich allerdings für eine Möglichkeit, die gegeben erscheint. Wir haben gerade im Unterland — ich kenne da die Verhältnisse ziemlich genau — zum Teil außerordentlich günstige Flurbereinigungen in den letzten 20 und 30 Jahren vorgenommen, während anderswo die Grundstücke noch so unerträglich durcheinanderliegen und mit Feldwegen und allem möglichen so ungünstig durchsetzt sind, daß man sich fragen muß, warum die jetzigen Inhaber, die Eigentümer, nicht selbst darauf drängen, daß etwas geschieht (Zuruf vom Zentrum: Oder gar nicht!). „Oder gar nicht", jawohl.

Das dritte, was von kommunistischer Seite angedeutet worden ist, und was auch schon von sozialdemokratischer Seite früher berührt wurde, die zwangsweise Schaffung von Feldgenossenschaften zur gemeinsamen Bewirtschaftung, halte ich allerdings für einen Eingriff in das Privateigentumsrecht, den man nicht ohne Not machen darf. Ich könnte mir denken, daß auf dem Weg der Einsicht und des guten Willens auch hier, namentlich um der Ausnützung von maschinellen Einrichtungen willen, ein Erhebliches erreicht werden könnte; und wenn die Regierung auch weiterhin ihr Augenmerk auf diesen Punkt richtet, dann soll es uns nur freuen. Aber wie gesagt, zwangsweise auf diesem Weg vorzugehen, das halten wir für eine Unmöglichkeit.

Nun ist bezüglich der Kreditbeschaffung in den letzten Jahren immer wieder auf der einen Seite die Frage der Verlängerung der Kredite, auf der anderen Seite die Frage der Beschaffung von neuen Krediten aufgeworfen worden. Ich habe in der letzten Zeit niemand aus unserer mittel- und kleinbäuerlichen Bevölkerung gefunden, der etwa gesagt hätte, erstens: die Kredite haben für mich günstig gewirkt, und zweitens: ich erwarte, daß man noch weiter in diesem Sinne verfährt. Es ist doch so, daß die Kredite im allgemeinen für den einzelnen fast nicht in Erscheinung getreten sind, und es müßten dann allerdings schon Kredite geschaffen werden, die nach außen hin stärker in Erscheinung treten, erstens, für welche Zwecke, und zweitens, auf welchem Wege sie dem einzelnen Landwirt zugute kommen sollen. Denn die Leute draußen fragen: Was habe ich davon? Sie sagen nicht: was gibt der Staat? Und wenn nun einer in Not ist und ein paar hundert Mark braucht und er bekommt sie nicht bar auf die Hand, dann sieht er nur die Aufgabe, die gelöst werden muß, baulicher oder sonstiger Art, und sagt, wenn ich hier nicht geholfen bekomme, dann habe ich an der ganzen staatlichen Hilfsaktion kein Interesse.

Von kommunistischer Seite ist noch die Steuerfrage aufgegriffen worden. Es wird niemand geben, der nicht anerkennt, daß die Landwirtschaft im Punkte der steuerlichen Belastung subtil behandelt werden muß; denn das erste ist natürlich, bevor man jemand etwas zur Unterstützung gibt, daß man ihm nicht zuviel nimmt; das ist ja doch nur der andere Weg, das Gegenstück zu dem ersteren. Aber wir haben durch unsere Zwischenrufe vorhin ja nicht sagen wollen, daß wir nicht der Auffassung sind, sondern wir wollen nur, daß, wenn solche Zahlen, wie vorhin, gegeben werden, auch die nötigen Unterlagen gegeben werden, und ich halte jetzt noch dafür, daß der Herr Abg. Lechleiter es nötig hätte, namentlich zu seinem ersten und zweiten Beispiel über Betriebe von 2 und 4 Hektar, die nötigen Unterlagen zu schaffen (Abg. Klaiber: Das kann nicht stimmen!). Denn nach unserer Nachrechnung ist es einfach ausgeschlossen, daß die Angabe stimmt. Etwas anderes ist es natürlich, wenn man die höheren Stufen der Besitzverhältnisse hereinnimmt. Wir halten dafür, daß in den Beispielen gewerbliche oder sonstige Betriebe mitverbun-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Hofheinz [D. Dem. P.])

den sind, wodurch natürlich die ganze steuerliche Lage eine andere werden würde.

Bezüglich der landwirtschaftlichen Produktion ist, glaube ich, mit Recht vorhin vom Herrn Abg. Klaiber auf zwei Punkte hingewiesen worden, die überhaupt für unsere Landwirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung sind, das ist die Fleischproduktion und die Milchproduktion.

Bezüglich der Milchproduktion darf ich nur auf das eine hinweisen: ich halte dafür, daß, wenn irgendwo, dann in der Milchwirtschaft eine unmittelbarere Verbindung zwischen Erzeuger und Verbraucher hergestellt werden muß. Es ist früher der Zustand gewesen, daß jeder einzelne Händler hinausgefahren ist, seine paar Kannen Milch zu holen, wenn er sie in der Nähe bekam, und dann in der Stadt seine Milch verhausiert hat. Aber wir leben doch heute in einer anderen Zeit, vor allem in hygienischer Hinsicht, und es ist, glaube ich, anzuerkennen, daß jetzt eine hygienisch einwandfreiere Sammlung, Aufbewahrung und Verteilung der Milch stattfindet. Das liegt nicht nur im Interesse der Verbraucher, sondern vor allem auch der Erzeuger, weil je besser die Ware, die sie abliefern, in die Hände des Verbrauchers kommt (Abg. Klaiber: Man hat aber schlechte Erfahrungen gemacht!), desto besser dann die Preisverhältnisse gestaltet werden können. Ich weiß nicht, Herr Kollege Klaiber, worauf Sie abheben; ich weiß nur das eine, daß bei uns im Unterland die großen Städte sich alle erdenkliche Mühe gegeben haben, auf dem Wege des genossenschaftlichen Zusammenschlusses bzw. des Erzeugerzusammenschlusses ganzer Gemeinden und Bezirke und auf dem Wege der Vertragsverhältnisse eine einheitliche Abnahme und Verwendung der Milch zu gewährleisten. In einem bin ich allerdings auch der vorhin geäußerten Auffassung: eine Preisspanne, wie sie da und dort wieder auftritt, ist nach meiner Meinung nicht berechtigt und erscheint untragbar. Wenn man auch davon ausgeht, daß die großen Anlagen für Frischhaltung der Milch, für Reinigen, für Freimachung von Bakterien und dergleichen Geld kosten, und daß auch namentlich der Verteilungsapparat teurer geworden sei, so darf das doch nicht dahin gedeutet werden, daß man nun die Preisspanne auseinanderziehen darf, wobei der Milcherzeuger bei dieser Bewegung der Leidtragende war. Ich muß Ihnen gestehen, daß es mir immer noch lieber ist, wir bekommen gute und einwandfreie Milch geliefert und der Liter kostet 1 oder 2 Pfennig mehr, als es wird viel Alkohol verbraucht, der nicht entfernt Nährwert hat und eine Menge von schädlichen Einflüssen auf unsere Volksgesundheit ausübt, die bei der Milch nicht nur nicht vorhanden sind, sondern geradezu ins Gegenteil verkehrt werden.

Bezüglich der Fleischproduktion sind einige Zahlen interessant, die man sich ansehen muß, wenn man sich über unsere badischen wirtschaftlichen Verhältnisse orientieren will. Wir hatten im Jahre 1914: 716 933 Stück Großvieh in Baden; 1924 waren es nur noch 627 697 Stück, also beinahe 100 000 Stück Großvieh weniger. Das ist, wie mir von sachverständiger Seite erklärt wird, mit ein Grund, warum die Einfuhr an Gefrierfleisch und ebenso an verarbeitetem Fleisch und Fetten so erheblich sei.

Auch das hat allerdings nur bedingte Richtigkeit. Die Einfuhr ist allerdings an ausländischem Fleisch, nicht aber an Fett, gestiegen. Wir haben im Jahre 1914 eingeführt: Fleisch 11 378 Doppelzentner, im Jahre 1923 — die Zahlen von 1924 sind nicht veröffentlicht — 17 120 Doppelzentner, also rund 50 Proz. mehr. Hier stimmt also, daß die Verringerung unserer Viehbestände mit einem Anziehen der Einfuhrquote parallel geht. An Fett haben wir eingeführt im Jahre 1914 25 000 Doppelzentner, im Jahre 1928 nur noch 20 000 Doppelzentner. Sie sehen also, daß der Fleischkonsum im großen ganzen mit der Produktion insofern gleichen Schritt hält, als, was er nicht durch die Produktion im Lande bekommt, er einfach dann auf dem Wege der Einfuhr holt. Auch wird hier geklagt über eine zu starke Spanne zwischen dem Erzeugerpreis und dem Verkaufspreis des Viehes. Auch hier dürfte angebracht sein, daß die Regierung, wenn auch nicht mit Zwangsmaßnahmen — das ist ja selbstverständlich nicht mehr zu fordern — aber immerhin mit Maßnahmen der Aufklärung einwirkt.

Von den neuen Einrichtungen, die wir zur Förderung der Landwirtschaft jetzt in unserem Voranschlag haben, ist eine das Tabakforschungsinstitut. Das interessiert mich als Kenner der Tabakbauverhältnisse ganz besonders, und ich muß schon sagen, ich hätte gewünscht, das Tabakforschungsinstitut wäre 40 Jahre früher gekommen. Unser Tabak hätte wahrscheinlich die Konkurrenz mit dem ausländischen Tabak dann leichter überstanden und wäre nicht Zufälligkeitserscheinungen nach der Seite des Bauens, der Behandlung und aller möglichen Dinge unterworfen worden. Forchheim soll ja nun für die betriebspraktischen Einrichtungen gewählt werden, und ich glaube, wir dürfen es unserer Regierung anrechnen, daß sie den Kampf um dieses Institut siegreich durchgeführt hat. Bekanntlich wollte man das Institut wo anders erstellen. Es kommt ja auch ein Teil des Instituts nach Dahlen. Dort sollen die Vergärungsversuche und sonstigen Versuche mit dem Tabak durchgeführt werden. Interessant ist in einer Angabe, die dieser Tage über das Forschungsinstitut durch die Blätter ging, daß die Interessentengruppe, die hinter einem derartigen Institut steht, nicht zu klein ist. Es sind interessiert 102 182 Tabakpflanzer. Wenn man nun bedenkt, daß wo Tabak gebaut wird andere Kulturgewächse fast nicht mehr gebaut werden, weil nämlich, wer Tabak baut und einigermaßen den Tabakbau fördern will, seine ganze Kraft und aber auch seine ganzen Wirtschaftsmittel zu diesem Zwecke braucht, wenn man das bedenkt, dann wird man erst übersehen, wie diese Existenzen an dieser landwirtschaftlichen Produktion hängen. Das andere Interessante ist das, daß diese Notiz die Tabakkultur ganz falsch aufzeigt. Sie behauptet, daß man für den Tabak nur den geringsten Sandboden brauche. Der Verfasser dieser Notiz versteht offenbar nicht sehr viel von der Sache. Man braucht zwar leichte Böden, man braucht aber nicht geringe Böden. Der Tabak ist eine unserer stärksten düngerfressenden Pflanzen. Deshalb soll man hier nicht etwa eine Herabsetzung der tabakbaulichen Verhältnisse beabsichtigen.

Nun ist noch die Schlußbemerkung in dieser Notiz interessant. Die Frage der Finanzierung des Instituts sei noch nicht abschließend geklärt, doch fänden ständige Verhandlungen darüber statt. Was damit gesagt werden will, ist mir nicht ganz klar. Ich setze voraus, daß das Reich seine Zuschüsse, von denen ja im Haushaltsausschuß gesprochen worden ist, nicht kürzen will und sie nicht noch auf das Land abzuladen versucht. Baden hat einen Anspruch auf besondere Förderung, denn es hat 50 Proz. der ganzen deutschen Tabakproduktion; also hat es sehr wohl ein Anrecht darauf, hier eine besondere Unterstützung zu bekommen.

Neben den staatlichen Unterstützungsmaßnahmen gehen ja immer Hilfsmaßnahmen der Landwirtschaft selbst her. Aber auch hier ist der Staat in weitem Umfange förderlich beteiligt, und es ergibt sich die Frage, ob die beste Voraussicht

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Hofheinz** [D. Dem. P.])

nicht immer die ist, auf allen diesen Gebieten den Versicherungsschutz einzuführen. Die größte Versicherung bei uns in Baden als Zwangsversicherung ist die Gebäudeversicherung. Sie hat ja eine Art Nachfolge in der Hagelversicherung bekommen. Es wurde in diesen Tagen in einem Kreise die Frage erörtert, ob angesichts der großen Wasserkatastrophen nicht auch eine Wasserschadenversicherung einzuführen wäre, und ob nicht der Staat ähnlich wie bei der Hagelversicherung, indem er nämlich seine einzelnen Beihilfemaßnahmen, die er immer wieder in Einzelfällen auswerfen muß, ob er dadurch nicht mehr und besser helfen könnte als auf dem heutigen Wege.

Von den Brennereien zu sprechen halte ich nach all dem bisher Ausgeführten nicht mehr für notwendig; ich möchte noch eines unterstreichen: Neben den Edelbrennereien sollte man für Baden auch die sogen. Verschlußbrennereien nicht vergessen. Es hat sich nun einmal eine ganze Menge wirtschaftlicher Betriebe auf größere Viehhaltung in den Jahren 1919—1924 auf der Grundlage von Verschlußbrennereien eingestellt. Wenn die Verschlußbrennereien nun nicht einigermaßen erträglich ausgenützt werden können, dann wird hier eine Viehhaltungseinschränkung kommen, die unter Umständen für unsere Fleischproduktion bedenklich ist und zugleich die Betriebe gefährdet. Man hat schon entgegengehalten, man solle das Getreide und die Kartoffeln unmittelbar verfüttern. Die Dinge haben alle ihre zwei Seiten. Man könnte das, wenn vorausgesetzt werden könnte, daß diese Rohprodukte den Tiefstand des Preises halten, den sie zeitweise haben. Das kann man aber auf der anderen Seite wiederum der Landwirtschaft nicht wünschen, und so ist natürlich immer notwendig, daß auch diese Brennereien bestehen bleiben dürfen.

Nun ist ja die erste Voraussetzung jeder Rentabilitätsverbesserung, daß die in der Landwirtschaft arbeitenden Menschen auf die Höhe landwirtschaftlicher Produktionskenntnisse gebracht werden, die ihnen eine rationelle Betriebsführung ermöglichen. Von diesem Gesichtspunkt aus ist, glaube ich, alles zu begrüßen, was geschieht, um die Berufsberatung durch unsere Oekonomieräte und die Belehrung der Jugend in der Landwirtschaft durch unsere landwirtschaftlichen Schulen zu fördern. Wir werden es ja nie dazu bringen, sämtliche jungen Leute in einen derartigen Kreis von Belehrung hineinzubringen, weil landwirtschaftliche Schulen, mit Betrieben ausgestattet ja einfach am Kostenpunkt und an der Zusammenfassung größerer Kreise, größerer Schülermengen scheitern werden. Um so mehr muß man die Kreis- und Bezirksanstalten, wo sie bestehen, erweitern, und dort, wo sie noch nicht bestehen, müssen sie gefördert werden, damit ein übriges hier geschieht.

Nun zum Schluß: Ich habe dieser Tage eine sehr interessante Bemerkung gelesen, und zwar geht sie aus von einem Vertreter der Rechten, von dem Reichstagsabgeordneten Johannes Wolf, der in der „Deutschen Tageszeitung" Stellung nimmt zu der ganzen wirtschaftlichen Produktions- und Absatzfrage und der sagt: Auch die Landwirtschaft muß Reklame machen. Wenn man diese Feststellung als Überschrift liest, dann schlägt das einem zuerst vor den Kopf. Was soll denn die Landwirtschaft Reklame machen? Aber er führt mit Recht aus, daß unser Gewerbe und unser den Güterverkehr regelnder Teil der Bevölkerung nichts täte, um den Güterabsatz zu fördern und die eigenen erzeugten Güter anzupreisen, wahrscheinlich auch bei der Landwirtschaft gut wäre. Er sagt, man müsse unter allen Umständen die Presse in Anspruch nehmen genau so, wie es der Kaufmann und der Gewerbetreibende tut. Die genossenschaftlichen Verbände und jeder einzelne Erzeuger müßte das tun. Man müßte mit voller Absicht Reklame machen, um unsere Waren anzupreisen und die Bevölkerung davon abzuhalten, mehr als absolut notwendig ist, an Auslandsware zu verbrauchen (Abg. Weißmann: Also wieder die Presse!). Ich glaube, wir haben die Presse nie unterschätzt, und wir freuen uns, wenn sie ihrer Aufgabe in allen Dingen, auch in den wirtschaftlichen nachkommt. Das ist interessant, weil abgehoben worden ist, daß Wein und Obst vom Ausland bezogen würden, während im Inland die Produktion auf das höchste gesteigert sei. Man solle darangehen, unseren Leuten auch durch Schaufensterauslagen, durch Reklameplakate zu sagen, daß ein Apfel wertvoller ist als eine Banane und eine Birne wertvoller als eine Apfelsine. Wir wollen, daß wir trotz der Handelsverträge unseren Bedarf auf diesem Gebiete im Inland decken, und daß so die Produktion neu angeregt und gesteigert wird.

Alles in allem halte ich dafür, daß diese Landwirtschaftsdebatten keine Zwecklosigkeit darstellen, sondern umgekehrt den großen Vorteil haben, extreme Auffassungen nach der einen und anderen Seite zusammenzuführen zu der großen gemeinsamen Absicht, einmal unserer Landwirtschaft zu dienen und zum anderen durch Förderung eines so wesentlichen Produktionszweiges den Verbrauchern zu dienen (Beifall in der Mitte).

Abg. **Sack** (Zentr.):

Es wäre ein leichtes und es würde nach außen zweifellos wirken, wenn ich mit einem Klagelied über die Notlage der Landwirtschaft beginnen wollte, wenn ich zumal die Klage über die viel zuvielen und viel zu hohen Steuern in Gemeinde, Kreis und Staat erneut anstimmen wollte. Ich tue das nicht (Abg. Klaiber: Ich habe es auch nicht getan!). Ich mache Ihnen ja keinen Vorwurf, Herr Kollege Klaiber, aber von anderer, Ihnen nahestehender Seite ist damit begonnen worden und deshalb fühlen Sie sich betroffen, wie es scheint. Es ist über die Steuern, ihre Milderung und ihren Umbau so oft und so eingehend hier gesprochen und geklagt worden, daß es nachgerade allbekannt ist, woran es fehlt und was notwendig ist; es ist so oft schon dargetan worden, daß wir eine Notlage der Landwirtschaft haben, daß wir eine schwere Krisis durchmachen, die allmählich zu einer Dauerkrisis auszuarten scheint, daß auch das allgemein bekannt ist.

Es ist häufig schon darauf abgehoben worden, auch in diesem Hohen Hause, daß die beklagten Dinge verursacht sind und zusammenhängen mit dem Ausgang des Krieges und daß wir sie durch Reden und Zeitungsartikel nicht aus der Welt schaffen können, solange wir nicht das unglückliche Resultat des Krieges aus der Welt schaffen können. In diesen Tagen ist mir ein Wort wieder in den Sinn gekommen, das ich im Jahre 1916 gehört habe zu der Zeit, als man noch der Meinung war, unsere Kriegsaufwendungen würden wie Bleigewichte an den Füßen der Gegner hängen. Damals ist auf einem Genossenschaftstag von einer Seite, die nicht zu uns gehört, das Wort geprägt worden: „Am schwersten werden in Zukunft zu arbeiten haben die Finanzminister und die Pfarrer." Und das ist wahr geworden, nur zu wahr, Herr Kollege Klaiber, nachdem wir den Krieg verloren und dazumal eine Inflation durchgemacht haben! Wie schwer sich heute die Finanzminister tun und wie die Bevölkerung durch ihre an sich notwendigen Maßnahmen getroffen wird, das spüren wir alle. (Zur Bürgerlichen Vereinigung:) Das spüren auch Sie und darüber klagen Sie begreiflicherweise, aber mit

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

(Abg. Sack [Zentr.])

der Klage wird es nicht besser; — es wird auch damit nicht besser, daß man die Steuern verweigert, oder damit, daß wir den Finanzminister etwa wechseln oder gar ihn ganz abschaffen. Ein derartiges Unterfangen müßte erinnern an jenen kleinen Buben, der des Nachts aus dem Schlaf geweckt wurde durch die Nachricht „das Schulhaus brennt"; der sich da den Schlaf aus den Augen reibt und als erstes dann die Frage tut: „Ist der Schulmeister auch schon verbrannt?" (Große Heiterkeit). Das war ihm das Wichtigste (Abg. Dr. Schofer: Da scheint ein gutes Verhältnis bestanden zu haben!). Damit meinte er die Schulpflicht los zu sein, daß er den Lehrer los war! Von einer ähnlichen Auffassung sind die, welche auf den Wechsel des Finanzministers spekulieren oder gar mit seiner gänzlichen Abschaffung rechnen oder die ein Finanzamt demolieren und meinen, daß damit die Dinge, die sie beklagen, nun auch beseitigt würden. Damit wird nicht die Steuernotwendigkeit, die Steuerpflicht und die Steuerhöhe beseitigt. Ich sage das zur Beleuchtung gewisser Torheiten und Treibereien.

Nun befinden wir uns zurzeit in einer Umstellung, in einem förmlichen Umbau unseres Steuerwesens, in den Vorarbeiten zu den von der Landwirtschaft vielfach und mit vollem Recht verlangten Vereinfachungen und Erleichterungen. Die Dinge sind in vollem Gange. Die Bewertungsausschüsse sind an der Arbeit durch das ganze Reich; darum soll man die Dinge sich nun einmal entwickeln und zu einem gewissen Abschluß gelangen lassen. Sie werden nicht dadurch beschleunigt und verbessert, daß man nunmehr glaubt, Steuerprotestversammlungen veranstalten zu müssen, wie das noch geschieht, Steuerprotestversammlungen, die Dinge fordern, die bereits im Werden sind, um sich nachher auf den Standpunkt stellen und sagen zu können: „Seht, wir sind die rechten Bauernvertreter, unsere Eingabe hat genützt, wir haben es erreicht!"

Liegen die Neubewertungen und Veranlagungen aber erst einmal vor und sind daran Aussetzungen zu machen — gut, alsdann an die Arbeit! Wo es gilt, Härten und Ungerechtigkeiten zu beseitigen, da fehlt es an der Zentrumsfraktion nicht!

Der zweite Punkt, über den sodann außerordentlich viel geklagt wird, das ist die Notlage der Landwirtschaft. Sie ist allbekannt, wie ich bereits sagte, und sie wird unumwunden zugegeben von allen Seiten dieses Hauses, auch von der Sozialdemokratie. Uneingeschränkt wird sie zugegeben. Es ist wahr, es herscht eine große Krisis und eine ungeheure Notlage in der Landwirtschaft. Der Wille zu helfen — das muß auch einmal ausgesprochen werden hier in diesem Hause, damit falsche Meinungen draußen korrigiert und beseitigt werden — der Wille zu helfen, er ist allseits vorhanden, wenn auch die Meinungen über den Weg und das Ausmaß der möglichen Hilfe nicht immer allseits in Einklang zu bringen sind.

Die Mittel und Wege zur Behebung dieser Notlage sind auch in diesem Hohen Hause in der laufenden Sitzungsperiode mehrfach diskutiert worden. Als einen der Wege erachtete man die Zuführung von billigen und längerfristigen Krediten durch den Golddiskont. Die Landwirtschaft erhoffte viel vom Golddiskont — und sie wurde arg enttäuscht. Die Erleichterungen und Zuwendungen sind nicht in dem erhofften und notwendigen Ausmaß eingetreten. Diese Golddiskontkreditzuleitungen sind mit viel zu großen Umständlichkeiten und — wieder einmal: bürokratischen! — Erschwerungen verknüpft, sind in der ganzen Art, wie sie vergeben werden, ganz und gar nicht eingestellt auf die kleineren bäuerlichen Verhältnisse. Die landwirtschaftlichen Organisationen haben das wiederholt zum Ausdruck gebracht, klipp und klar ist das ausgesprochen und Abhilfe verlangt worden. Am 26. Juli noch fand in Heidelberg eine Besprechung von Vertretern der maßgebenden Kreditinstitute Badens, Hessens, Württembergs, Bayerns, der Pfalz usw. statt, und auch dort kam man in eingehender Aussprache zu derjenigen Auffassung, daß die Bedingungen eingestellt und zugeschnitten sind auf den Großgrundbesitz, daß sie für den Kleingrundbesitz und für den mittleren Besitz nicht passen. Es wurde dort geradezu von einer Täuschung der Öffentlichkeit gesprochen, wenn man der Meinung sei, daß durch diese Kredite der Landwirtschaft eine merkliche Erleichterung zuteil geworden wäre. So sehen diese Erleichterungen in Wirklichkeit aus!

Nun ist gestern und heute durch die Debatte das Augenmerk auf eine weitere Maßnahme der Staatshilfe zugunsten der notleidenden Landwirtschaft gelenkt worden; die Schutzzollfrage wurde von verschiedenen Seiten behandelt.

Ich brauche den Standpunkt meiner Partei zur Zollfrage nicht darzulegen. Er ist allbekannt. Es ist ebenso allbekannt, daß wir stets für den Schutz der nationalen Arbeit überhaupt eingetreten sind und auch für den Schutz der Landwirtschaft frühzeitig und erfolgreich eingetreten sind. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß unser Volk ohne eine leistungsfähige, gesunde Landwirtschaft nicht existieren kann, daß wir auf eine leistungsfähige Landwirtschaft nicht verzichten können. Gerade das letzte Jahrzehnt sollte das doch eigentlich jedem bis zur Evidenz klar gemacht haben.

Ich brauche nicht an die Ernährungsfrage zu erinnern. Heute liegen die Dinge wieder besser. Heute stehen die Tore der Welt zu den Kornkammern Amerikas wieder offen, und die Fleischtöpfe Argentiniens sind unseren Konsumenten auch wieder erreichbar. Wir können Lebensmittel importieren. Wir können das — und tun es! Wir leisten damit Zahlungen an das Ausland. Gleichzeitig suchen wir Fabrikate der Industrie zu exportieren. Wir suchen durch diese Ausfuhr wieder Geld ins Land zu bringen — und darüber scheint man so manchesmal fast vergessen zu wollen (und darum ist es notwendig, das auszusprechen!), daß die Produktion unserer Landwirtschaft gerade Einfuhr erspart. Mit jedem Zentner Getreide und mit jedem Zentner Fleisch, den wir produzieren, über das bisher zur Verfügung stehende Quantum hinaus produzieren, wird an Import gespart, wird das Abfließen des Geldes in das Ausland vermindert. Was in dieser Hinsicht an Einfuhr gespart wird, ist auch Gewinn, ist ein Beitrag zur Stabilisierung unserer Währung (Zustimmung im Zentrum). Darum darf man von diesem Gesichtspunkte aus schon die Forderung erheben: Schutz, ausreichender Schutz der Landwirtschaft und ihrer Produktion!

Nun kann man sich natürlich auch nicht auf den extremen Standpunkt des vollständigen Abschlusses von aller Welt stellen. Ein solcher Standpunkt ist heute nicht mehr möglich. Wir müssen einen Außenhandel haben. Wir sind nicht mehr das Volk des 18. und des beginnenden 19. Jahrhunderts. Wir sind heute ein stark industrieatisiertes Volk, wir sind mit tausend Fäden und Zusammenhängen und Beziehungen mit der Weltwirtschaft, mit der ganzen Welt verknüpft; wir stehen in Beziehungen, die sich auf die Dauer eben nicht unterbinden lassen oder gar ganz abschneiden lassen, ohne daß sich solche Maßnahmen aufs schwerste katastrophal rächen an unserem Volke. Wir leiden heute bereits an den Folgen der gewaltsam abgebrochenen Beziehungen, des nicht mehr in dem Maße wie früher möglichen Exports. Sehen Sie unsere Arbeitslosigkeit an, sehen Sie an, was in den Etat von Reich und Land eingesetzt werden muß für die Arbeitslosenunterstützung,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Sack** [Zentr.])

dann haben Sie eine empfindliche Auswirkung gestörter Geschäftsbeziehungen. Wir brauchen also das Ausland als Absatzgebiet. Wir brauchen das Ausland aber auch zur Ergänzung auf dem Gebiete der Rohstoffe, vorläufig sogar noch auf dem Gebiete des Lebensmittelmarktes, oder — das ist die andere notwendige Folge — wir müssen Menschen exportieren (Zustimmung).

Umgekehrt kann man natürlich den Schwerpunkt unserer industriellen Fabrikation und Produktion auch nicht allein auf den Weltmarkt verlegen. Das würde eine bedenkliche, unter Umständen katastrophale Abhängigkeit unserer Industrie hinsichtlich ihrer Marktverhältnisse ergeben. Die Landwirtschaft und die ländliche Bevölkerung sind ja ein Hauptteil des Binnenmarktes unserer Industrie. Im vorigen Herbst ist eine Veröffentlichung der Diskonto-Gesellschaft erschienen, die diese Bedeutung unserer Landwirtschaft außerordentlich einleuchtend und eindrucksvoll klarlegt. Es heißt in jenem Bericht — er hebt zunächst ab auf ein Beispiel aus Sachsen —, daß nach den Berechnungen, die in der Provinz Sachsen für eine große Zahl verschiedenartiger Betriebe durchgeführt worden sind, der Verbrauch an Industrieprodukten, also an Düngemitteln, Maschinen, Geräten, Bau- und Heizstoffen, pro Hektar der landwirtschaftlich genutzten Fläche 136 Rentenmark betragen hat. Man braucht diesen Durchschnitt nun nicht für das ganze Reich anzunehmen, denn die Verhältnisse liegen in den untersuchten Betrieben und insbesondere in Sachsen etwas anders als im Reichsdurchschnitt; nimmt man aber auch nur 60 M., wie die Diskonto-Gesellschaft das ausführt, an für den Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche, so ergibt das für 30 Millionen Hektar einen jährlichen Gesamtverbrauch der Landwirtschaft an industriell erzeugten Produktionshilfsmitteln von 1,8 Milliarden Rentenmark. Der Bericht der Diskonto-Gesellschaft fährt dann weiter: „schon diese Ziffer, die um den Bedarf der landwirtschaftlichen Bevölkerung an Textilien, Haushaltungsgegenständen usw. vermehrt werden müßte, wenn der Gesamtverbrauch an Industrieerzeugnissen ermittelt werden soll, gibt einen Begriff von der Größe des Absatzmarktes, den die Industrie in der heimischen Landwirtschaft besitzt." Es ist in der Tat so, daß der ländliche Binnenmarkt, der Verbrauch in der heimischen Landwirtschaft, ein außerordentlich bedeutungsvolles Gebiet darstellt — und ich füge hinzu: er ist eine sicherere Geschäftsgrundlage als der Weltmarkt, der Inlandsmarkt bietet größere Festigkeit und Stetigkeit, er bildet das Rückgrat gegenüber Kämpfen, Krisen, Schwankungen und Zufälligkeiten des Weltmarktes, gestützt auf diesen Binnenmarkt kann die Industrie ungünstige Weltmarktsituationen leichter überstehen als ohne ihn. Auch von diesem Gesichtspunkt aus muß man zur Forderung kommen, Schutz der landwirtschaftlichen Produktion!

Ich will nun nicht sprechen von den Wechselbeziehungen, die die Landwirtschaft ihrerseits zur Industrie hinüber unterhält, von den Zusammenhängen, die vor 100 Jahren in dieser Verästelung noch nicht vorhanden waren. Die Landwirtschaft ist in der Hinsicht — damit möchte ich diese Ausführungen kurz zusammenfassen — eben ein gebender und nehmender Stand, sie ist ihrerseits auf Industrie, Gewerbe und Handel angewiesen, wie umgekehrt wiederum der Handel und die Industrie angewiesen sind auf die Produktion und den Abnehmerkreis der Landwirtschaft. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, Rücksicht zu nehmen, nicht zu unterbinden und nicht einseitig zu überspannen. Daraus ergibt sich die Forderung: „Leben lassen!" wenn man selber leben will! (Zustimmung im Zentrum). Daraus ergibt sich auch die entsprechende Nutzanwendung auf dem Gebiete der Schutzzölle. Ich sage das nicht nur für die Landwirtschaft; für die Arbeiterschaft und die Industrie gilt das Wort in gleicher Weise. Man vergesse nie, was ein Volk wie das deutsche an einer lebens- und leistungsfähigen Landwirtschaft besitzt!

Ich möchte noch auf ein drittes Moment hinweisen — ich werde es in aller Kürze tun! —, um zu zeigen, wie wesentlich und wichtig eine starke leistungsfähige Landwirtschaft ist. In den Händen der Landwirtschaft ruht der Hauptteil unseres Grund und Bodens. Grund und Boden sind aber ein überaus hohes nationales Gut. Nicht die Fabriken und nicht die Kassenschränke der Banken bilden unser wertvollstes, wertbeständigstes Kapital; — ach, die Warenbestände einer Fabrik, sie können verbrennen; Papiere und Banknoten, sie können durch ein unglückseliges Verhängnis, wie wir es durchlebt haben, zunichte werden, vergehen, lediglich Papierfetzen werden, die zum Tapezieren noch zu teuer sind. Die Landwirtschaft aber, ihr Grund und Boden, er bleibt im Wert, er bildet den unzerstörbaren Besitz unseres Volkes, er behält seinen Wert, wenn er in Kultur bleibt; er bildete während der Inflation den „ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht", das Fundament unserer Stabilisierung, unserer neuen Währung (Zustimmung im Zentrum). Darum Schutz der Landwirtschaft!

Nun hat gestern der Herr Kollege Kurz den Gedanken ausgesprochen, man brauche keine Zölle, man könne das Experiment ja auch nach der anderen Seite durchführen, man könne durch eine niedrigere Preisgestaltung der Bedarfsartikel die Rentabilität gewährleisten. Bei erster Überlegung scheint das ein durchaus gangbarer Weg. Sein Ziel ist dasselbe, es liegt nur auf einer anderen niedrigeren Ebene. Der Weg, die Preise der landw. Bedarfsartikel niedrig zu halten, kann denselben Rentabilitätserfolg haben, wie ein Zuschlag auf Getreide, Fleisch und sonstiges bei der Einfuhr. Die Frage ist nur, ob dieser Weg nicht der kompliziertere ist gegenüber dem bis jetzt gegangenen Weg der Schutzzölle; die Frage ist, ob wir nicht wieder in eine Art übler Zwangswirtschaft hineingeraten — und ob der Preisabbau, der dann durchgeführt und ständig neu geregelt werden müßte, wirklich den erwarteten Erfolg in allem hätte und ob er allgemein durchgeführt würde. Wir haben doch nachgerade soviel vom Preisabbau sprechen hören und haben so wenig Erfolg gesehen (Zustimmung), daß man neuen Preisregulierungsratschlägen wirklich skeptisch gegenübersteht; man verspricht sich nichts mehr von ihnen.

Nun hat der Herr Kollege Kurz gestern auch noch davon gesprochen, daß die kleinen Landwirte, deren Zahl in Baden etwa 80 000 sei, kein großes Interesse, so will ich einmal sagen, an einem Getreidezoll haben, die Getreidezölle kämen ausschließlich den Großgrundbesitzern zugute. Zunächst, so möchte ich darauf erwidern, darf man diese Frage nicht allein vom spezifisch badischen Standpunkte aus beurteilen (Sehr richtig! rechts), sondern man muß sie auch vom allgemeinen deutschen gesamtvaterländischen Standpunkte aus ansehen (Abg. Kurz: Ich habe ja Zahlen angeführt, auch von Deutschland!). Lassen Sie mich meine Gedankengänge nur ruhig zu Ende führen; es freut mich übrigens, daß Sie etwas unruhig werden (Heiterkeit). Ich will einmal ein Gegenbeispiel aufmachen. Welches Interesse hätte, von diesem Ihrem Standpunkt aus gedacht, eigentlich der norddeutsche Rittergutsbesitzer an einem entsprechenden Schutz unseres Weinbaus, an dem Abschluß günstiger, den Weinbau berücksichtigender Handelsverträge, an der Erhaltung unseres badischen Weinbaues? Es gibt ein Dichterwort: „Ein rechter deutscher Mann mag keinen Franzmann leiden, doch seine Weine trinkt er gern,"

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Sack [Zentr.])

und er trinkt sie dann erst recht gern, wenn sie billig sind. Ich freue mich der Zustimmung, die ich sehe (Zuruf links: Ist nicht so groß! — Zuruf rechts: Mindestens kein Widerspruch!). Wer nicht widerspricht, stimmt zu (Heiterkeit. — Zuruf links: Auch wenn sie teuerer sind!). Ja, dann ist das ein Opfer, das den einheimischen Weinbau fördern hilft. Man darf also, um nun zu dem Getreidebau zurückzukehren, die Frage der Schutzzölle nicht allein nach der Zahl der badischen Kleinbauern beurteilen, sondern man muß sie auch von dem Gesichtspunkte ansehen: wie groß ist die von den Kleinbauern bewirtschaftete Fläche, wie viel Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche befinden sich in ihren Händen einmal in Baden, dann im gesamten Deutschland. Es ist kein geringer Teil der Gesamtfläche! Es wird für Deutschland — ich konnte die genauen Zahlen von gestern auf heute nicht beschaffen — wohl gut der vierte Teil der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche sein. Nun ist es obendrein aber noch nicht einmal so, daß unsere kleinen Betriebe — auch in Baden — nichts an Getreide auf den Markt brächten. Ich will Sie da auf ein Beispiel hinweisen. Das badische Frankenland ist genossenschaftlich außerordentlich gut organisiert. Es stehen Lagerhäuser, manchenorts zwei, von Mosbach angefangen bis nach Wertheim hinunter und von Mudau im Odenwald bis nach Wittighausen an der bayerischen Grenze. Erkundigen Sie sich einmal, was diesen Lagerhäusern an Getreide jährlich abgeliefert wird — nicht nur im Gau draußen, wo die Großbauern wirtschaften — wieviel tausend Zentner durch die Genossenschaften allüberall angenommen und wieder abgesetzt werden. Es ist ja eine Eingabe von fränkischen Getreidebauern an das Hohe Haus gelangt; sie suchen die Hilfe und den Schutz der Regierung für ihre Getreideproduktion — ich befürworte das Gesuch. Die Wirklichkeit berichtigt also die Behauptung, nur die Gutspächter und Großgrundbesitzer hätten an den Getreidezöllen Interesse.

Schutzzölle sind also heute notwendig: sie sind eine landwirtschaftliche und eine nationale Notwendigkeit. Jede verantwortungsbewußte Regierung wird auch die landwirtschaftliche Produktion schützen; — aber die Medaille hat auch eine Kehrseite: der Anspruch auf Schutz der Produktion birgt in sich zugleich die Verpflichtung zur Produktion. Schutzzölle können weder für die Industrie noch für die Landwirtschaft mit dem Hintergedanken gefordert und geschaffen werden, ihr auf die Dauer und unter allen Umständen ein sorgenloses Dasein zu garantieren, ein unbekümmertes Schlaraffenleben zu ermöglichen; Schutzzölle dürfen nicht eine Prämie bilden für dauernde Rückständigkeit. Sie dürfen nicht entbinden von der Notwendigkeit des Vorwärtsstrebens. Das Ziel der Zollpolitik — ich spreche das aus auf die Gefahr hin, gründlich mißverstanden und mißbraucht zu werden — Ziel der Zollpolitik muß sein, die inländische Produktion so zu heben, daß sie einmal ohne Zölle auskommen kann, daß sie später den Konkurrenzkampf aus eigener Kraft erfolgreich bestehen kann. Dazu die Staatshilfe! Und dazu auch die Hilfe der Wissenschaft, der Forschung! Und dazu noch der Fortschrittswille des Geschützten — die Leistung der Landwirtschaft selber! Auch die Landwirtschaft muß das ihrige in der Hinsicht tun.

Damit komme ich auf die betriebstechnischen Förderungsmaßnahmen zu sprechen. Ich will nun keine langen Ausführungen machen über die zweckmäßige Düngung, über die Verwendung von Maschinen, Geräten und Elektrizität, über die Verbilligung der Produktion durch die maschinellen und industriellen Hilfsmittel; ich spreche auch nicht — soviel des Notwendigen an sich vorzubringen wäre — über die Hebung und Förderung der Viehzucht, über die gesteigerte Futtererzeugung und die Vermehrung der Milchproduktion; viel Wertvolles ist in der Hinsicht in früheren Sitzungen bereits und anläßlich der gegenwärtigen Beratung gesagt worden. Mit einem besonderen Satz will ich aber wenigstens das unterstreichen, was der Herr Kollege Dr. Mattes gestern über den heutigen Stand des Wiesenbaus und über die Grünlandwirtschaft ausgeführt hat. Wir sind auf diesem Gebiet noch am rückständigsten in der Landwirtschaft; wir stehen auf dem Gebiet in der Tat da, wo wir vor 40 Jahren auf dem Gebiete des Getreidebaus gestanden haben.

Ein Hilfsmittel, um den Kampf gegen die Auslandsproduktion besser als bisher aufnehmen zu können, bildet nun auch die richtige Sortenwahl, die Züchtung leistungsfähiger Sorten und damit die Steigerung des Ertrages, die Steigerung bei an sich gleichbleibenden Unkosten. Diese Steigerungsmöglichkeit ist außerordentlich groß, sie kann 30 bis 50 Proz. erreichen. Ich will ein kleines Beispiel aufmachen. Wir haben Kartoffelsorten, die nur 3 bis 400 Zentner bringen, und wir haben neuere Kartoffelsorten, die wesentlich darüber mit 6 bis 700 Zentner pro Hektar abschneiden. Die Unkosten der Bodenbearbeitung, der Düngung und sonstiger Maßnahmen bleiben dieselben; die 300 Zentner aber, die ich über das bisherige Erträgnis von 400 Zentner hinaus ernte, sie bilden die Verbilligung der Produktion, sie steigern den Gewinn, vergrößern den Reinertrag. Da sehen Sie die große Bedeutung der Pflanzenzüchtung und der richtigen Sortenwahl!

Allerdings darf nun der Landwirt nicht einfach die schlechthin ertragreichste Sorte oder Kulturpflanze anbauen, ohne Rücksichtnahme auf die Wünsche der Verbraucher. Wir Landwirte müssen — ich will das aussprechen auf die Gefahr hin, mißverstanden zu werden, wie der Herr Kollege Dr. Mattes meines Erachtens gestern mißverstanden worden ist —, wir müssen lernen, uns umzustellen und uns anzupassen an die Erfordernisse der Zeit und der Konjunktur. Wir bauen in Deutschland z. B. noch viel zu viel Roggen, obwohl sein Absatz außerordentlich erschwert ist. Man darf hier nicht mit dem Einwand kommen, daß wir nicht die Möglichkeit hätten, entsprechende Weizensorten anzubauen. (Auf Zuruf von der Rechten:) Es gibt Grenzen, Herr Kollege Klaiber, soviel will ich zugeben! aber so eng sind diese Grenzen doch nicht gesteckt, daß sich in dieser Beziehung nicht ein gewisser Wandel vollziehen könnte! Das Ziel der Pflanzenzüchtung muß sein, diesen Wandel zu erleichtern; notfalls muß sie weitere Voraussetzungen dafür schaffen.

Ein weiteres Ziel unserer landwirtschaftlichen Produktion, wenn sie den Konkurrenzkampf mit Amerika ernsthaft aufnehmen will und unserer landwirtschaftlichen Pflanzenzüchtung muß sein: „Qualität!" (Zurufe von der Rechten). Nur einige Beispiele. Wir klagen heute über die Einfuhr von Auslandsweizen; wenn man lediglich das beachtet, was einem draußen so ins Ohr klingt, dann könnte man manchmal meinen, es wäre dieser Import ausschließlich auf die Gewinnsucht des Händlerstandes zurückzuführen. Ja, da muß aber doch zugestanden werden, daß dieser Import zu einem Teil eben mitverschuldet ist durch die Qualität des deutschen Weizens. Der amerikanische Weizen ist bekanntlich kleberreicher, und deswegen — eben wegen seines großen Kleberreichtums und seiner größeren Bindekraft — wird er von den Bäckern mit einheimischem Weizen vermischt (Zuruf des Abg. Klaiber). Gewiß, Herr Abg. Klaiber, es ist während des Krieges auch gegangen; aber „wie?", das wissen Sie selber auch (Zuruf rechts: Das haben wir erlebt!) — und unser Volk ist nun einmal mit solchem Brot nicht mehr zufrieden, ist mit dem

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Sack [Zentr.])

unvermischten deutschen Weißmehl und Weißbrot nicht mehr zufrieden. Das ist nun einmal so. Wir beklagen das, aber damit wird's nicht anders; wir müssen vielmehr die entsprechenden Schlußfolgerungen daraus ziehen. Und da hätte gerade die Pflanzenzüchtung wieder eine große dankbare Aufgabe. —

Wenn die Pflanzenzüchtung der Landwirtschaft in ihrem Existenzkampfe beispringen will, dann muß es ihr Ziel sein, nicht mehr allein auf Masse zu züchten, sondern sich auch ernsthaft mit der Frage zu beschäftigen: Ist es denn nicht möglich, die Qualität, den Kleberreichtum unseres einheimischen Weizens durch entsprechende Zuchtmaßnahmen zu erhöhen?

Wir können uns nicht lediglich auf den Standpunkt stellen: Hier ist mein Produkt, hier ist die Masse — „Qualität Nebensache"! Wir müssen hier vom Handel und von der Industrie lernen. Darum begrüße ich es mit all den Herren, die vor mir darüber gesprochen haben, daß wir auch nach Baden ein Institut für Pflanzenzüchtung bekommen sollen. Ich begrüße es, und auch ich hätte es gerne gesehen, wenn wir diesem Institut einen größeren als den tatsächlich vorgesehenen Staatsbeitrag hätten zur Verfügung stellen können, damit es in der Lage gewesen wäre, seine volle absolut notwendige Arbeit baldigst durchzuführen. Ich füge den Wunsch an, daß nun wenigstens das nächste Mal das noch Erforderliche vorgesehen wird. Allerdings muß sich die Landwirtschaftskammer auch darüber klar sein, daß sie als Selbstverwaltungskörper ihre Institute nicht lediglich oder vorzugsweise mit Staatsgeldern bauen kann. „Mit vereinten Kräften", das dürfte auch hier gelten.

Hinsichtlich des Pflanzenzüchtungs-Institutes und seiner Tätigkeit muß ich nun allerdings eine einschränkende Bemerkung machen. Ich verspreche mir von diesem Institut nicht all das, was eine Reihe von Rednern sich davon versprach; sie meinten, das Institut wäre dazu da, Saatgut zu vermehren und es der badischen Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen (Zuruf). Auch Sie haben vorhin derartig gesprochen, Herr Kollege Klaiber. An Saatgut fehlt es wahrhaftig nicht! Das neue Institut kann und soll nicht sein Saatgutvermehrungsstelle, Saatbaustelle. Wir haben gerade genug Güter, die Orginalsaatgut kaufen, es anbauen und vermehren und dann wieder als 1. Absaat verkaufen. Ich kann in dem Zusammenhang die Klagen der Saatbaustellen des bad. Frankenlandes zu Gehör bringen, die sich darüber beschweren, daß sie ihren Nachbau nicht absetzen können. Was soll da eine neue Vermehrungsstelle? Wir brauchen kein Vermehruugsinstitut. Was in Rastatt geschaffen werden muß, das ist ein bahnbrechendes neue Sorten schaffendes Pflanzen-Züchtungs-Institut, eine Anstalt, die die bereits vorhandenen einheimischen Sorten verbessert und veredelt und widerstandsfähiger macht oder aber ganz neue, bisher noch nicht vorhandene Sorten züchtet, die den speziellen badischen Verhältnissen, und da vornehmlich wieder den extremen Verhältnissen des hohen Schwarzwaldes oder des rauhen Odenwaldes, in solch vollendeter Weise angepaßt sind, daß sie den Anbau lohnen, besser als die bereits vorhandenen Sorten .

Von einem ähnlichen Gesichtspunkte aus begrüße ich es, daß wir in Baden nun das Tabakforschungsinstitut bekommen. Aber auch hier kann ich nur immer wieder den einen Gedanken hervorheben: Auch auf dem Gebiete des Tabakbaues muß die Losung lauten: „Qualität"! Es sind hier noch große Erfolge zu erzielen; aber man muß sich in der Hinsicht, ebenso wie auf dem Gebiet der Viehzucht und der übrigen Landwirtschaft, auch belehren lassen, und man muß nicht immer meinen, man könne bei so manchem alten Schlendrian weiter verharren. Es muß einen doch wirklich betrüben und entmutigen, wenn Erkenntnisse und Tatsachen, die versuchsmäßig nachgewiesen sind, die wissenschaftlich einwandfrei feststehen, hundert- und aberhundertmal vorgetragen und gepredigt werden, ohne daß ein nennenswerter Erfolg festzustellen ist (Sehr richtig!). Ich habe in der vorigen Woche Gelegenheit gehabt — (Zuruf des Abg. Klaiber). Ich habe in der vorigen Woche Gelegenheit gehabt, einen einheimischen Tabak, der auf dem Versuchsgut der Badischen Anilin- und Sodafabrik, auf dem Limburger-Hof, gebaut worden ist, zu prüfen, das heißt zu rauchen. Dieser Tabak wurde gebaut und zubereitet unter besonderer Beachtung all der Ergebnisse, welche die wissenschaftliche Forschung bis jetzt gezeitigt hat. Ich kann Ihnen sagen: Das war ein Kraut, das sich wirklich qualitätvoll geraucht hat (Zuruf von der Rechten und Heiterkeit). Nein, ich habe leider nichts mehr da, sonst hätte ich Ihnen gerne eine Zigarre gegeben, umsomehr als der Herr Kollege Fischer-Meisenheim uns ja im letzten Landtag auch einmal eine Tabak- bzw. Zigarrenprobe auf den Tisch des Rechtspflegeausschusses gelegt hat. Ich habe mich damals auch dazu verstiegen, eine davon zu rauchen; ich muß aber schon sagen: damals ist mir doch der Angstschweiß ausgebrochen (Heiterkeit — Ruf von der Rechten: Aber geraucht haben Sie es!). Jawohl, mit Mannesmut „zur Hebung der einheimischen Produktion" (Große Heiterkeit — Zuruf des Abg. Dr. Schofer und Zurufe aus der Bürgerlichen Vereinigung). Nein, Herr Kollege D. Mayer, das war keine Übertreibung, sondern das war die Probe aufs Exempel (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Ich hab' auch eine geraucht!). In wohltuendem Gegensatz dazu — das will ich hier nur aussprechen — stand dasjenige Kraut, das uns von der Badischen Anilin- und Sodafabrik geboten wurde. Wir sind also in der Lage, die Qualität auch unseres einheimischen Tabakes erheblich zu verbessern und damit der Einfuhr der Auslandsprodukte wirksamer als bisher zu begegnen. Es muß allerdings der Wille der Landwirtschaft sein, den Weg zu gehen, der durch die wissenschaftliche Forschung und durch praktische Anbauversuche ihr gezeigt wird.

Die Landwirtschaft wird also in Zukunft auf Qualität besonders achten müssen; sie muß Qualitätsware produzieren und Qualitätsware anbieten. Der Sinn für Qualität ist nun aber im letzten Jahrzehnt bedauerlich geschwunden. Auf dem Gebiete des „Qualitätsempfindens", wie ich mich einmal ausdrücken will, hat der Krieg und die Zwangswirtschaft sehr viel niedergerissen und devastiert, — sehr viel! Ich will da an ein Spezialprodukt unseres Baulandes erinnern, an den „Grünkern". Was man in den Zeiten des Krieges und der Zwangswirtschaft, die nur das Massenprinzip in Geltung ließen, als Grünkern bekam, das war „Gelbkern". Dieser Gelbkern, von dessen Bereitung auch heute noch viele nicht lassen wollen, er hat den früher ausgezeichneten Ruf des Grünkerns verdorben! (Zurufe und Zustimmung). Das Hinterland beklagt sich nun — und mit Recht, daß sein Grünkern nicht mehr so gefragt ist, daß seine Grünkernproduktion tausendzentnerweise liegenbleibt. Das Hinterland muß allerdings auch bei sich selbst nach dem Rechten sehen und eine einwandfreie Qualität, prima Ware zum Verkauf anbieten. Der Käufer verlangt nun einmal Qualität — und er kann Qualität verlangen! In der Hinsicht muß sich der Landwirt, genau auf seinem Gebiete der Kaufmann, nach dem Abnehmer, nach dem Käufer und Konsumenten und seinen berechtigten Ansprüchen richten.

Nun hat gestern der Herr Kollege Kurz auch von der Selbsthilfe in der Landwirtschaft gesprochen als von einem

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Sack** [Zentr.])

Mittel, das den Existenzkampf der Landwirtschaft erleichtere. Er hat an den Opfersinn gegenüber den landwirtschaftlichen Vereinen und Organisationen appelliert; ich hatte geglaubt, er käme dabei auf das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen zu sprechen, dessen Grundlage und Losung ja gerade die Selbsthilfe ist; ich hatte mich schon gefreut, daß nun wohl ein notwendiges Wort endlich gesprochen werde. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen hat Großes, ganz Großes geleistet in der Geschichte des Aufstieges unserer Landwirtschaft vor dem Kriege. Es ist eines der Hauptmittel wirtschaftlichen Fortschrittes, materieller Förderung, geistiger Hebung gewesen; unsere kleine und mittlere Landwirtschaft hätte ohne ihr Genossenschaftswesen nicht den Hochstand der Neuzeit erreicht. Und nun ist das Genossenschaftswesen wiederum berufen, ähnliche Aufgaben zu lösen, wie es sie in den sechziger, siebziger, achtziger und neunziger Jahren erfolgreich gelöst hat. Es muß diese große Sendung erkennen, es muß daran gehen, mitzuarbeiten an der Behebung der Notstände durch die Sammlung und Nutzbarmachung der vorhandenen Kräfte und Mittel durch die Selbsthilfe. Die Landwirtschaft kann nicht alles und jedes vom „Vater Staat" erwarten. Ich möchte aber auch die Regierung bitten, dem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen jede nur mögliche Förderung angedeihen zu lassen. An die Landwirtschaft selber aber muß ich das Mahnwort richten: auf diesem Gebiete sich nicht noch mehr zu zersplittern, als sie ohnehin bereits zersplittert ist (Sehr richtig! beim Zentrum). Es gibt in meinem Dienstbezirk Ortschaften, in denen drei, vier, ja fünf Genossenschaften vorhanden sind, und zwar mit fast demselben Aufgabenkreis oder doch mit einem nahezu sich deckenden Aufgabenkreis. Hier vollzieht sich eine Vergeudung an Kraft und Geld und Haftsumme, die geradezu unerhört ist, der gegenüber man nur an das Wort erinnern kann: „Die Hälfte ist mehr als das Ganze". Die Hälfte wäre leistungsfähiger als die vielen, die allzu vielen. Und darum ist es, wenn diese Dinge nun einmal so sind — und sie sind so! — auch eine schwere Verantwortung, noch weiter zu verzetteln, zu vereinzeln und zu zersplittern, aus irgend welchen eigenbrödlerischen oder egoistischen Beweggründen neue Genossenschaften ins Leben zu rufen und sie gar ohne genügende Mittel dem Existenzkampf — ich muß fast sagen — gewissenlos zu überantworten. Nicht „neue Genossenschaftsgründungen" lautet die Forderung der Stunde, sondern: Arbeit der bereits reichlich vorhandenen im Geiste der Väter! Wir wollen die alten Genossenschaften wieder in Gang und zur Blüte bringen; wir wollen in wahrhaft genossenschaftlichem Geiste arbeiten! Das ist die Aufgabe, an der in den nächsten Jahren zu arbeiten ist; das ist die Aufgabe, von deren Lösung zu einem Teile auch die Milderung und Behebung der Notlage abhängt.

Eine weitere Frage, von deren Lösung der Ausgang des Existenzkampfes, den die Landwirtschaft zurzeit bestehen muß, abhängt, das ist die Arbeiterfrage. Es ist im Laufe des gestrigen und des heutigen Tages manches darüber gesagt worden, insoweit diese Frage sich als norddeutsche Landarbeiterfrage darstellt. Ich will bei der vorgerückten Zeit nicht ausführlich von dieser Landarbeiterfrage sprechen. Man sei sich aber darüber klar, daß die landwirtschaftliche Produktionsfrage eine Arbeiterfrage ist und auch bleibt auf lange hinaus. Nun einiges Wesentliche zum Problem der Landarbeiterfrage. Ich kenne das Problem aus eigener Anschauung, aus dem deutschen Osten, und ich glaube, daß man es zusammenfassen kann in folgende Begriffe: Das Landarbeiterproblem ist eine Lohnfrage, es ist eine Wohnfrage — und da müssen eben Staatszuschüsse, genau wie in der Stadt Häuser, Eigen- oder Pachtland, Wohnungsgelegenheiten erstellen helfen — und es ist eine Landfrage, und zwar eine Landfrage deswegen, weil man nicht Arbeiter ansiedeln kann, die nicht eine gewisse Fläche fest unter den Füßen haben, nicht eine gewisse unabhängige Existenzgrundlage besitzen. Dies Eigenland muß vergrößert werden können und die Möglichkeit eines gewissen Aufstiegs geben, die Möglichkeit, bei Fleiß und Sparsamkeit sich später einmal einer wenigstens bescheidenen Selbständigkeit erfreuen zu können. Diese Aussicht muß vorhanden sein, sonst bringen Sie wenige Menschen aufs Land hinaus, seien Sie davon überzeugt! Endlich muß dies Eigenland, das eine gewisse Viehhaltung ermöglicht, beigegeben werden, weil die ganze Arbeit Saisoncharakter hat (Sehr richtig! beim Zentrum). Das darf man nicht übersehen; darin liegt die ganz besondere Schwierigkeit der Landarbeiterfrage, daß sie eine Saisonfrage ist. Die Landarbeiterfrage ist sodann auch eine Frage der Vereigenschaftung. Es muß eine gewisse Auslese unter den sich meldenden Arbeitern getroffen werden. Es ist nicht möglich, jedermann als Landarbeiter zu verwenden, so wenig, wie jedermann geeignet ist, Bauer zu sein. Es gehören schon gewisse Charaktervorzüge dazu, fernab vom Treiben der städtischen Welt in ländlicher Einsamkeit ein einsames, spartanisch einfaches und dabei zufriedenes Leben zu führen, um im langsamen Aufstieg zu bescheidenem Wohlstand zu gelangen. Außerdem spielt endlich auch das Gesinderecht eine Rolle, und zwar eine ausschlaggebende. Bei Zuständen, wie sie vor dem Krieg noch zu finden waren, und die manchmal doch einen etwas mittelalterlichen Beigeschmack hatten, kann man heute keine deutschen Landarbeiter mehr beschaffen; darüber muß man sich klar sein.

In diesem Zusammenhang möchte ich nun nach Baden zurückkehren und gleich darauf hinweisen, daß wir ja ein modernes Gesinderecht bekommen haben. Das alte, an dem manches veraltet gewesen sein mag — das will ich zugeben — es ist kurzerhand außer Kraft gesetzt worden, und neues Recht von allgemeiner Geltung auf dem Verordnungsweg in der Revolutionszeit geschaffen worden. Das neue Gesinderecht aber — das muß ausgesprochen werden — es hat erhebliche Mängel an sich, es trägt der wohlbegründeten Eigenart unserer bäuerlichen Verhältnisse und des landwirtschaftlichen Jahres zu wenig Rechnung (Sehr richtig! beim Zentrum). Hier einmal nach dem Rechten zu sehen, zu prüfen, was bestehen bleiben kann und was einer Verbesserung bedarf, das dürfte eine der dringenden Angelegenheiten und Aufgaben der nächsten Landtagssession sein. Es wird von seiten des Landvolkes erwartet, daß diese Aufgabe in Angriff genommen und gelöst wird.

Und nunmehr zu den geistigen Förderungsmaßnahmen, zu den landwirtschaftlichen Schulen und dem landwirtschaftlichen Beratungswesen, die den Landwirt geistig schulen, ihn befähigen müssen, den Konkurrenzkampf erfolgreich zu bestehen. Ich mache mir hinsichtlich der Schulen nicht den Hinweis zu eigen, den man oft hören kann: Der Landwirt muß soviel wie die anderen Stände, wie der Handwerker und der Gewerbetreibende, auf seine fachschulmäßige Ausbildung bedacht sein; das sage ich nicht, ich sage: der Landwirt muß noch mehr als jeder andere Stand, namentlich unter den heutigen Verhältnissen und Ansprüchen, auf seine geistige Hebung und fachschulmäßige Ausbildung bedacht sein. Die Meinung, zum Bauer sei auch der Dümmste noch gut genug, ist wirklich veraltet; die Dummen kann man gerade heute im Bauernstand nicht mehr gebrauchen, das ist eine Binsenwahrheit (Zuruf des Abg. Hertle). So einfach liegen die Dinge nicht mehr, wie ehedem. Wer heute die Landwirtschaft betreiben und dabei

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Sack** [Zentr.])

bestehen will, muß mehr verstehen, als der Knecht und der Taglöhner, muß mehr sein als Knecht und Taglöhner (Sehr richtig! beim Zentrum), muß die Ergebnisse und Errungenschaften der neueren Landwirtschaftswissenschaft in Feld wie Stall und in der Betriebslehre kennen und in die Praxis umsetzen können, muß mit allen Schikanen arbeiten können, muß in allen Sätteln gerecht sein. Die Dummen kann man also in der Landwirtschaft nicht mehr gebrauchen (Zuruf des Abg. Klaiber: „Wo soll man sie dann unterbringen?"). Ja, Herr Kollege Klaiber, darauf kann ich Ihnen keine andere Antwort geben, als die, die schon in der Heiligen Schrift steht: „Ein Tor kann mehr fragen, als zehn Weise beantworten können" (Heiterkeit — Zuruf des Abg. D. Mayer-Karlsruhe — Abg. Hertle: „sie sollen studieren!"). Ich gönne auch den anderen Ständen den Zufluß an Intelligenzen, Herr Kollege Hertle; sonst würden wir bei den anderen Ständen künftighin noch weniger Verständnis finden, wenn sie nämlich von so engem Gesichtskreis wären, daß sie über ihre eigenen Zäune nicht hinaussehen und unsere Verhältnisse nicht mehr würdigen könnten. Es kann der Bauer — das Wort muß von hier aus als Forderung ausgesprochen werden — seinen Söhnen und seinen Töchtern heute nichts Besseres mitgeben ins Leben als eine gute Schulbildung, vor allem eine gute Fachschulbildung. Darum wird die planmäßig fortschreitende Vermehrung der landwirtschaftlichen Schulen eine der Hauptaufgaben sein auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Förderung in den nächsten Jahrzehnten. Möglichst jedem Bezirk seine eigene landwirtschaftliche Schule, das muß das Ziel sein, so daß es möglich wird, daß immer mehr Bauernsöhne ohne allzu große Kosten eine für ihren Beruf ausreichende Fachbildung sich aneignen können.

Daneben wird das landwirtschaftliche Beratungswesen eine Hauptförderungsmaßnahme darstellen müssen. Es müssen durch Vorträge, durch Einzelaufklärung und durch Betriebsberatung möglichst viele Landwirte erfaßt und gefördert werden, vor allem die, welche nicht die Möglichkeit hatten, eine Fachschule zu besuchen. Und es müssen alle jene weiter gebildet und weiterberaten werden, die bereits auf einer Fachschule waren. Ihnen allen muß Anleitung gegeben werden zu einer sachgemäßen und neuzeitlichen Betriebsführung. Darum ist es wichtig, daß entweder die Schulstellen vermehrt werden, oder daß die bereits vorhandenen Schulen verstärkt werden durch die Beigabe eines zweiten Fachbeamten. Verkleinerung der Dienstbezirke oder verstärkte Besetzung der bereits bestehenden Ökonomieratsstellen, das sind die beiden Wege, die wir in der nächsten Zukunft gehen können — und gehen müssen! Darum begrüße ich lebhaft den Vorschlag, den gestern Herr Dr. Mattes gemacht hat — und meine Fraktion geht mit mir in der Hinsicht einig —, daß wir überlegen sollen, ob es nicht möglich ist, die im Budget bereits vorgesehenen und bewilligten neuen Landesökonomieratsstellen einstweilen, solange sie noch nicht errichtet werden, dazu zu benützen, um einigen Landesökonomieräten zweite Beamte an die Seite zu geben und diesen zweiten Beamten, die gewissermaßen Anwärter auf Landesökonomieratsstellen sind, die Möglichkeit zu bieten, sich einstweilen einzuarbeiten in die in Baden vorliegenden Verhältnisse. Sie werden sich dann, wenn sie einmal an die großen Aufgaben der Selbständigkeit gestellt werden, diesen Aufgaben besser gewachsen zeigen, als wenn sie eine derartige Vorschule nicht durchgemacht haben.

Damit will ich schließen, dabei möchte ich aber noch darauf abheben, daß wir mit allen eben geforderten Maßnahmen, mit Kunstdünger, Sortenwahl und Neuzüchtungen, mit Fortschritt und Schulung, mit materiellen Dingen allein die Zukunft nicht meistern können und nicht meistern werden. Es genügt nicht, lediglich zu produzieren, es genügt nicht, daß man lediglich zu essen und zu trinken hat. Über der Frage: „Was werden wir essen?" steht letzten Endes eine andere Frage. Der Mensch ist eben mehr als ein herausgerissenes und geformtes Stück Erde. Das Sehnen des Menschen ist mit Geld und Brot allein auf die Dauer nicht zu stillen.

„Es ist kein leerer, schmeichelnder Wahn,
erzeugt im Gehirne der Toren;
im Herzen kündet es laut sich an:
Zu Besserem sind wir geboren."

Wir benötigen zur Wiedergenesung des deutschen Menschen und der deutschen Wirtschaft, zum Wiederaufbau von Volk und Vaterland die Religion, sie gehört insbesondere zum Fundament einer gesunden Landwirtschaft, zum eisernen Bestand der ländlichen Bevölkerung. Daran will uns insbesondere das heurige Jahr gemahnen bei derartigen Katastrophen und Heimsuchungen, — ach, wie soll da die ländliche Bevölkerung weiterarbeiten und nicht verzweifeln ohne Religion? Darum begrüßen wir es, daß mit der Einführung des Religionsunterrichtes in den landwirtschaftlichen Schulen begonnen worden ist.

In harter Arbeit und Entbehrung seufzt unser Volk — und einen schweren Kampf kämpft unsere Landwirtschaft; es ist ein Kampf und eine Heimsuchung, bei denen man mit allgemeinen Humanitätsgedanken und verschwommenen Idealgefühlen nicht mehr durchkommt. Eine erbarmungslose Zeit hält die Wurfschaufel in der Hand und sondert den Weizen von der Spreu; diese Zeit verlangt Wissen und Können, Geist und Charakter — Vertrauen und Kraft, auf die Dauer durchhaltende Kraft! Nur die Religion vermag jene nachhaltige und unverwüstliche Kraft zu geben, die „alles hofft, alles duldet" und uns hinüber rettet in eine wieder schönere Zukunft (Beifall).

Im Verlauf obiger Ausführungen hat II. Vizepräsident von Au vorübergehend den Vorsitz übernommen.

Abg. **Weißhaupt** (Zentr.):

Ich hatte als Berichterstatter Gelegenheit, nicht nur die Meinungen, die im Haushaltsausschuß von seiten der Mitglieder über landwirtschaftliche Fragen vorgetragen worden sind, wiederzugeben, sondern auch meiner persönliche Meinung über verschiedene Fragen Ihnen darzutun, und ich hatte vor, mit Rücksicht auf unsere Zeit — da wir in Baden doch noch das einzige Parlament sind, das tagt — zu verzichten auf die Diskussion und vielleicht im Schlußwort, das mir als Berichterstatter zusteht, noch einige Bemerkungen oder einige Wünsche gegenüber der Regierung zum Ausdruck zu bringen. Aber, Sie haben ja gestern gehört, wie der Herr Kollege Zoller Angriffe auf mich gemacht hat; auch der Herr Kollege Klaiber hat im Vorbeigehen etwas gestreift heute früh, und demzufolge kann ich nicht verzichten, auch in die Diskussion einzugreifen. Ja, bin ja seit längerer Zeit so ähnlich wie der Herr Dr. Mattes einer der Lieblinge des Landbundes, mit denen er sich tagtäglich beschäftigt, insbesondere am Sonntag draußen in Versammlungen und dann in dem Organ „Der badische Landwirt". Ich habe gar nichts dagegen, Herr Kollege Klaiber, wenn Sie auch über mich etwas schreiben, wenn es nur wahr ist, was Sie schreiben (Heiterkei). Sie wissen alle, wie ich meine Stellung z. B. zum Gebäudesondersteuergesetz freimütig hier geäußert habe, und

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Weißhaupt** [Zentr.])

ich glaube, es wird niemand die Empfindung gehabt haben, daß ich zurückgehalten hätte oder Rücksicht genommen hätte nach dieser oder jener Seite hin. Aber was tut der „Landwirt"? Der Landwirt schreibt: „Einen beinahe humoristischen Gegensatz zu der Rede Klaibers bildete die Rede des Abg., Staatsrat Weißhaupt, Präsident des Badischen Bauernvereins. Bildlich gesprochen: Herr Weißhaupt stand während seiner ganzen Rede jeweils nur auf einem Fuß, einmal auf dem rechten Fuß der Tugend, ein ander Mal auf dem linken Fuß der Sünde wider die Notforderungen des Standes (Heiterkeit), den er in diesem Falle zu vertreten hatte. Der Höhepunkt seiner Rede war, als er vergeblich darzutun versuchte, daß das Gesetz Verbesserungen erfahren habe. Gewiß, der Regierungsentwurf war noch schlechter, auch für die Landwirtschaft. Für die steuerzahlende Landwirtschaft ist es aber ein schlechter Trost, wenn man ihr sagt: Sei froh, daß man Dir nur die Gurgel zuzieht; man hätte Dich auch köpfen können! Herr Abg. Staatsrat Weißhaupt hatte auch sonst Pech mit seiner Rede . . ."

So ungefähr geht es weiter.

Ich muß noch einmal wiederholen: Wenn das Gesetz noch einmal gemacht werden müßte, obwohl ich dort schon erklärt habe, daß ich ein Gegner des Gebäudesondersteuergesetzes bin, aber wenn ein ähnliches Gesetz gemacht werden müßte in der nächsten Zeit, wo bei einem Aufbringen von 47 Millionen die Landwirtschaft nur mit 1,8 Millionen beteiligt wäre, dann würde ich wieder für ein derartiges Gesetz stimmen, wo man doch sonst allgemein nachgewiesen hat, daß der Grundbesitz wenigstens in der letzten Zeit mit 84 Proz. des Steueraufkommens hat herhalten müssen, während das Betriebskapital nur 16 Prozent aufbrachte. Ich bin der Meinung, mit dem Bilde, das Sie hier gezeigt haben im „Landwirt", wollten Sie nur verschleiern, ein Bild darstellen und in den Augen der Landwirte beschönigen und zudecken, daß Sie einen dummen Streich gemacht haben, daß Sie nicht für das Gesetz gestimmt haben (Heiterkeit).

So nach und nach bricht sich die Wahrheit Bahn und nicht die Schuld ist es von Herrn Dr. Mattes, daß Sie in der Wahl schlechter abgeschnitten haben, wie gestern der Herr Kollege Zoller gesagt hat, das Volk will irgend eine praktische Arbeit, es will auch einen Erfolg sehen. Ihre Arbeit ist jedenfalls mehr schuld an dem schlechten Erfolg und an dem schlechten Ausfall der Wahl (Zuruf: Ihre Arbeit ist aber auch nicht anerkannt worden in der Wahl!).

Aber eine solche Katastrophe wie der Landbund hat niemand erlebt. (Verschiedene Zwischenrufe und Gegenrufe. — Abg. Dr. Schofer: Sie haben ja die Fahne eingezogen und sind durch! — Abg. Klaiber: Mit dem Herrn Dr. Mattes!)

Gewundert hat mich, daß gestern der Herr Kollege Zoller und heute auch der Herr Kollege Klaiber einen versteckten Angriff auf den Adel gemacht hat und insbesondere deshalb, weil ja an der Spitze der Organisation des Reichslandbundes fast nur adelige und hochadelige Herren stehen. Ich kenne diese Herren und muß sagen, ich würde es bedauern, wenn die Leute sich nicht in die Reihen der Organisation stellen würden. Sie sind nicht nur politisch, sondern insbesondere wirtschaftspolitisch und auf dem Gebiete der Landwirtschaft sehr hochachtbare Leute (Erregte Zwischenrufe). Es sind sehr verdiente Leute.

Es geht doch nicht an, wenn die Herren bei jeder Gelegenheit jetzt an dem derzeitigen Leiter unserer badischen Landwirtschaftskammer, dem Herrn Grafen Douglas immer wieder Anstoß nehmen. Der erste Präsident der Landwirtschaftskammer war Prinz Löwenstein, und hier hat niemand gezweifelt, daß er ein verdienstvoller Mann war und auf dem Gebiete der Landwirtschaft viel geleistet hat. Leider ist er dann erkrankt und mußte sich zurückziehen. Wenn jetzt der Präsident, Graf Douglas ist, und zufällig noch ein Direktor, ein Herr von, der zwar aus den Bürgerreihen stammt, wenigstens seine Familie noch, so glaube ich, ist das kein Unglück für die Landwirtschaftskammer. Hauptsache ist, daß jemand an der Spitze der Landwirtschaftskammer steht, zu dem man Vertrauen haben kann und der die Interessen der Landwirtschaft nach jeder Richtung hin fördert (Abg. Dr. Schofer: Sehr richtig!). Ja, meine Herren, ich habe schon im Jahre 1921 den Vorschlag gemacht, den Herrn Grafen Douglas an die Spitze der Landwirtschaftskammer zu stellen, weil er eine vollständig neutrale Persönlichkeit ist und ich bedauere, daß es nicht zustande gekommen ist. Ich bin der Meinung, daß mancher Kampf in der Landwirtschaftskammer und hier nicht stattgefunden hätte, und ich bin überzeugt, daß die Landwirtschaftskammer nie in 160 Prozesse auf einmal verwickelt worden wäre (Abg. Klaiber: Wieviel hat sie verloren? Nicht einen!). Ich bin froh, . . . (Abg. D. Maier-Karlsruhe: Immer nur Entstellungen! — Glocke des Präsidenten).

Der Herr Kollege Zoller hat mir den Vorwurf gemacht, ich sei längst im Vorstand der Landwirtschaftskammer und hätte für alles gestimmt. Ich bin erst im Jahre 1921 in den Vorstand gekommen, wenn der Herr Kollege Zoller diesen Vorwurf hat machen wollen, hätte er als Mitglied der Landwirtschaftskammer das Recht gehabt, in die Landwirtschaftskammer zu gehen und die Protokolle einzusehen und die früheren Jahresberichte, ob ich immerwährend für alle Forderungen gestimmt habe. Er hätte sich anders orientieren können, vorausgesetzt, daß der ehrliche Wille vorhanden war (Abg. Zoller: Ich kann es ja nachholen!). Das hätten Sie vorher machen sollen, Herr Kollege Zoller, dann wäre es besser gewesen, bevor Sie derartige Anschuldigungen hier im Landtag gemacht hätten.

Die ersten Bedenken, die ich in der Landwirtschaftskammer seinerzeit geäußert habe — das war vor dem Kriege —, waren die, daß man in der Landwirtschaftskammer zu viel akademische Beamte anstellt und insbesondere gleich lebenslänglich anstellt. Dort habe ich mir den Unwillen der führenden Herren in der Landwirtschaftskammer zugezogen. Die Zeit hat mir recht gegeben. Zurzeit laufen zwei, drei akademisch gebildete Landwirte in der Landwirtschaftskammer umeinander, die keine Arbeit haben, die die Landwirtschaftskammer unterhalten muß (Hört, hört! beim Zentrum. — Abg. Klaiber: Das wird beim Staat auch vorkommen).

Ein zweiter Anstand, den ich immer gemacht habe, betrifft die gewerblichen Unternehmungen. Ich war immer der Meinung, nach dem Krieg sollte man die gewerblichen Unternehmungen abbauen so rasch als möglich. Leider war es nicht der Fall, zum Teil hat man es gemacht mit der Obstverwertung und sofort wieder aufgebaut, und wenn wir heute die Bilanz sehen vom letzten Jahre, so müssen wir uns sagen, es wäre gut gewesen, man hätte mit den gewerblichen Unternehmungen aufgehört, insbesondere mit dem Flachs- und Hanfwerk, das mit einem ungeheueren Verluste abgeschnitten hat im letzten Jahre.

Ein Drittes, was ich stets beanstandet habe, war die Zupachtung von Gütern und die Haushaltungsschule. Der Herr Kollege Klaiber hat gemeint, man braucht derartige Güter zu Beispielwirtschaften. Herr Kollege Klaiber, wir

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Weißhaupt** [Zentr.])

haben Güter genug für die Landwirtschaftskammer, die wir zu Eigentum haben. Wir haben in Rastatt, Blankenhornsberg, Dorneck und in Forchheim genügend Güter zu Beispielwirtschaften, man braucht nicht zwei große Höfe nebeneinander zu einem derartigen Zwecke zu pachten. Wenn Sie die Schlußabrechnung sehen, werden Sie der Überzeugung sein, daß es besser gewesen wäre, man hätte die Finger von dieser Sache gelassen. Diese Höfe sind vorerst eine dauernde Belastung der Landwirtschaftskammer, deren Defizit immer wieder durch die Umlage gedeckt werden muß, solange die Landwirtschaft im eigenen Betrieb nicht rentiert, können derartige Höfe, die durch gut bezahlte Beamte bewirtschaftet werden müssen, nicht rentabel sein. Ich glaube, in all dem, was ich beanstandet habe in der Landwirtschaftskammer, bin ich auf der ganzen Linie gerechtfertigt. Ich habe nicht Opposition gemacht in der Landwirtschaftskammer aus Vergnügen, ich hätte manches Unangnehme mir ersparen können, insbesondere, wenn ich mich beworben hätte, etwas der Liebling des abgegangenen Direktors zu werden. Mir war maßgebend das Wohl der Landwirtschaft und daß insbesondere etwas heraus kommt bei dem, was in der Landwirtschaftskammer geschaffen wird. Ich habe vorausgesehen, daß das nicht der Fall sein kann, wenn man weiß, wie die Landwirtschaft rentiert. Wenn man selbst über 30 Jahre im eigenen Betrieb steht, nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch sonst in der Wirtschaft, hat man einigermaßen Erfahrung, da wirft man den Blick in die Zukunft und überlegt sich etwas, und es kann einem nicht schwer fallen, daß man sich sagen muß, die Landwirtschaftskammer ist überlastet mit derartigen Sachen, es wird nie etwas bei der Sache herauskommen. Ich bin nach wie vor der Meinung — wie ich als Berichterstatter schon gesagt habe —, daß endlich ein Strich unter die ganze Sache gemacht werden soll. Wir wollen der neuen Leitung in der Landwirtschaftskammer Vertrauen entgegenbringen. Auch nach diesen Debatten bin ich noch der Meinung, und ich habe mich gefreut, daß Dr. Mattes gesagt hat, er freue sich, daß der Vertrag zustandegekommen sei mit Regierung und Landwirtschaftskammer, insbesondere wegen der Bildung der Versuchsringe und der Förderung der Landwirtschaft in der Zukunft. Ich habe die volle Hoffnung, daß die Verbindung und das Miteinanderarbeiten der Landwirtschaftskammer mit denjenigen Stellen im Ministerium des Innern, die die Förderung der Landwirtschaft in der Hand haben, von guten Folgen sein wird und es nicht mehr notwendig sein muß, wie Kollege Zoller sich gestern geäußert hat, darüber zu reden, wie die Förderung der einzelnen Teile geschieht, ein Teil von der Landwirtschaftskammer, der andere Teil vom Ministerium des Innern. Ich bin der Meinung, daß man dann Eber und Sau, Bock und Geiß und Fohlen alles miteinander springen läßt (Abg. Zoller: Den Zentrumsgaul! — Abg. Dr. Schofer: Der kann sich sehen lassen!).

Die Landwirtschaftsdebatte ist in diesem Landtage etwas kürzer ausgefallen, und wenn wir uns umschauen, warum, so finden wir zunächst einmal, daß wir viel weniger praktische Landwirte bei uns im Landtag haben gegenüber früher, was ich tief bedauere. Ich bin der Meinung, daß die Vertretung der praktischen Landwirte in unserem Landtag nicht ganz der Bedeutung der Landwirtschaft bei uns in Baden entspricht. Herr Abg. Dr. Mattes hat gestern abend sich dem angeschlossen, was schon längst meine Meinung ist, die Landwirtschaft müsse ihre Hilfe nehmen, wo sie herkomme und müsse dafür sorgen, daß sie in allen Parteien tüchtige Vertreter habe. Das ist schon längst mein Wunsch, und ich glaube auf dem Gebiet kann man vollständig einiggehen. Dann aber kann man wohl auch sagen, die Debatte ist diesmal etwas kürzer, denn wenn man ehrlich urteilen will über das Vergangene muß man auch zugestehen, daß manches anders geworden ist, manche Besserung gekommen ist, wenn auch die Wirkung nicht die ist, die wir erwartet haben. Teilweise sind die Wünsche, die wir in den letzten Jahren hier der Regierung unterbreitet haben, in Erfüllung gegangen. Insbesondere sind es steuerliche Wünsche bezüglich der Umsatzsteuer, dann der Einkommensteuer, aber es bleiben doch größere Wünsche übrig. Wenn natürlich die kommunistische Partei sich auf den Standpunkt ihres Sprechers von heute früh stellt, ist insbesondere für die kleinere Landwirtschaft für die nächste Zeit eine bedeutende Steuerermäßigung zu erhoffen, und ich nehme an, daß auch die Sozialdemokratie sich auf diesen Standpunkt stellt. Die bürgerlichen Parteien stehen ja zum großen Teil auf dem Standpunkt, daß die Landwirtschaft, insbesondere die kleine, steuerlich entlastet werden muß. Die Hauptwünsche von uns, die wir bei der Landwirtschaftsdebatte in den letzten Jahren immerwährend unterbreitet haben, waren Wünsche, einmal bezüglich der Steuern, dann in der Zollfrage. Was nun die Zollfrage anbelangt, so ist schon ausführlich von dem Herrn Kollegen Engelhardt und Sack darüber gesprochen worden. Es sind die Wünsche in Erfüllung gegangen, und insbesondere ist erfreulich, daß bezüglich des Weines recht bald eine Abänderung des spanischen Handelsvertrages stattgefunden hat, denn lange Zeit hätte es unsere Winzerschaft bei dem niederen Zollsatz nicht ausgehalten.

Bezüglich des Obst- und Gemüsebaues haben die Herren Kollegen Zoller und Engelhardt sich dahingehend ausgelassen, daß wir hier einen etwas größeren Schutz nötig hätten. Ich bin der Meinung, solange unsere Pfalz besetzt ist, werden wir trotz des hohen Zolls für Wein und trotz des Zolls für Gemüse, der zu gering ist, nicht den Schutz haben, den wir hätten, wenn wir geschlossene Grenzen hätten. Denn da werden wir immerwährend sehen, daß aus der Richtung der Pfalz wir einen scharfen Druck sowohl auf dem Gebiet des Weines, als auch auf dem Gebiet des Obst- und Gemüsebaues auszuhalten haben werden. Unsere Wünsche bezüglich des Getreidezolls gehen ja in der nächsten Zeit in Erfüllung. Am 1. August tritt ein Zolltarif ein, der beinahe die alten Sätze wieder hat, aber es wäre erfreulich, wenn die früheren Verhältnisse eintreten würden. Aber wenn man andererseits die hochgesteigerten Produktionskosten betrachtet, wird der Zollschutz, den die Landwirtschaft jetzt bezüglich des Getreides erhält, nicht von der Wirkung sein, die sie zur intensiven Steigerung des Getreidebaues notwendig hätte. Ebenso bezüglich des Viehes, des Fleisches, insbesondere des Gefrierfleisches. Das wird uns in Deutschland bei unserem guten Viehstand in nächster Zeit wieder zu schaffen machen. Es wäre gut, wenn man in Berlin etwas mehr Einsicht hätte, insbesondere gegenüber uns in den Grenzländern.

Wenn ich noch ein Wort bezüglich der Steuern sagen darf: Ich habe vorhin schon erwähnt, daß wir eine Ermäßigung bekommen haben und zwar durch unsere Arbeit hier, durch die Vorstellungen, die wir gemacht haben, im Verein mit der Regierung in Berlin, einmal bezüglich der Umsatzsteuer, daß hier der Eigenverbrauch der Landwirtschaft bis zu einem Umsatz von 10 000 M. befreit worden ist, und daß insbesondere auch die Einkommensteuer der mitarbeitenden Familienmitglieder ermäßigt worden ist. Man vertröstet uns in der Landwirtschaft bezüglich der Steuerermäßigung auf

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Weißhaupt** [Zentr.])

das neue Reichsvermögenssteuergesetz bezüglich der Neubewertung und Neuveranlagung in der Landwirtschaft. Ich bin nicht Mitglied eines Grundwertausschusses, aber was man in der letzten Zeit gehört hat, was vorgetragen worden ist anläßlich der Besprechungen des Landesfinanzamtes, die im ganzen Land abgehalten worden sind, so glaube ich, werden wir im nächsten Landtag jedenfalls mit Klagen rechnen müssen, und werden bei der Regierung vorstellig werden müssen. Wenn es richtig ist, daß z. B. der Heuberg und Teile des Schwarzwaldes in die gleiche Steuerklasse gestellt worden sind wie Bezirke, in denen Tabak, Zuckerrüben und Zichorie gebaut wird, so kann nach meinem Dafürhalten die Bewertung nicht stimmen. Und an der Auswirkung der neuen Steuerzettel werden wir jedenfalls sehen, ob hier nicht dringend eine Abänderung der Bewertung notwendig ist, nach all dem, was man in dieser Richtung gehört hat.

Was wir aber in der Landwirtschaft am nötigsten brauchen, ist langfristiger Kredit, wie schon von anderen Rednern erwähnt worden ist. Was wir erhofft haben von dem langfristigen Kredit, einmal aus der Amerikaanleihe, die für die Landwirtschaft aufgenommen worden ist, dann von dem Kredit von der Golddiskontbank, ist nicht eingetreten, die Wirkung für uns in Baden war eine kleine, trotz aller Bemühungen, die insbesondere von seiten der landwirtschaftlichen Organisationen gemacht worden sind, um für die kleinen Leute Kredit zu bekommen. Die Vorschriften sind so umständlich und so kostspielig, und das Entgegenkommen in Berlin ist so klein, daß wenig Geld nach Baden gekommen ist. Ohnehin sollen von den 250 Millionen erst zwei Drittel oder stark die Hälfte vergeben sein. Ich bin immer noch der Meinung und habe dies schon früher geäußert, wir müssen mit allem Nachdruck darnach streben, daß bei diesen finanziellen Vergünstigungen von Berlin insbesondere mit dem Kredit, gewisse Summen, soundsoviel Millionen auf die Länder verteilt werden, kontingentiert, und daß die Länder die Kredite geben können nach unseren Verhältnissen. Die Vorschriften kann kein Mensch einhalten, die von seiten der Golddiskontbank oder insbesondere der Rentenbankkreditanstalt gemacht werden.

Ähnlich wie mit dem Kredit sieht es auch aus mit der Aktion, die im Interesse des Getreideabsatzes gemacht werden soll, von dem die Presse sehr viel schreibt. Bei unseren Landwirten werden höchstens falsche Hoffnungen erweckt, aber viel wird dabei für uns nicht herauskommen. Es sind einmal von der Reichsgetreidestelle 30 Millionen zur Verfügung gestellt worden zur Bildung einer Reichsgetreide-A.-G. zum Ankauf von Getreide, hauptsächlich gleich nach der Ernte, damit der Preissturz nicht mehr so kolossal ist wie im letzten Jahre. Die Aktiengesellschaft muß selbst noch 15 Millionen einbringen, also steht ein Kapital von 45 Millionen bereit, um das Überangebot nach der Ernte gleich aufzunehmen. Ursprünglich war es nur gedacht zum Aufkauf und zur Stützung des Preises für Roggen. Dann ist man auch dazu übergegangen — ich darf wohl sagen, nicht ohne Einfluß von Süddeutschland —, daß man nicht nur die Aktion zur Stützung des Preises von Roggen vornimmt, sondern für Brotgetreide allgemein. Hafer und Gerste in das Aufkaufsgebiet dieser neuen Reichsgetreide-A.-G. einzubeziehen, ist noch nicht möglich gewesen.

Nun wird eine neue Hilfe zurzeit in Bewegung gesetzt, von der Herr Abg. Dr. **Mattes** gesprochen hat. Das ist die Lombardierung über die preußische Zentralgenossenschaftskasse, die sog. Preußenkasse, aber auch da sind die Vorschriften wieder so, daß für uns in Baden jedenfalls gar nichts herauskommt. Die Getreidelombardierung ist so gedacht, daß auf Wechsel einmal 60 Proz. des Wertes dem betreffenden Landwird, der das Getreide zur Verfügung stellt, auf drei Monate abgegeben werden und nach drei Monaten beginnen die ersten Verhandlungen wegen der endgültigen Übernahme. Dazu ist ein Vertrag notwendig, der ungefähr sechs Seiten Maschinenschrift umfaßt, dann kommen noch drei bis vier andere Papiere dazu, die unterzeichnet werden müssen. Das ist nun recht für große Güter, aber nicht für unsere kleinen Verhältnisse, wo ein Landwirt ein paar Säckchen zu verkaufen hat, wir können die Sache nicht brauchen, für uns ist diese Einrichtung, wie sie bis jetzt geschaffen ist, vollständig wertlos. Ich bin auch hier der Meinung, daß man für Baden eine gewisse Summe zur Verfügung stellt, und dann soll die badische Regierung die Einrichtung treffen, auf welche Weise der Preis gestützt werden kann und auf welche Weise die Getreidelombardierung gemacht werden kann; jedenfalls so, wie jetzt die Vorschrift ist, ist es für uns vollständig wertlos.

Dann möchte ich noch ein Wort zur Abwanderung vom Land und zur Auswanderung vom Land sagen. Ich kann Ihnen ruhig sagen, eine der größten Sorgen als Leiter einer großen Organisation macht mir die Abwanderung und die Auswanderung. Sie ist geboren aus der Not, in der sich die Landwirtschaft zurzeit befindet und aus der schlechten Lage, weil in der Landwirtschaft keine Aussicht vorhanden ist, sich selbständig zu machen. Einmal erleben die Leute, die vom Land in die Stadt gehen und hier die Erwerbslosenziffer noch vermehren, große Enttäuschung, und ich glaube, für diejenigen, die ins Ausland gehen, ist die Enttäuschung noch viel größer. Der Herr Kollege **Klaiber** hat gemeint, bei uns in Baden könne man mit Siedlungen nichts machen. Ich bin nicht der Meinung. Ich bin der Meinung, wenn von seiten des Reiches und der Länder jüngeren Landwirten billige Kredite gegeben würden, daß es immer noch Platz gäbe, sie auch bei uns in Baden anzusiedeln (Sehr richtig!), insbesondere wenn sie das Geld, das sie für die Ausreise ins Ausland brauchen, dazu verwenden würden und von seiten des Staats ein billiges Darlehen bekämen und dann ihre Energie mitbringen und ihren Fleiß. Das brauchen sie ja auch, wenn sie ins Ausland gehen, denn die Anforderungen an die Arbeitsleistungen sollen im Ausland manchmal nicht klein sein. Wenn sie das bei uns auf eine derartige kleine Siedlung mitbringen, ich glaube, dann hätten sie auch bei uns in der Heimat ihr Fortkommen. In Preußen ist nach der Richtung sehr viel geschehen, insbesondere mit Meliorationen und Siedlungen auf den großen Moorflächen. Wenn ich anderer Meinung bin als der Herr Kollege **Klaiber**, und ich glaube, daß auch bei uns in Baden Gelegenheit ist, so erinnere ich nur an die Kollerinsel. Auf der Kollerinsel soll ein großes Hofgut erstellt werden. Ich bin aber der Meinung, wenn das Hofgut wirklich erstellt wird — es ist ja im Haushaltsausschuß bereits genehmigt —, möchten doch die Gebäulichkeiten so eingerichtet werden, daß nach einiger Zeit, wenn die Kollerinsel vollständig durchmelioriert ist, aus den Anlagen ohne große Unkosten mehrere kleine Wirtschaften gemacht werden können, damit soundsoviele kleine Bauernfamilien dort untergebracht werden können. Aber ich glaube, es wäre sowieso das beste, wenn man auf jener Insel mit dem ertragreichen Boden von vornherein 10 bis 15 Siedlungen 5—6 Hektar groß machen würde. Das gäbe eine Ackernahrung in jenem Gelände, und es wäre der Sache am allerbesten gedient.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Weißhaupt** [Zentr.])

Es ist vorhin auch der Maiwald genannt worden. Auch im Maiwald könnte man etwas machen, obwohl das Gebiet, das melioriert werden soll, meistens Privateigentum ist, aber es wird mir von Bekannten dieser Gegend gesagt, daß in dieser Gegend die Domänenverwaltung viel Gelände hätte, und hier könnte leicht ein Tausch gemacht werden, denn ich glaube, die Landwirte in der Nähe wären gern bereit, ihre Wiesen im Maiwald abzutreten, und der Domäne wäre es so möglich, ein großes zusammenhängendes Gelände zu bekommen, und wenn man dort mit Vorschüssen vorgehen würde, glaube ich, wäre es eine Kleinigkeit, für 20—30 junge Landwirte eine Siedlung fertigzubringen, und die Leute brauchten nicht den Wanderstab zu nehmen und ins Ausland zu gehen, sondern wären in der Heimat gut versorgt. Wir haben auch sonst noch größere Güter, und man könnte auch da, wo schon Gebäulichkeiten sind, den Versuch machen, ob nicht 4—6 Familien auf einem derartigen Gut ebenso ihr Fortkommen hätten wie ein Pächter auf einem solchen großen Gut. Ich glaube, bei gutem Willen wird sich da noch viel machen lassen. Wir dürfen nicht so blindlings unsere Leute, insbesondere aus der Landwirtschaft, dem Ausland ausliefern und sie dahin laufen lassen; soweit es möglich ist, müssen diese Leute bei uns in Deutschland und insbesondere auch in Baden gehalten werden.

Nun ging in den letzten Tagen eine Notiz durch die Presse, die in der Landwirtschaft kolossales Aufsehen erregt hat, bezüglich Erhöhung der Kalipreise. Wenn man in letzter Zeit die Jahresabschlüsse, Bilanzen und Dividendenverteilung von den Kaligesellschaften gesehen hat, die durchweg 10—12 Proz. Dividende verteilen, so hätte man der Meinung sein können, wir stehen kurz vor einem Abschlag des Kalipreises, und nun müssen wir es erleben, daß in der Presse die Nachricht kommt, daß der Kaliprois erhöht werden soll, und zwar nicht weniger als 30 Proz. des jetzigen Preises. Das wäre unerhört. Die Kaligesellschaften begründen nach einer Notiz, die mir zugeschickt worden ist, ihren Preisaufschlag damit, daß die Werke zurzeit nicht mehr rentabel sein sollen, sie können nicht mehr voll ausgenützt werden. Aber das Bestreben der Kalikonzerne ging dahin, große Werke auszubauen und die Leistungsfähigkeit zu steigern, und jetzt haben sie natürlich nicht genügend Absatz und damit, sagen sie, sei die Unrentabilität in dem Kaliwerk gegeben. Auf der anderen Seite wird mir aber auch versichert, daß insbesondere durch die ungeheueren Kapitalanlagen, die in den Bauunternehmungen in der Errichtung von Großbetrieben gemacht werden, dazu beitragen. Die Hauptschuld an der Unrentabilität der Kaliwerke soll aber auch der Ankauf von Quoten sein, die so teuer bezahlt worden seien, daß die stillgelegten Werke ganz gut ihre Dividenden ausschütten könnten, vielleicht besser, wie wenn sie im Betrieb wären. Wenn dem so wäre, dann glaube ich, müssen wir uns auch von hier aus mit aller Entschiedenheit dagegen wehren, um so mehr, weil wir ja in Baden selbst an dem Kaliwerk in Buggingen beteiligt sind, und weil wir an dem großen Krügerhallkonzern beteiligt sind. Ich sage nochmals, es wäre das sehr bedauerlich, wo doch aus Staatsmitteln dafür gesorgt wurde, daß der Kali im eigenen Land erschlossen wird. Wir haben ganz gerne einer Anleihe zugestimmt und haben immer die Mittel bewilligt, und es war große Freude, besonders in landwirtschaftlichen Kreisen, als man wieder Kali im eigenen Lande hatte, wie wir ihn früher im Elsaß in der Nähe gehabt haben. Wenn dazu natürlich jetzt die Preiserhöhung kommen würde und auf der anderen Seite auch die Frachtbasis nicht geändert wird, dann bin ich der Meinung, müssen wir erst recht einsetzen, um wirklich möglichst bald die Frachtbasis für uns in Baden zu erreichen, selbst mit Hilfe des Reichstags und des Reichsrats, damit auf die Kaligesellschaften eingewirkt wird, damit wenigstens einigermaßen der Aufschlag dadurch ausgeglichen wird, daß wir wieder eine günstigere Frachtbasis bekommen, wie wir sie früher gehabt haben, solange die Werke im Elsaß für uns zugänglich waren.

Dann möchte ich noch einen Wunsch dem Herrn Minister des Innern unterbreiten, der mir erst in den letzten Tagen in einer Sitzung von seiten der Winzer mitgegeben worden ist. In Kreisen der Winzer findet nach und nach der Gedanke, sich gegen Hagel versichern zu können, immer mehr Anklang. Die Winzer weisen jedoch auf die Prämiensätze hin, die von ihnen verlangt würden und sagen, bei diesen Prämien sei es ein Ding der Unmöglichkeit, daß sie sich versichern könnten. Ich bin gebeten worden, dem Herrn Minister die Bitte zu unterbreiten, es möge doch erwogen werden, ob es nicht möglich wäre, mit der Norddeutschen Hagelversicherungsgesellschaft — mit der wir ja einen Vertrag schon abgeschlossen haben — vielleicht aufs neue zu verhandeln und zu versuchen, ob sie nicht dafür zu gewinnen wäre, die Winzer zu einem billigeren Prämiensatz zu versichern. Ich glaube, dem Wunsche könnte ganz leicht Rechnung getragen werden, und ich meine, es sollte, wenn irgendwie möglich, schon dem nächsten Landtag vielleicht ein neues Gesetz vorgelegt oder nötigenfalls das alte Gesetz nach der Richtung hin erweitert werden, daß es auch den Weinbauern ermöglicht wird, ihre Jahreserträge zu versichern.

Als wir vor jetzt zwei Jahren die damalige Landwirtschaftsdebatte führten, wurde von den Rednern aller Parteien jeweils am Schluß ihrer Ausführungen dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß es der Landwirtschaft in der nächsten Zeit besser gehen solle. Leider sind diese Wünsche nicht in Erfüllung gegangen. Heute hat nun der Herr Kollege Klaiber — und zwar mit einem gewissen Recht — die Aussichten, die für unsere Landwirtschaft, insbesondere mit Bezug auf die heurige Ernte, bestehen, als sehr trübe dargestellt. So ganz möchte ich dem nicht zustimmen. Ich möchte doch der Hoffnung Ausdruck geben, daß immer noch der alte Herrgott lebt; ich möchte hoffen, daß es vielleicht in der nächsten Zeit — insbesondere dann, wenn die Witterung sich etwas besser anläßt — dennoch sich zum Besseren wende, damit die Landwirtschaft wenigstens auch einernten kann, was sie mit so vielem Fleiße gebaut hat. Ich bin der Meinung: Auch wenn die Zeiten und die Verhältnisse fast zum Verzweifeln sind, dürfen wir in der Landwirtschaft die Flinte dennoch nicht ins Korn werfen!

Immer noch habe ich die Hoffnung, es werde so nach und nach auch bei den gesetzgebenden Körperschaften sich die Einsicht durchringen, daß in der Zukunft für den Landwirt andere Bedingungen und Voraussetzungen seiner Existenz gegeben sein müssen, als es in der Vergangenheit der Fall war. Sollte das erreicht werden, dann, glaube ich, dürften wir wiederum mit neuem Gottvertrauen an die Arbeit gehen und uns dabei der Hoffnung hingeben, daß für uns in der Landwirtschaft doch wieder bessere Zeiten eintreten werden und daß die Landwirtschaft auch wieder einmal, so wie das früher war, rentabel werden wird. Ist sie das, dann wird die Landwirtschaft wieder ihre Kaufkraft erhalten — und dann wird nicht nur innerhalb unserer Landwirtschaft, sondern in unserer gesamten deutschen Wirtschaft, so Gott will, die Lage sich bessern (Beifall).

Im Verlauf obiger Ausführungen hat Präsident Dr. Baumgartner den Vorsitz wieder übernommen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Abg. **Ritter** (Komm. P.):

Gegenüber den Debatten über die Landwirtschaft, wie sie auf früheren Landtagssessionen stattfanden, weist die jetzige einen wesentlichen Unterschied auf. Während von seiten einzelner Parteien bei jenen früheren Debatten schwere Attacken gegeneinander geritten wurden — Landbund gegen Zentrum umgekehrt; Deutsche Volkspartei gegen das Zentrum und ebenso umgekehrt; hie und da auch einmal Demokraten —, scheinen diese Gegensätze, die zwischen den Parteien bestanden, bei der jetzigen Landwirtschaftsdebatte vollständig verschwunden zu sein (Abg. Rückert: Vorhin hat man es gemerkt! Heiterkeit). Vielleicht noch bei der einen Frage, wobei es sich um den Herrn Klaiber und seine Äußerungen gegen das Zentrum, betreffend die Landwirtschaftskammer handelt! Im Laufe der Zeit wird aber der Herr Abg. Klaiber schon verspüren, daß der Reiter auf seinem Rücken stärker ist, ihm schärfere Zügel anlegen wird, so daß er nicht mehr ausbricht (Zuruf rechts). Wenn man in der Deutschnationalen Fraktion unter sich ist, dann wird der Fraktionsvorsitzende ihm die Zügel anlegen (Abg. Klaiber: Haben Sie keine Sorge! Das machen wir, wie wir wollen), daß er Trab und nicht mehr Galopp reitet (Erneuter Zuruf des Abg. Klaiber).

Wenn ich nun die Frage nach den Ursachen für die Beseitigung dieser — ich will einmal sagen parlamentarischen Gegensätze aufwerfe, so läge es nahe, anzunehmen, daß die Landwirtschaft besser gestellt ist und daß es den kleinen Landwirten besonders besser ginge als früher. Das wird aber wohl niemand im Ernste behaupten wollen; gerade eben hat ja noch der Herr Abg. Weißhaupt erklärt, daß es der Landwirtschaft noch nicht besser geht, sondern daß man von seiten der Regierung alles daran setzen müsse, daß dieser Landwirtschaft geholfen werde, damit ihre Existenz eine bessere werde. Die Existenz der Landwirtschaft ist also, wie daraus hervorgeht, besonders, soweit die kleine Landwirtschaft in Baden in Frage kommt, heute noch eine ebenso schlechte, wie sie es vor einem Jahr und vor zwei Jahren gewesen ist; sie hat sich noch nicht gebessert. Dagegen ist die Art der Interessenvertretung, wie sie hier im Landtag von seiten der einzelnen Parteien zum Ausdruck gebracht wurde, scheinbar vollständig verschwunden (Zuruf rechts). Das hat aber, wie ich eben ausgesprochen habe, seine Ursachen nicht etwa darin, daß es der Landwirtschaft besser geht, sondern darin, weil geplant ist — und aller Wahrscheinlichkeit nach wird das ja auch Wirklichkeit werden —, eine „Verbreiterung der Regierung" vorzunehmen (Ruf rechts: Aha!). Deutsche Volkspartei und Demokraten werden mit Zentrum und Sozialdemokraten gemeinsam eine Regierung machen (Rufe vom Zentrum und Heiterkeit). Selbstverständlich müssen da alle Gegensätze, die die Zeit her bestanden haben, in der Interessenvertretung der verschiedenen Richtungen zurücktreten, um der Regierungsbildung willen, um des Kuhhandels willen (Rufe vom Zentrum und von rechts — Glocke des Präsidenten).

Präsident Dr. **Baumgartner** (unterbrechend):

Herr Abgeordneter Ritter! Das gehört in die allgemeine politische Debatte: Jetzt aber sind wir in der Spezialdebatte, und zwar soll zum Titel „Landwirtschaft und Ernährung" gesprochen werden.

Abg. **Ritter** (fortfahrend):

Ich sagte ja: Die Debatten früherer Landtagssessionen über Landwirtschaft sind anders gewesen; sie sind für die Interessen der Kleinlandwirtschaft geführt worden und sie wurden von ganz anderen Gesichtspunkten geführt, als das jetzt der Fall ist (Zuruf vom Zentrum: Seien Sie doch froh, wenn die Leute sich verständigen!). Nein, das ist nach unserer Auffassung keine Verständigung um die Interessen. Denn nach unserer Auffassung geht diese Verständigung bei den verschiedensten Parteien eben nicht in der Richtung auf das Ziel, die Interessen der Landwirte, besonders der kleinen Landwirte hier besser zu vertreten, sondern die „Gemeinschaft" der Koalition ist der beste Beweis dafür, daß der Zusammenschluß nur vollzogen wird, um schärfer gegen die Arbeiterklasse und um auch schärfer gegen die kleinen Landwirte vorgehen zu können (Zuruf des Abg. Dr. Schofer). Das beweist ja auch die Politik, wie sie im Reichstag besonders in Zollfragen gemacht wird.

Nun haben wir ja in Baden 75 bis 80 000 Kleinbauernbetriebe mit höchstens 2 bis 3 ha Land: Wenn man draußen mit diesen kleinen Landwirten über den Zweck, den der Schutzzoll für die Landwirtschaft haben soll, spricht, dann sagen einem diese Kleinbauern, daß sie natürlich kein Interesse an diesem Schutzzoll haben, weil sie nicht den geringsten Nutzen davon verspüren. Im Gegenteil, diese kleinen Landwirte werden von den Schutzzöllen sehr hart betroffen. Wir haben in Deutschland über drei Millionen Hektar Ödland oder Brachland, also Land, das noch zu kultivieren ist. Dabei wird auf der einen Seite fortwährend zum Ausdruck gebracht, daß wir in Deutschland nicht in der Lage wären, uns selbst zu ernähren, weil die Voraussetzung des guten und ausreichenden Bodens fehle: auf der andern Seite sagt man — so zum Beispiel der Herr Abg. Klaiber —, es bestehe wohl die Möglichkeit, daß das deutsche Volk sich selbst ernähren kann. Was nun die Kreise um den Herrn Klaiber herum anbelangt, so weiß ich nicht, wann und wo sich gerade diese Kreise dafür eingesetzt haben, daß diese Ödlandfläche in einer Ausdehnung von drei Millionen Hektar so rasch als möglich kultiviert und zunächst einmal so rasch als möglich denjenigen zugängig gemacht wird, die gewillt sind, aus diesen großen Strecken Ödland in Deutschland guten Boden zu machen? Da sind aber gerade die Kreise um den Herrn Abg. Klaiber herum nicht so sehr interessiert an der Urbarmachung dieses Grund und Bodens! (Unruhe — Glocke des Präsidenten). Auch während der Debatten, die heute früh hier gehalten worden sind, kam wieder einmal zum Ausdruck, daß wir soviele Arbeitslose in Deutschland haben; es wurde von annähernd zwei Millionen gesprochen.

Die Regierung hat jetzt ein Programm für die Arbeitsbeschaffung herausgegeben. An die praktische Durchführung dieses Arbeitsprogramms jedoch glauben wir Kommunisten nicht. Ich vermute: Wir werden schon im Spätjahr in der Lage sein, hier in diesem Landtag festzustellen, daß man wieder einmal den Versuch gemacht hat, im Hinblick auf die ansteigende Erwerbslosigkeit den Massen der Erwerbslosen durch dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm Sand in die Augen zu streuen. Wir werden das später in diesem Landtag feststellen. Wenn man aber ernstlich an die Frage der Urbarmachung dieses Ödlandes von Staats wegen herantreten wollte mit den nötigen Zuschüssen, den nötigen Krediten, dann könnte man auch die Arbeiter, die Erwerbslosen, die man dabei verwenden müßte, anständig entlohnen, dann wäre die Arbeit keine Arbeit vielleicht von Jahrzehnten, sondern wenn man mit Hochdruck darangehen würde, dann wäre es eine Arbeit, die in Bälde erledigt werden könnte, und dann wäre dem deutschen Volke etwas geholfen. Hätte man die Diskussionen, die man über diese Frage seit 1918 führt, in die Tat umgesetzt, hätte man diesen vielen Reden, die im Parlament über die Urbarmachung von Ödland in Deutsch-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Ritter [Komm. P.])

land gehalten worden sind, Taten folgen lassen, dann könnten wir heute schon soweit sein, daß von diesen 3 Millionen Hektar Ödland schon eine größere Anzahl von Hektaren kultiviert wäre, also ein Vorteil und ein Nutzen bereits verspürbar wäre. Auf der anderen Seite hätte sich die Erwerbslosenunterstützung, die bezahlt werden muß, in gutes Kapital für das Volk angelegt.

Aber man geht an diese Dinge nicht heran, die Gegensätze, die vorhanden sind, die Widerstände, die das Großagrariertum in Deutschland dem entgegensetzt, sind zu stark. Scheinbar sind diese Herren so stark, daß sich alle übrigen Parteien des Reichstags gar nicht wagen, an diese Frage ernstlich heranzugehen; man sucht nur einen Ausweg, und dieser Ausweg soll sein „Schutz der nationalen Arbeit", wie Herr Sack es zum Ausdruck gebracht hat: Schutz der nationalen Arbeit. Auch in der Industrie sagt er: Schutz der nationalen Arbeit! — mit anderen Worten: Schutz auch den nationalen Arbeitern! Die Arbeiter verspüren diesen „nationalen Schutz", die annähernd 2 Millionen Erwerbslosen verspüren diesen „nationalen Schutz", den dieser Staat ihnen angedeihen läßt, und viele, viele tausende und zehntausende Kleinhandwerker und Kleinbauern in Deutschland verspüren diesen „nationalen Schutz" ebenfalls, und zwar insofern, als diese Millionen Erwerbslosen in Deutschland tatsächlich eine Hungerexistenz führen müssen und die vielen Tausende kleiner Existenzen es nach und nach aufgeben müssen, noch einmal eine bessere Zeit für sich herankommen zu sehen.

Ich habe schon beim Innenministerium die Zollfrage anschneiden wollen, wurde aber auf später verwiesen. Wir haben jetzt die Landwirtschaftsdebatte, und es wurde zugleich auch über Zölle gesprochen. Es soll ein Handelsvertrag mit Schweden zustande kommen. Da haben sich die verschiedensten Parteien — natürlich muß das Zentrum, weil es im Reichstag für die Zölle eintritt, auch hier im Landtag dafür eintreten; das ist eine Selbstverständlichkeit! — da haben sich die verschiedenen Parteien, auch das Zentrum im Reichstag über diese Fragen unterhalten, und zwar sagt man, wie Herr Sack schon ausgeführt hat: „Schutz der nationalen Arbeit!" Man sagt weiter: an der Lebenshaltung des deutschen arbeitenden Volkes werden diese Schutzzollerhöhungen nicht das geringste ausmachen.

Ich habe hier einen kurzen Bericht aus dem „Berliner Tageblatt". Dieses Blatt hat sich der Mühe unterzogen einmal festzustellen, wie der Index für Lebens-, Futter- und Genußmittel seit Januar 1926 gestiegen ist. Ich glaube, einen besseren Beweis kann man nicht erbringen für die Steigerung dieser Lebenshaltungskosten. Im Januar 1926 hat der Index für diese drei Gebiete betragen 110,7 Proz., im Februar 109,5 Proz., im März 112,5 Proz., im April 117,7 Proz., im Mai 118,8 Proz., im Juni 120,7 Proz., am 30. Juni, also Ende des Monats, 121,7 Proz. und am 7. Juli 1926 123,9 Proz. Also für Lebens-, Futter- und Genußmittel ist seit Januar 1926 eine Steigerung um 13,2 Proz. eingetreten. Und da behauptet man von seiten der Zentrumspartei und auch der Deutschnationalen und auch des Landbundes, es sei eine Verbilligung eingetreten! Das sagt man, um der Masse Sand in die Augen zu streuen, damit sie diese Schutzzollpolitik der reaktionären Parteien nicht einer scharfen Kritik unterziehe. Es ist selbstverständlich, daß, sobald ein Land Schutzzollmauern um sich legt, dadurch die Preise im Inland steigen müssen. Und das ist der Schutz, den die bürgerlichen reaktionären Parteien dem Großagrariertum, der Schwerindustrie geben; das ist der Schutz ihrer Preise gegen irgendwelche billigere Ware, die vom Ausland ins Inland kommen könnte! Es ist nicht etwa der Schutz der kleinen Leute. Die kleinen Leute leiden schwer unter den Lasten, die diese ganze Schutzzollpolitik durch die Teuerung mit sich bringt.

Es ist doch eine feststehende Tatsache, und es ist auch hier im Landtag wiederholt zum Ausdruck gebracht worden, daß heute Getreide im Ausland sehr viel billiger zu haben ist als in Deutschland selbst. Die letzten Nachrichten lauten sogar dahin, daß in Argentinien Getreide verfeuert wird, wie es auch vor zwei Jahren und sogar während des Krieges der Fall gewesen ist. Ich will die Dinge, die während des Krieges gewesen sind, ausschalten. Aber nach dem Krieg, wo die Möglichkeit bestanden hat, Getreide wieder nach Deutschland einzuführen, und zwar billigeres Getreide, da hat eben der Großagrarier in Deutschland gesagt: Wenn dieses billige Getreide hereinkommt, dann werde ich auch mit meinen Preisen heruntergehen müssen, werde ich meine Produkte billiger verkaufen müssen, und das bedingt weniger Profit, und dann kann ich nicht mehr so viel in meinen Geldschrank hineintun wie in der verflossenen Zeit; deswegen legt man Zollmauern um Deutschland herum — und der Schutz für den nationalen Geldsack ist dadurch gegeben.

Wenn der Handelsvertrag mit Schweden in Kraft tritt, wird in den Preisen der verschiedensten Lebensmittel, wie Getreide und andere landwirtschaftliche Produkte, eine wesentliche Änderung eintreten. Im vorigen Jahre wurde im Reichstag schon die Zollerhöhung beschlossen. Infolge des Sturms, auch auf seiten der Zentrumsarbeiter, hat damals die Zentrumspartei etwas nachgeben müssen, und sie ist im Reichstag dafür eingetreten, daß der Satz, der von der Regierung vorgeschlagen war, nicht angenommen werde, sondern ein niedrigerer. Die Preiserhöhung wird sich so gestalten: Bei Roggen z. B. wird der Doppelzentner um 3 M. teurer werden, bei Weizen ebenfalls um 3 M., bei Braugerste um 2 M., bei Futtergerste um 4 M., bei Reis um 1,50 M., bei Malz um annähernd 6 M., und so geht es weiter, bei Büchsenmilch z. B. um 35 M. Diese ungeheuere Verteuerung dieser Produkte wird eintreten. Es ist natürlich und selbstverständlich, daß die Verteuerung dieser Waren nicht vom Großagrarier und auch nicht vom Großlandwirt getragen, sondern auf die Preise geschlagen wird; der Konsument, der diese Waren kaufen muß, hat eben die Last zu tragen, während der Großagrarier diese Zölle in seine Tasche steckt. Herr Dr. Mattes hat es gestern sogar fertiggebracht zu erklären, das Fleisch sei billiger geworden, das heißt billiger für den Händler, der es draußen bei den Bauern kauft. Ich weiß nicht, inwieweit diese Rechnung stimmt; aber das Fleisch in der Stadt, das der Konsument kaufen muß, ist nicht billiger, es ist vielmehr noch sehr bedeutend teurer als in Friedenszeiten, ja, es ist sogar heute so teuer, daß es in Deutschland vorkommt, nicht in Rußland, verehrte Herren von der Zentrumspartei, sondern in Deutschland, daß Kadaver, die vergraben worden sind, von Hungernden ausgegraben und verzehrt wurden (Abg. Dr. Engler: Machen Sie doch keine solche Sachen, schämen Sie sich! — Glocke des Präsidenten — Präsident Dr. Baumgartner: Herr Abgeordneter Ritter, jetzt bitte ich Sie aber, zum Thema endlich zurückzukehren; wir sind bei der bad. Landwirtschaft und bei nichts anderem!). Jawohl, es sind sehr viele Ausführungen heute früh gemacht worden in der Landwirtschaft über die Zölle, über die internationalen Zusammenhänge usw.

Das mit den Kadavern ist keine Lüge, es ist in Waldfischbach bei Pirmasens geschehen, und die Leute wurden noch vor Gericht geschleppt, sie wurden noch angezeigt, mußten natür-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Ritter** [Komm. P.])

lich freigesprochen werden, weil sie nachgewiesen haben, daß nur noch die Möglichkeit bestanden hat, sich auf diese Weise die Nahrung zu beschaffen (Abg. Obkircher: Wann war das?). Das war gestern in den Zeitungen gestanden, Herr Abg. Obkircher. Lesen Sie es doch nach (Zuruf: In welcher Zeitung?). Und die Verhandlung war vorgestern gewesen in Pirmasens, sie können es dort nachlesen.

Und nun behauptet man, das Fleisch sei billiger geworden. Wenn man den Schutz der nationalen Arbeit gewährt, dann besteht die Möglichkeit in der Landwirtschaft, daß man diese landwirtschaftlichen Produkte im Laufe der Zeit in ihren Preisen reduzieren kann. Aber die Entwicklung zeigt etwas anderes an. Solange man dafür ist und auch im Reichstag beschließt, wie ja besonders die Zentrumspartei immer dafür eintritt, daß die Zölle erhöht werden, ist natürlich an eine Herabminderung der Preise für Fleisch nicht zu denken. Das Gegenteil wird eintreten, wie das Gegenteil eintritt bei allen anderen Waren, die durch erhöhten Zollschutz durch Reichsgesetze belegt werden. Deswegen sagen wir, es ist vollständig falsch, wenn die Parteien sich hier hinstellen und erklären, daß durch die Zollschranken, die gelegt werden, die nationale Arbeit geschützt werde. Das Gegenteil ist der Fall. Es ist zum großen Teil mit schuld, daß der deutsche Außenhandel nicht wieder in Fluß kommt, denn durch die Anlegung von Zollgrenzen schließen sich doch die anderen Staaten auch wieder ab, und wenn ein Staat irgendwelche Zollschranken errichtet, dann macht der andere Staat um so höhere Zollschranken, und dadurch wird der ganze Handel und Wandel mit dem Ausland lahmgelegt. Das sind die Folgen, die daraus entstehen aus der Zollpolitik, und die ganzen Lasten, die daraus entstehen, müssen getragen werden von den breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung, wie in jedem einzelnen Lande, so auch in Deutschland. Diese Schichten werden durch diese Zollsätze, die festgelegt werden, noch mehr belastet und noch mehr ausgebeutet und Sie als bürgerliche Parteien tragen die Verantwortung für diese Mehrbelastung und Mehrausbeutung der Arbeiterklassen durch diese Zollschranken.

Es wurde auch gesagt und zwar durch den Herrn Abg. Weißhaupt, daß das Kali in Deutschland zu teuer ist, und daß diese Kaligesellschaften sehr hohe Dividenden verteilen, ganz unsere Meinung. Auch wir haben die Auffassung. Es gibt aber keine Industrie in Deutschland wie gerade die Kaliindustrie, in der die Rationalisierung so stark durchgeführt ist, wie eben in dieser Kaliindustrie. In der gesamten Kaliindustrie sind bereits 50 Proz. der gesamten Belegschaften entlassen. Sie arbeiten also heute mit 50 Proz. weniger Arbeitskraft (Präsident Dr. Baumgartner: Herr Kollege, wir haben nunmehr mit der Landwirtschaft unmittelbar nichts mehr zu tun; die Beschäftigung in der Kaliindustrie gehört wirklich nicht mehr hierher!).

Der kleine Landwirt will heute billiges Kali haben (Präsident Dr. Baumgartner: Diese Frage ist jetzt erledigt!). Wenn aber die Kaliindustrie an eine Verbilligung des Kali nicht denkt, dann muß man natürlich dem kleinen Landwirt sagen, was die Ursache der Verteuerung dieses Kali ist. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Ich glaube, das muß jeder Mensch begreifen. Der kleine Landwirt hängt doch heute vom Kalidünger ab. Das ist die einzige Möglichkeit für den kleinen Landwirt, billigen Kalidünger zu erhalten, damit er noch einigermaßen seine Existenz fristen kann. Aber dieser ungeheure Preis, der heute verlangt wird von diesen Gesellschaften, ist himmelschreiend und keine Regierung findet sich, die hier staatlich einschreitet, trotzdem diese Gesellschaften sehr hohe Dividenden verteilen und tausende von Arbeitern auf die Straße geworfen haben. Wer sind die Interessenvertreter dieser Kunstdüngerproduktion und Kunstdüngerproduktionsstätten; wer sind die Interessenvertreter? Das sind wiederum die bürgerlichen Parteien mit dem Zentrum, die die Interessen dieser Kaligesellschaften vertreten. Diese Parteien haben keine Ursache zu erklären und zu jammern, daß die Preise herabgesetzt werden sollen, wenn sie nicht dafür eintreten, daß an der Stätte der Urproduktion dieser Kunstdünger einmal Remedur geschaffen wird und dort dafür eintreten, daß die Preise verbilligt werden.

Es wurde schon angeführt: Neben dieser allgemeinen Belastung durch die Zölle usw. hat natürlich auch die Landwirtschaft, besonders in Baden, sehr stark unter den Steuerlasten zu leiden. Man kommt in kein Dorf heute in ganz Baden, wo nicht ein, zwei, drei oder mehrere Fälle von Pfändungen vorgekommen sind, wo nicht die Bauern sagen, es ist eine Unmöglichkeit, die Lasten, die uns auferlegt worden sind, noch länger zu tragen. Zwangspfändungen in großem Maßstabe sind vorgekommen. Auf der anderen Seite bei den Großgrundbesitzern, die wir ja auch in Baden haben, geht man mit solchen Mitteln nicht vor, trotzdem dort feststeht, daß sie auf Grund der besseren Bewirtschaftung ihres Grund und Bodens, auf Grund der besseren Ausnützung ihres Bodens zufolge der technischen Hilfsmittel, auf Grund der Wissenschaft heute viel mehr verdienen wie der kleine Mann. Man merkt nicht, daß diese Mehrprofite, die dort drüben herausgeholt werden, von dem Staat hinweggesteuert werden. Das Gegenteil ist sogar der Fall. der Großgrundbesitzer wird in Deutschland so gut und so viel wie möglich geschont.

Ich wollte also lediglich in meinen Ausführungen feststellen: Die Politik, die man hier im Landtag auch wiederum während der Landwirtschaftsdebatte gemacht hat, hat zwar nicht mehr versucht, sich gegenseitig alle möglichen liebenswürdigen Worte zu sagen, sondern hat sich mehr darauf beschränkt, Hoffnungen zu geben, die durchaus für den kleinen Landwirt gar keine Bedeutung haben (Abg. Klaiber: Ach, herrje, Herr Ritter, was Sie da sagen!). Für den kleinen Landwirt hat heute nur Bedeutung, Herr Klaiber, daß man ihm erstens einmal mehr Grund und Boden und billigen Boden gibt und zweitens, daß man ihm billige Düngemittel zur Verfügung stellt und drittens, daß man ihm daneben von der ungeheuren Steuerlast, die ihm der Staat auferlegt hat, zum Teil befreit. Wenn man über diese drei Fragen spricht und dann auch zur Tat übergeht und nachträglich zeigt, daß man das durchführen will, dann erst hat man ein Recht zu sagen, daß man für die Interessen der kleinen Landwirte eintritt. Redet man aber nur von diesen Dingen und tut nichts, dann haben diese bürgerlichen Parteien gar kein Recht zu sagen, daß es diesen kleinen Landwirten schlecht gehe und man helfen müsse. Das waren dieselben Worte wie vor einem Jahre und sind heute noch dieselben Worte. Wir betonen bei dieser Debatte, daß es den kleinen Landwirten nur dann besser gehen kann, daß sie nur dann eine bessere Existenz bekommen, wenn sie mit uns Kommunisten und mit der Arbeiterklasse den Kampf um ihre Existenz führen.

Der Präsident gibt folgenden inzwischen eingekommenen Antrag auf Schluß der Debatte der Abg. Martloff, Haas, Dr. Engler bekannt.

Der Antrag wird mit 22 gegen 16 Stimmen angenommen.

Der Präsident ruft auf § 1: Staatszuschüsse an die Landwirtschaftskammer.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Präsident Dr. **Baumgartner**)

Hier liegt ein Antrag der Abg. Ritter, Lechleiter, Schreck vor: „§ 1a wird gestrichen".

Der kommunistische Antrag wird mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Damit ist die Position 1a genehmigt.

§ 1b findet keinen Widerspruch.

Der Präsident ruft auf: II. Landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg, §§ 2 bis 8 und erklärt sie für angenommen.

Ebenso III: Landwirtschaftliche Beratung, §§ 9 bis 14; wie auch IV.: Landwirtschaftsschule Hochburg, §§ 15 bis 18. Von § 18 ist 1 und 2 bereits vorweg bewilligt.

Ebenfalls unbeanstandet angenommen wird V: Landwirtschaftsschule Augustenberg, §§ 19 bis 22. Von § 22 ist lit. e 1 und 2 vorweg bewilligt.

Der Präsident ruft auf: VI. Weinbauinstitut Freiburg.

Hierzu erhalten das Wort

Abg. **Hertle** (Bürgerl. Ver.):

Was die Einrichtung des Weinbauinstituts in Freiburg und insbesondere die Rebveredelungsanstalt in Durlach betrifft, möchte ich sagen, daß das Einrichtungen sind, die heute sehr zu Nutz und Frommen des Weinbaues beitragen. Eine Bitte aber hätte ich an die Regierung zu richten, daß von den Reben, die in Durlach veredelt werden, mehr in das badische Hinterland verbracht werden, um auch dort den Weinbau zu heben. Es ist Tatsache, daß die meisten Hänge dahinten öd und leer liegen.

Präsident Dr. **Baumgartner**:

Herr Kollege Hertle, das geht nicht. Jetzt sind wir in der speziellsten Debatte zu einer einzelnen Position Weinbauinstitut Freiburg. Da hätten Sie sich zur Generaldebatte melden müssen. Sie haben sich aber auf der Liste streichen lassen (Abg. Hertle: Freilich habe ich mich streichen lassen, ich wollte die Debatte nicht verlängern!). Ich kann es unmöglich zugeben, sonst muß ich bei jeder einzelnen Position die Debatte wieder eröffnen lassen.

Die aufgerufenen §§ 23 bis 27 finden keinen Widerspruch.

Ebenso VII.: Sonstige Förderung der Landwirtschaft §§ 28 bis 30.

Der Präsident ruft auf: VIII. Förderung der Rindvieh- und Pferdezucht, § 31 bis 37 und erklärt sie für angenommen.

Zu § 38, Zuwendungen an die bad. Rennvereine, liegt ein Antrag der Abg. Ritter u. Gen. vor: „§ 38 wird gestrichen".

(Abg. Schreck: Ich möchte den Antrag begründen!)

Präsident Dr. **Baumgartner**:

Der Antrag ist genug begründet worden in der allgemeinen Debatte, wir können unmöglich wieder in die allgemeine Debatte eintreten (Abg. Schreck: Ich kann doch das Wort nehmen, lediglich zu § 38. Ich sehe die Aufregung gar nicht ein!). Das ist keine Aufregung. Ich habe die Pflicht, dafür zu sorgen, daß der Antrag auf Schluß der Debatte, der für die allgemeine Debatte gestellt worden ist, auch wirklich eingehalten wird.

Das Wort erhält

Abg. **Schreck** (Komm. P.):

Die Rennvereine sind eine Einrichtung, die nur einer kleinen Schicht des deutschen Volkes zugute kommen. In Deutschland hat ein großer Teil der Bevölkerung, auch in Baden, kein Interesse an diesen Rennvereinen. Nun ist auch dadurch, daß das Militär in Deutschland nicht mehr im alten Ausmaße besteht, und daß auch die Verkehrseinrichtungen weiter gediehen sind, als er in vergangenen Jahrzehnten gewesen ist, das Hauptinteresse am Pferdesport und an der Pferdezucht verloren gegangen. Man arbeitet in der Landwirtschaft mit Maschinen und hat nicht mehr das Interesse an der Pferdezucht, wie das ehemals der Fall war. Ich bin also der Auffassung, daß die Zucht von Rennpferden wenig Zweck hat, und daß die Rennen nur ein Schauspiel sind, das den oberen Zehntausend als ein Nervenkitzel vorgeführt wird und nicht im Interesse irgendwelcher produktiven Wirtschaft liegen. Da nun Deutschland so kolossal verarmt ist und hier während der Etatberatung von allen Seiten die Notlage aller Volkskreise betont worden ist, die Notlage der Erwerbslosen, der Landwirtschaft usw., und alle Parteien dieses Hauses hier behauptet haben, daß sie dieser Not weitestes Verständnis entgegenbringen und alle Mittel und Wege einsetzen werden, um dieser Not abzuhelfen, so sind wir der Auffassung, daß diese Gelder, die hier dem Staate entzogen werden, die angewandt werden im großen ganzen für die Rennpferde, besser verwendet werden könnten, wenn man diesen Rennsport aufgibt und das Geld für andere Zwecke, zur Fürsorge für die kleinen Kinder usw. verwendet. Wir sagen, dieser § 38 ist hier im Etat eingesetzt, um denjenigen, die in Deutschland nichts arbeiten, auf die Dauer einen Nervenkitzel erhalten zu können.

Aus diesem Grund haben wir den Antrag auf Streichung gestellt. Wir sind der Auffassung, daß alle diejenigen, die von der deutschen Not geklagt haben, die wirklich der Auffassung sind, daß in Deutschland die Not gelindert werden muß, und alle verfügbaren Mittel, die in Deutschland da sind, für die Verbesserung der Notlage der Menschheit angewendet werden müssen, unserem Antrage zustimmen. Wir sind weiterhin der Auffassung, daß, wenn sie das nicht tun, sie damit dokumentieren, daß sie es mit der Linderung der Not des deutschen Volkes nicht ernst meinen, daß sie wiederum nur Worte gebraucht haben, denen keine Taten folgen (Zuruf bei den Sozialdemokraten). Das werden Sie bei der Abstimmung beweisen müssen.

Der kommunistische Antrag wird mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Die Position ist damit genehmigt.

Der Antrag des Haushaltsausschusses (118c II) folgenden Zusatz zur Fußnote des § 38 beizufügen:

> Den Rennvereinen werden 85 v. H. der aufkommenden Totalisatorsteuer überwiesen.
>
> Die Position mit 160 000 RM. darf insoweit überschritten werden.

wird mit allen gegen 3 Stimmen angenommen.

Der Präsident ruft auf § 39: Aufwand für die Hufbeschlagschulen.

Hierzu liegt der Antrag der Abg. Seubert u. Gen. vor (Drucks. Nr. 118 e II [1]):

> „Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, in Offenburg eine Hufbeschlagschule zu errichten."

(Präsident Dr. Baumgartner)

Der Antrag wird mit 16 gegen 18 Stimmen bei 19 Enthaltungen abgelehnt.

§ 39 wird einstimmig genehmigt.

Der Präsident ruft auf

IX: Rindviehversicherung. § 40 bis 46 werden ohne Widerspruch angenommen.

Ebenso X: Tierhygienisches Institut Freiburg. § 47 bis 51.

Der Präsident ruft auf

XI: Staatszuschuß an den Hagelversicherungsfonds. § 52.

Hierzu erhalten das Wort

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Bürgerl. Ver.):

Ich wollte nur die Frage an die Regierung richten, ob sie glaubt, daß angesichts der furchtbaren Hagelschäden, die in diesem Jahre über unser Land hergegangen sind, diese Position genügen wird.

Minister des Innern Remmele:

Diese Position wird nicht genügen. Die Regierung ist sich darüber klar, daß sie mit einer Nachtragsforderung im nächsten Winter dem Landtag wird mitteilen müssen, was sie darüber hinaus ausgegeben hat. Es sind eingehende Erhebungen über die Schäden im Gange. Die Regierung ist der Meinung, daß sie nach der Stimmung des Landtags durchaus richtig handelt, wenn sie über die Position hinaus Ausgaben auf dem Gebiet macht und um nachträgliche Zustimmung des Landtags ersucht.

§ 52 wird einstimmig genehmigt.

Der Präsident ruft auf

XII: Versendungskosten, Fernschreib- und Fernsprechgebühren. § 53 findet keinen Widerspruch.

Gegen die Zusammenstellung erfolgt kein Widerspruch.

B. Außerordentlicher Etat. § 1.

Der von den Abg. Ritter und Gen. gestellte Antrag auf Strich dieser Position § 1 und 2 ist zurückgezogen. § 1 bis § 9 werden ohne Widerspruch angenommen.

Der ganze Titel XVII wird mit allen Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Der Antrag des Haushaltsausschusses

„Der Landtag wolle beschließen, den Antrag der Abg. Bock und Gen., Drucksache Nr. 112 abzulehnen."

Der Antrag Nr. 112 lautet:

Maßnahmen gegen die Notlage landwirtschaftlicher Familienbetriebe.

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen:

1. sämtliche Parzellenpachtsätze auf 80 Proz. der Vorkriegspacht und die Pachtdauer auf mindestens 12 Jahre festzusetzen;
2. bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß Pfändungen und Zwangsversteigerungen auf Grund rückständiger Steuerschulden und Pachtzinsen bei bäuerlichen Familienbetrieben, die infolge des allgemeinen Kapitalmangels, der hohen Zinsen, der Wirtschaftskrise oder besonderer Unglücksfälle in Not geraten sind, verboten werden;
3. bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß bäuerlichen Kleinbetrieben, die von der Notlage am schwersten betroffen sind, ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Diese Mittel sind den landwirtschaftlichen Klein- und Mittelbetrieben unter Ausschaltung der Banken direkt in der Form von Geld- und Warenkrediten zu höchstens 4 v. H., in schweren Notfällen zinslos zuzuführen und schnellstens in langfristige Hypothekarkredite umzuwandeln.

Der Antrag des Haushaltsausschusses wird mit allen gegen 3 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

Der Präsident ruft auf Titel

XVIII: Fürsorgekasse für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte § 1 bis 5 und erklärt sie für angenommen.

Titel XVIII im ganzen mit allen Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Der Präsident ruft auf Titel

XIX: Außerordentliche Belohnungen und Beihilfen. §§ 1, 2.

§ 1 wird angenommen.

Zu § 2 erhält das Wort

Abg. Schreck (Komm. P.):

Wir können verstehen, wenn Beihilfen gezahlt werden. Die Dinge sind möglich. Aber wir verstehen nicht, daß außerordentliche Belohnungen gezahlt werden. Wir sind immer der Auffassung, daß ein Staatsbeamter Bezahlung erhält für seine Arbeit, und daß ein Prämiensystem eines Staates unwürdig ist. Genau wie man in einem Betrieb ein Prämiensystem, ein Antreibersystem als organisierter Arbeiter bekämpfen muß, soll man dieses Kopf- und Prämiensystem des Staates mit allen Mitteln bekämpfen. Mit diesen Fonds, die im alten Staat unter dem Titel „Reptilienfonds" eine Rolle gespielt haben, kann man alle möglichen Dinge treiben, ohne daß eine Kontrolle des Parlaments da ist. Deswegen sollten solche Anforderungen das Befremden eines jeden Menschen erregen, der eine offene Rechnungsführung gewöhnt ist. Wir sind also der Ansicht, daß solche außergewöhnlichen Belohnungen überall, wo sie angefordert werden im Etat, gestrichen werden müßten. Ich betone noch einmal, daß wir dagegen Einspruch erheben, gegen diese außerordentlichen Belohnungen, die im Etat angefordert werden.

§ 2 wird mit allen gegen 3 Stimmen angenommen.

§ 3 bleibt ohne Widerspruch.

Titel XIX im ganzen wird mit allen gegen 3 Stimmen angenommen.

Der Präsident ruft auf Titel XX. Verschiedene und zufällige Ausgaben.

§§ 1 bis 3, 1 und 2 werden ohne Widerspruch angenommen.

Zu § 3 liegt der Antrag der Abg. Ritter und Gen. vor auf Strich dieser Position (Feuerwehrehrenzeichen für 25-, 40- und 50jährige Dienstzeit).

Der kommunistische Antrag wird mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Damit ist die Position genehmigt.

§ 4 wird angenommen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Präsident Dr. **Baumgartner**)

Der ganze Titel XX wird mit allen gegen 3 Stimmen angenommen.

Gegen die Zusammenstellung I—XX wird keine Einwendung erhoben.

Der Präsident ruft auf A. Ordentlicher Etat Einnahmen. Titel I. §§ 1 bis 8 B. Außerordentlicher Etat § 1 und erklärt sie für angenommen.

Der Titel I der Einnahmen wird mit allen gegen 3 Stimmen angenommen.

Der Präsident ruft auf Titel II. Polizei und Gendarmerie. § 1 und erklärt ihn für angenommen.

Zu § 2 Beitrag der Gemeinden erhält das Wort

Abg. **Ritter** (Komm. P.):

Hier heißt es unter § 2 „Beiträge der Gemeinden", es wird die Summe von 2 550 000 M. angefordert. Nun ist es heute bei unserer Polizei so, daß lediglich der Staat als solcher über sie verfügt. Die Gemeinden haben kein Verfügungsrecht über die Polizei, sondern dieselbe untersteht vollkommen dem Land Der Kampf geht schon lange um diese Frage, daß die Polizei als solche Gemeindepolizei werden muß. (Auf Zuruf des Ministers des Innern): Ja, nächstens! Es ist Ihnen angenehm, daß Sie als Innenminister über die Polizei verfügen können und dürfen. Sie müssen den Nachweis erbringen, daß Sie für Ruhe und Ordnung zu sorgen haben und diesen Nachweis führen Sie besonders dann, wenn es gegen die Arbeiterschaft geht, wie es schon öfters der Fall gewesen ist. Wir haben aber die Auffassung, daß die Polizei der Gemeinde unterstellt sein soll. Das ist sogar früher eine sozialdemokratische Forderung gewesen, früher sind sogar die Sozialdemokraten dafür eingetreten. Heute aber, nachdem ein Sozialdemokrat als Polizeiminister in Betracht kommt, kommt das für die Sozialdemokraten nicht mehr in Betracht. Heute sind sie dafür, daß die Polizei dem Lande und dem Minister des Innern untersteht. Wir bringen zum Ausdruck, daß in Zukunft die Polizei kommunalisiert wird, daß sie den Gemeinden untersteht und nicht mehr dem Lande.

§ 2 wird mit allen gegen 3 Stimmen angenommen.

Die §§ 3 bis 9 erfahren keinen Widerspruch.

II. Gendarmerie. §§ 10 bis 12 werden mit allen gegen 3 Stimmen angenommen.

Zur Geschäftsordnung erhält das Wort

Abg. **Schreck** (Komm. P.):

Ich muß Einspruch gegen diese Art der Abstimmung erheben. Hier sind die einzelnen Paragraphen in einem derartigen Galopp aufgerufen worden, daß der Präsident nicht sehen kann, ob man dazu oder dagegen stimmt. Zu § 5 hätten wir uns enthalten, den §§ 7 und 8 zugestimmt. Ohne daß wir überhaupt gefragt werden, geht die Abstimmung durch. So kann man keine Abstimmung vornehmen. Wir haben zu vielen Paragraphen ausdrücklich unsere Zustimmung erklären wollen, ohne daß wir das zum Ausdruck bringen konnten.

Präsident Dr. **Baumgartner**:

Herr Abg. Schreck, ich nehme an, daß der einzelne Abgeordnete sich vorher überlegt hat, zu welchen Anträgen er zustimmen soll (Abg. Schreck: Wir können uns bei diesem Galopp nicht melden!). Ich nehme an, daß Sie sich bei § 5 enthalten haben. §§ 6, 7 und 8 stimmen Sie zu.

§ 9 (Heiterkeit). Ich bitte um Ruhe. — § 9 bis 12 werden als angenommen erklärt.

Titel II wird mit allen gegen 3 Stimmen angenommen.

Der Präsident ruft auf Titel III, Polizeiliches Arbeitshaus, §§ 1 bis 6 und erklärt sie mit allen gegen 3 Stimmen für angenommen.

Der ganze Titel III wird ebenfalls mit allen gegen 3 Stimmen angenommen.

Der Präsident ruft auf Titel IV, Soziale Versicherung, Landesversicherungsamt und Oberversicherungsämter. §§ 1 bis 3 finden keinen Widerspruch.

Titel IV im ganzen wird einstimmig angenommen.

Der Präsident ruft auf Titel V, Wohlfahrtspflege. A. Ordentlicher Etat § 1 findet keinen Widerspruch.

B. Außerordentlicher Etat § 1 wird ebenfalls einstimmig angenommen.

Titel V wird einstimmig angenommen.

Der Präsident ruft auf Titel VI, Heil- und Pflegeanstalten §§ 1 bis 4 und erklärt sie für angenommen.

Zu § 5 liegt der Antrag der Abg. Ritter und Gen. vor, „die in § 5 genannten Verpflegungskostenbeiträge werden nicht erhöht, die Behandlung der Pfleglinge erfolgt auf Staatskosten".

Zur Begründung dieses Antrages erhält das Wort

Abg. **Ritter** (Komm. P.):

Soviel uns bekannt ist, sind auch in den Heil- und Pflegeanstalten Klassen eingerichtet, I., II. und III. Klasse. Da soll nun wiederum die III. Klasse mit täglich 2,50 M. belegt werden, d. h. auch wenn ein Mensch zwangsmäßig von der Regierung aus in eine solche Anstalt kommt, muß er tagtäglich für die Verköstigung 2,50 M. aufbringen. Wir sind dagegen, daß hier in allererster Linie von zwangsmäßig dorthin gebrachten Menschen für Verpflegung aufgekommen werden muß. Es sollen aus diesen Verpflegungskostenbeiträgen 3 555 000 M. eingehen. Wir sind grundsätzlich der Auffassung, daß der Staat für die freie Verpflegung aufkommen muß, genau wie wir das fordern bei Menschen, die nicht aus eigenem Verschulden ins Gefängnis oder Zuchthaus kommen, sondern durch den Staat, der ihn auf Grund der Verhältnisse zu dieser Handlungsweise gezwungen hat und ihn dann auch noch ins Gefängnis oder ins Zuchthaus schickt. Das können nur Menschen begreifen, die eine Erkenntnis haben, das können nur Menschen begreifen, die unter diesen Verhältnissen zu leiden haben, das können nur Menschen begreifen, die das ganze System von Grund auf kennen, aber das können die Menschen nicht begreifen, deren Existenz gesichert ist, die von dem Staat abhängig sind, die die Nutznießer dieses Staates sind, die können natürlich unsere Auffassung nicht begreifen.

Wir sind also grundsätzlich dafür, daß die Verpflegung in solchen Anstalten für die zwangsmäßig dorthin gebrachten Menschen unentgeltlich sein muß. Es kommt oft vor, daß diese Leute dann nachträglich, wenn sie entlassen werden, beständig durch die Gerichtskasse gepeinigt und zur Zahlung ihrer Schulden aufgefordert werden. Obwohl sie erwerbslos und gar nicht in der Lage sind, irgend einen Pfennig zu verdienen und von der kärglichen Erwerbslosenunterstützung leben müssen, werden sie beständig verfolgt, diese Summen, die man ihnen auf

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Ritter** [Komm. P.])

Grund des zwangsmäßigen Dortseins aufgehalst hat, zu bezahlen. Wir sind also der Auffassung, daß der Staat als solcher für diejenigen aufkommen muß, die zwangsmäßig dorthin gebracht werden. Bei denjenigen, die freiwillig Heilung in diesen Anstalten suchen und in II. oder I. Klasse untergebracht werden, sind wir dafür, daß diese Leute bezahlen sollen, wenn man nicht dafür ist, überhaupt das Klassensystem, wie es in Deutschland ist, im allgemeinen abzuschaffen.

Wir sind also grundsätzlich dafür, daß der Staat die Kosten für diese Verpflegung zu übernehmen hat.

§ 5 wird mit allen gegen 3 Stimmen angenommen.

Der Antrag der Abg. Ritter u. Gen. wird mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

§ 6 wird angenommen. Titel VI wird mit allen Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Der Präsident ruft auf Titel VII, Badanstalten, §§ 1 bis 8, die keinen Widerspruch finden.

Die Zusammenstellung wird nicht beanstandet. Der ganze Titel VII, Einnahme, wird mit allen Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Der Präsident ruft auf Titel VIII, Landeshebammenlehranstalt, §§ 1 bis 4.

Der ganze Titel VIII wird einstimmig angenommen.

Titel IX, Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen. Außerordentlicher Etat, §§ 1 bis 2, wird ebenfalls einstimmig angenommen.

Der Präsident ruft auf Titel X, Gewerbeaufsicht und Arbeitsrecht. A. Ordentlicher Etat, § 1. Kein Widerspruch. B. Außerordentlicher Etat, § 1. Kein Widerspruch.

Der ganze Titel X wird mit allen Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Der Präsident ruft auf Titel XI, Gewerbe und Handel. §§ 1 bis 4, die keinen Widerspruch finden.

Der ganze Titel XI wird einstimmig angenommen.

Ebenso Titel XII, Eichwesen, §§ 1 bis 8, wie auch Titel XIII, Bearbeitung der Landesstatistik. A. Ordentlicher Etat, § 1, B. Außerordentlicher Etat, § 1, der keinen Widerspruch findet.

Der ganze Titel XIII wird einstimmig angenommen.

Der Präsident ruft auf Titel XIV Landwirtschaft und Ernährung. A. Ordentlicher Etat, §§ 1 bis 8, B. Außerordentlicher Etat, §§ 1 bis 6, und erklärt sie für angenommen.

Der ganze Titel XIV wird einstimmig angenommen.

Ebenso wird Titel XV, Verschiedene und zufällige Einnahmen, § 1 einstimmig angenommen.

Die Zusammenstellung auf Seite 70 wird nicht beanstandet.

Der Präsident ruft auf die Anlagen „Verzeichnis der Beamten, deren Diensteinkommen nicht aus der Staatskasse fließt". Findet keinen Widerspruch.

Der Präsident ruft auf Anlage 2, „Personal-Voranschlag der Landesversicherungsanstalt Baden für die Rechnungsjahre 1926 und 1927".

Hierzu erhalten das Wort

Abg. **Fischer**-Unterlauchringen (Zentr.):

Wir müssen mit Bedauern feststellen, daß das badische Oberland an erster Stelle steht. Je weiter wir uns von den Zeiten der Inflation entfernen, desto ruhiger und ungehemmter gehen zwischen der Bevölkerung und den Angestellten der Gebäudeversicherungsanstalt die Geschäfte vor sich. Dessenungeachtet haben sich bei solchen Anlässen auch bei uns oben schon eine ganze Anzahl der lebhaftesten Wünsche innerhalb der Bevölkerung gezeigt (Unruhe. — Glocke des Präsidenten).

Präsident Dr. **Baumgartner** (unterbrechend):

Herr Kollege, Sie müssen lauter sprechen, wir verstehen hier kein Wort.

Abg. **Fischer**:

Seit dem 1. Juli 1926 wird mit 160 Proz. der Baupreise entschädigt, welche im Jahr 1914 in Geltung waren.

Dabei müssen in einzelnen Fällen immer noch Abzüge von 5, 10 und 15 Proz. je nach der Lage des Falles hingenommen werden. Ich habe dafür Verständnis . . . . (Zuruf: Er spricht ja von der Gebäudeversicherung, wir sind ja weiter!).

Präsident Dr. **Baumgartner**:

Der Herr Kollege Fischer hatte sich schon vorher gemeldet, aber es ist leider beim Aufruf übersehen worden (Abg. Dr. Föhr: Er hatte sich schon vor ein paar Tagen gemeldet!).

Abg. **Fischer** (fortfahrend):

Wenn wir die Karten im Sitzungszimmer der Gebäudeversicherungsanstalt ansehen, sehen wir daraus die großen Brandherde in unserer badischen Heimat im Verlauf der letzten Jahre.

Ich habe Verständnis dafür, daß die Gebäudeversicherungsanstalt erklärt hat: Auch wir wollen uns an der Besserung dieser Neubauten beteiligen und wir ziehen darum noch 5 bis 10 Proz. je nach der Lage der Fälle ab. Diese Abzüge werden aber von den Bewohnern der höheren Schwarzwaldgemeinden sehr erheblich beanstandet. Denn in Anbetracht der hohen Fuhrkosten und anderer Schwierigkeiten ist die Wiederherstellung abgebrannter Gebäude außerordentlich schwer. Die Leute sagen sich: Mein Wiederaufbau kostet mich heute weit mehr als 160 Proz. des Friedenswertes von 1914, die die Gebäudeversicherungsanstalt zur Zeit mir bezahlt.

Es sind noch eine ganze Anzahl von Wünschen vorzubringen, die ich der Regierung gerne anheim geben möchte. Es ist ja bekannt, daß alle diejenigen, die ein Schindeldach haben, auf Antrag Entschädigung erhalten, um das Schindeldach in ein Ziegeldach umzubauen. In Anbetracht dessen besteht aber draußen der Wunsch, daß eine ähnliche Unterstützung auch den Strohdächern zuteil werden solle. Der Wunsch tritt immer lauter und entschiedener auf; wir Abgeordnete bekommen immer die Reklamationen. Wir können verstehen, wenn der Gedanke auftritt, daß im gleichen Rahmen, wie er für die Schindeldächer gezogen ist, auch die Fälle einer Unterstützung für würdig erklärt werden, in denen die Umwandlung von Strohdächern in Frage kommt. Wir würden überhaupt wünschen, daß der größte Teil der Schwarzwaldhäuser zum Ziegeldache übergeht.

In diesem Zusammenhange habe ich noch auf eine andere Angelegenheit hinzuweisen, und der Regierung einen Wunsch mit auf den Weg zu geben.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Fischer-Unterlauchringen [Zentr.])

Von den Bezirksbaubeamten werden neuerdings häufig weitgehende Beanstandungen an alten Häusern erhoben; sie müssen diese und jene großen Reparaturen vornehmen — mit einem Wort gesagt: sie sind schließlich genötigt, abzureißen. Aus den Kreisen dieser Leute treten neuerdings fortgesetzt an uns Abgeordnete Wünsche heran. Nun haben die Inhaber solcher Häuser doch Prämien an die Gebäudeversicherungsanstalt bezahlt. In Fällen, wie dem eben erwähnten, bekommen sie aber keinen Zuschuß zu den Kosten, die ihnen entstehen. Ich möchte die Regierung bitten, zu prüfen, ob es nicht möglich ist, daß man für die Zukunft auch diesen Leuten eine Entschädigung geben würde. Ich bin der Überzeugung, daß dadurch dem Brandunwesen im badischen Oberland ganz erheblich gesteuert würde (Ruf: Sehr richtig! Heiterkeit).

Im großen und ganzen möchte ich den Beamten der Gebäudeversicherungsanstalt für das freundliche und wohlwollende Vorgehen im Laufe des letzten Jahres meinen Dank aussprechen.

Abg. von Au (Bürgerl. Vereinigung.):

Eigentlich hatte ich nicht die Absicht, zur Position „Gebäudeversicherungsanstalt" zu sprechen, obgleich über die Verhältnisse auf dem Gebiet der Tätigkeit dieser Anstalt verschiedenes zu sagen wäre. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir schon vor einigen Jahren uns mit einer Denkschrift beschäftigt haben, welche bezweckte, auf dem Gebiet der Gebäudeversicherung eine Gruppierung der Gebäude nach der Brandgefahr durchzuführen. Soweit ich im Bilde bin, ist die Gebäudeversicherungsanstalt zurzeit auch mit den Vorbereitungen zu einem entsprechenden Entwurf beschäftigt, so daß möglicherweise der Landtag wohl schon in der kommenden Sitzungsperiode sich erneut mit dieser Frage, das heißt mit einem neuen Gebäudeversicherungsgesetz beschäftigen dürfte. Ich nehme wenigstens an und hoffe, daß es möglich sein wird, die Vorbereitungen so rasch zu fördern.

Nun haben wir soeben gehört, wie der Herr Kollege Fischer-Unterlauchringen ein warmes Wort für diejenigen Brandgeschädigten eingelegt hat, deren Häuser noch mit Strohdächern versehen und die deshalb besonders übel daran sind. Auch wir sind der Auffassung, daß in diesen Fällen dem einzelnen möglichst weitgehende Unterstützung zuteil werden soll. Aber wenn es sich um Gebäude handelt, die in so besonderem Maße feuergefährlich sind, und wenn man andererseits weiß, daß das Geld der Versicherungsanstalt in der Hauptsache durch die großen Städte aufgebracht werden muß, dann wird man doch wohl auch den Wunsch haben und aussprechen dürfen, daß dort, wo die Gefahr eine höhere ist, auch Prämien bezahlt werden müssen, die dieser besonders hohen Gefahr entsprechen (Zuruf des Abg. Dr. Föhr). Gewiß, aber das ist im allgemeinen so, daß derjenige, der sich gegen irgend ein Ereignis versichert, eben auch eine der Gefahr entsprechende Prämie bezahlen muß! und wenn man ihn teilweise auf Kosten anderer versichert, dann darf doch jedenfalls die Differenz zwischen Rechten und Pflichten, die hier in Frage kommt, nicht gar so groß sein.

Es haben ja früher einmal in gewissem Sinn „Gefahrenklassen" bestanden — nicht in der Form, wie sie jetzt kommen sollen: das, was damals bestand, war eine Einteilung nach Ortsklassen. Als wir aber in Baden diese Ortsklassen abgeschafft haben, ist man damals in der Begründung zu dieser gesetzgeberischen Maßnahme soweit gegangen, auszusprechen, der städtische Mittelstand, das städtische Gewerbe sei wohl in der Lage, der armen Landwirtschaft unter die Arme zu greifen. Nun haben sich die Dinge aber doch ganz wesentlich gewandelt. Gewiß ist auch heute wieder die Landwirtschaft in einer besonderen Notlage. Aber auf die Dauer darf es nicht dabei bleiben, daß die Städte es sein müssen, aus denen die großen Beträge herausgeholt und hinausgegeben werden, ohne daß man entsprechend auch dafür sorgt, daß dort höhere Beträge bezahlt werden, wo besondere Gefahren bestehen. Ich denke mir das nicht in dem Sinne, daß lediglich die Gebäude der Stadt denjenigen des Landes gegenübergestellt werden, sondern daß man ohne Rücksicht auf die Lage die Gebäude nach der Feuergefährlichkeit beurteilt. Ich kann mir denken, daß man auch in der Stadt Gebäulichkeiten hat, etwa solche feuergefährlicher gewerblicher Unternehmungen, die auch mit einer höheren Prämie belegt werden müssen, wie Gebäude auf dem Land, bei denen große Brandgefahr besteht.

Ich wollte nur in diesem Zusammenhang auch auf diese Frage hinweisen. Man würde nicht verstehen können, wenn jetzt ein Redner hier ein Wort zugunsten der Besitzer der Häuser mit Strohdächern auf dem Lande verliert, ohne daß ein Hinweis auf die Tausende von Hausbesitzern in den Städten erfolgte, die nun schon jahrelang darauf warten, daß auf diesem Gebiet eine Regelung getroffen wird, die den Verhältnissen besser entspricht, als die bisherige.

Deshalb möchte auch ich meinerseits an die Regierung die Bitte richten, sie möge dafür sorgen, daß wir uns bald mit einem neuen Gebäudeversicherungsgesetz beschäftigen können, das Gefahrenklassen vorsieht (Abg. Dr. Föhr: Was sagt denn nun der Herr Abg. Klaiber?). Der wird Verständnis dafür haben, wenn diese Frage nach Recht und Billigkeit geordnet wird. (Zurufe — Heiterkeit — Zwischenrufe zwischen Zentrum und Bürgerlichen Vereinigung — Glocke des Präsidenten — Der Präsident bittet um Ruhe).

Zu Anlage 2: Personalvoranschlag der Landesversicherungsanstalt Baden für die Rechnungsjahre 1926 und 1927 werden Beanstandungen nicht erhoben.

Die Zusammenstellung der im Voranschlag des Ministeriums des Innern für 1926 und 1927 vorgesehenen Stellen für planmäßige Beamte — Anlage 3 — wird nicht beanstandet; ebenso findet Anlage 4 (außerplanmäßige Beamte) keine Beanstandung.

Damit ist der Voranschlag des Ministeriums des Innern erledigt.

Der Präsident läßt über den Antrag der Abg. Ritter und Gen. unter Ziff. III ff. der Drucks. zu Nr. 118c abstimmen.

III.

Das Staatsministerium wird ersucht, zur Linderung der Not der Erwerbslosen folgende Maßnahmen zu ergreifen:

a) die erforderlichen Mittel bereitzustellen zur Auszahlung einer einmaligen Herbstbeihilfe von 50 RM. an alle verheirateten Erwerbslosen sowie an jedes Familienmitglied 10 RM. und an alleinstehende unverheiratete Erwerbslose 25 RM.;

b) den Gemeinden zwecks Erstattung der Miete für alle Erwerbslosen ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen;

c) eine 20 Millionen-Anleihe aufzunehmen, die in erster Linie zur Förderung des Wohnungsbaues verwendet werden soll;

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. von Au [Bürgerl. Ver.])

d) ausreichende finanzielle Beihilfe an die Gemeinden zur Durchführung von Notstandsarbeiten zu gewähren.

IV.

Die Regierung wird ersucht, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß die Vorschriften über die Erwerbslosenfürsorge dahingehend geändert werden, daß bei Erwerbslosigkeit die Renten der Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen sowie von Invaliden und Altersrentnern auf die Unterstützung nicht angerechnet werden.

V.

Der Landtag ersucht die Regierung, über die gesundheitlichen Folgen der Erwerbslosigkeit baldigst eine Denkschrift vorzulegen.

Es wird getrennt abgestimmt.

Der Antrag unter Ziffer III lit. a wird mit allen gegen 3 Stimmen bei 15 Enthaltungen abgelehnt.

Ziffer b) den Gemeinden zwecks Erstattung der Miete für alle Erwerbslosen ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, wird mit 38 gegen 3 Stimmen abgelehnt.

c) eine 20 Millionen-Anleihe aufzunehmen, die in erster Linie zur Förderung des Wohnungsbaues verwendet werden soll, wird mit 35 gegen 3 Stimmen bei 12 Enthaltungen abgelehnt.

d) ausreichende finanzielle Beihilfe an die Gemeinden zur Durchführung von Notstandsarbeitern zu gewähren, wird mit 15 gegen 5 Stimmen bei 25 Enthaltungen abgelehnt.

IV.

Die Regierung wird ersucht, auf die Reichsregierung einzuwirken, daß die Vorschriften über die Erwerbslosenfürsorge dahingehend geändert werden, daß bei Erwerbslosigkeit die Renten der Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen sowie von Invaliden und Altersrentnern auf die Unterstützung nicht angerechnet werden.

wird einstimmig angenommen.

V.

Der Landtag ersucht die Regierung, über die gesundheitlichen Folgen der Erwerbslosigkeit baldigst eine Denkschrift vorzulegen,

wird mit Mehrheit gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Hierauf wird über den weiteren Antrag des Haushaltsausschusses abgestimmt.

Der Antrag lautet

Der Landtag wolle

2. die Eingaben

a) des Bad. Landesverbands des Deutschen Rentnerbundes vom 1. März d. J.,

b) des Caritasverbands für die Erzdiözese Freiburg und des Evang. Landesverbandes für Innere Mission vom 18. Mai d. J.

der Regierung empfehlend überweisen,

c) des Bad. Landesverbands für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge vom 20. April und 5. Juni d. J.

als durch die Beschlußfassung zu Titel VIII § 4 erledigt erklären.

Der Antrag wird mit allen Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Hierauf wird über den Antrag der Abg. Lechleiter u. Gen., Reichsgesetzliche Regelung des Jugendschutzes (Drucks. Nr. 145) abgestimmt.

Die Mehrheit des Hauses entscheidet sich für sofortige Abstimmung über diesen Antrag.

Der Antrag lautet:

Der Landtag ersucht die Regierung, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, sofort eine reichsgesetzliche Regelung des Jugendschutzes nach folgenden Gesichtspunkten herbeizuführen:

1. Grundsätzliche Ausdehnung der Schutzbestimmung auf Lehrlinge und jugendliche Arbeiter und Angestellte im Alter von 14 bis 20 Jahren.

Der Antrag unter Ziffer 1 wird mit Mehrheit bei 14 Enthaltungen abgelehnt.

(Abg. Dr. Föhr: Ich schlage vor, über das Ganze zugleich abzustimmen! — Abg. Dr. Glockner: ... getrennte Abstimmung ist gar nicht beantragt! — Abg. Ritter: Doch, es ist beantragt!).

2. Vier Wochen Urlaub für Jugendliche von 14 bis 16 Jahren, 3 Wochen Urlaub für Jugendliche von 16 bis 20 Jahren bei voller Bezahlung der Zeit nach dem Tarifabkommen mit den Gewerkschaften.

3. Festsetzung der täglichen Arbeitszeit für das Alter von 14 bis 18 Jahren auf 6 Stunden und über 18 Jahren auf 8 Stunden; Arbeitsschluß an Samstagen und an Tagen vor Feiertagen mittags 12 Uhr oder Gewährung eines freien Nachmittags in der Woche.

4. Unterricht in den Fortbildungs- und Fachschulen während der Arbeitszeit unter Fortzahlung des Lohnes.

5. Festsetzung ausreichender Arbeitspausen, die in die Arbeitszeit fallen müssen.

6. Strengstes Verbot der Nachtarbeit für alle Jugendlichen.

7. Schaffung von Jugend-Erholungsheimen und Jugendheimen, die den Jugendlichen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen sind.

8. Aufhebung der Zwangsfürsorge.

9. Ausreichende Erwerbslosenunterstützung auch für die aus der Schule Entlassenen.

Präsident Dr. Baumgartner:

Es ist der Antrag gestellt, en bloc abzustimmen. Wer ist für den Antrag auf en bloc-Abstimmung? — Wer ist dagegen? — (Abg. Schreck: Das ist die Abwürgungsmaschine! eine wahre Schande so was!). Da keine 15 Stimmen widersprochen haben, lasse ich en bloc abstimmen. Der Antrag Drucks. Nr. 145 Ziffer 2 bis 9 wird mit 30 gegen 3 Stimmen bei 16 Enthaltungen abgelehnt.

Der Präsident ruft den Antrag der Abg. Lechleiter, Ritter, Schreck, Änderung des Reichsvereinsgesetzes, Drucks. Nr. 144, zur Abstimmung auf.

Der Antrag lautet:

Dem Reichsrat ist vom Reichsministerium des Innern eine Novelle zum Reichsvereinsgesetz unter-

(Präsident Dr. **Baumgartner**)

breitet worden, wonach die reaktionären vereinsgesetzlichen Bestimmungen aus der Vorkriegszeit wieder Gesetzeskraft erlangen sollen.

Der Landtag wolle deshalb beschließen: Das Staatsministerium wird beauftragt,

1. von der Reichsregierung die sofortige Zurückziehung der dem Reichsrate unterbreiteten Novelle zu verlangen,
2. die badische Vertretung im Reichsrat aufzufordern, der Novelle der Reichsregierung die Zustimmung zu versagen.

Der kommunistische Antrag auf getrennte Abstimmung wird abgelehnt.

Der ganze Antrag (Drucks. Nr. 144) wird mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort

Abg. **Klaiber** (Bürgerl. Ver.):

Es ist mir leider nicht möglich gewesen, auf die Ausführungen des Herrn Abg. Weißhaupt zu antworten, weil ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen worden ist. Ich möchte nur feststellen, daß in keiner Weise ein Gegensatz besteht zwischen dem Landbund von Baden und dem Reichslandbund in bezug auf Großgrundbesitz oder auf Adel. Ich habe lediglich das Beispiel der Wahl in der Landwirtschaftskammer erwähnt, weil uns immer wieder von seiten der anderen Parteien der Vorwurf wird gemacht, daß wir die Schleppträger der Großagrarier und der Junker seien.

Ich bedauere außerordentlich, daß der Herr Kollege Weißhaupt noch einmal, wie schon wiederholt, auf die Prozesse hingewiesen hat, die während der Zwangswirtschaft in der Kriegszeit der Landwirtschaftskammer angehängt wurden. Er hat aber jedesmal vermieden zu sagen, daß die Prozesse alle zugunsten der Landwirtschaftskammer ausgefallen sind, und es liegt also kein Grund vor, die frühere Leitung der Landwirtschaftskammer irgendwie zu verdächtigen.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird hier abgebrochen und im Einverständnis des Hauses die nächste Sitzung mit Fortsetzung der Tagesordnung auf nachmittags 4 Uhr anberaumt.

Schluß der Sitzung gegen 1½ Uhr.

Inhaltsverzeichnis:

	Spalte
Anzeige neuer Eingänge	3274, 3322
Fortsetzung der Beratung des Staatsvoranschlags 1926 und 1927 Hauptabteilung III Ministerium des Innern, Titel XVII. Landwirtschaft und Ernährung	
Einzelberatung	
Abg. Lechleiter	3274
„ Klaiber	3281
„ Hofheinz	3288
„ Sack	3296
„ Weißhaupt	3308
„ Ritter	3317, 27, 28
Abstimmungen	3323, 24, 25, 26, 28, 29, 30, 32—35
Abg. Herile	3223
„ Schreck	3324, 26
„ D. Mayer	3325
Minister des Innern Remmele	3325
Zur Geschäftsordnung	
Abg. Schreck	3327
„ Fischer-Unterlauchringen	3330
„ von Au	3331
Persönliche Bemerkung	
Abg. Klaiber	3335

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen: B. Finner, Karlsruhe.
Druck der Karlsruher Zeitung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg